

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

im vorliegenden Kompendium finden Sie unter folgenden Ordnern

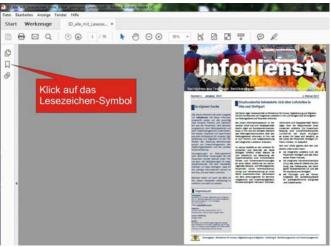
- Inhaltsverzeichnis aller Artikel.
- Verzeichnis aller Ausgaben
- Fachbeiträge
- o ein Verzeichnis <u>aller</u> in den Infodiensten erschienenen Artikel
- eine Übersicht über alle im Jahr 2018 erschienenen Ausgaben und
- im Ordner Fachbeiträge Lesezeichenverlinkungen zu unterschiedlichen
 Fachthemen, die wir im Jahr 2018 im Infodienst veröffentlicht haben.

Die Suchfunktion im aktiven Dokument öffnen Sie mit der Tastenkombination **Strg+F**. Dann können Sie das Dokument mit Stichworten durchsuchen. Wenn die Suchfunktion mehrere Fundstellen ermittelt, springen Sie mit einem Druck auf die Entertaste zur nächsten Fundstelle.

Sollte sich das Lesezeichenmenü nicht automatisch geöffnet haben, finden Sie in der rechten Spalte einige Bedienungshinweise.

Ihre Infodienst-Redaktion







Inhaltsverzeichnis Infodienst

Einführung des Digitalfunks BOS in den Integrierten Leitstellen schreitet weiter voran	Ausgabe 1
 Tag der Bundeswehr – Eine Leistungsschau der besonderen Art am Bildungszentrum der Bundeswehr in Mannheim Symbolische Scheckübergabe an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Sechstes Panzerbataillon kommt nach Hardheim Digitalfunk Einführung des Digitalfunks BOS in den Integrierten Leitstellen schreitet weiter voran 	Ausgabe 7 Ausgabe 7 Ausgabe 1
 Tag der Bundeswehr – Eine Leistungsschau der besonderen Art am Bildungszentrum der Bundeswehr in Mannheim Symbolische Scheckübergabe an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Sechstes Panzerbataillon kommt nach Hardheim Digitalfunk Digitalfunk Einführung des Digitalfunks BOS in den Integrierten Leitstellen schreitet weiter voran 	Ausgabe 7
 Tag der Bundeswehr – Eine Leistungsschau der besonderen Art am Bildungszentrum der Bundeswehr in Mannheim Symbolische Scheckübergabe an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Sechstes Panzerbataillon kommt nach Hardheim Digitalfunk Digitalfunk Einführung des Digitalfunks BOS in den Integrierten Leitstellen schreitet weiter voran 	Ausgabe 7 Ausgabe 14
Bildungszentrum der Bundeswehr in Mannheim Symbolische Scheckübergabe an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Sechstes Panzerbataillon kommt nach Hardheim Digitalfunk Einführung des Digitalfunks BOS in den Integrierten Leitstellen schreitet weiter voran	Ausgabe 7 Ausgabe 14
 Symbolische Scheckübergabe an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. Sechstes Panzerbataillon kommt nach Hardheim Digitalfunk Einführung des Digitalfunks BOS in den Integrierten Leitstellen schreitet weiter voran 	Ausgabe 7 Ausgabe 14
 Kriegsgräberfürsorge e.V. Sechstes Panzerbataillon kommt nach Hardheim Digitalfunk Einführung des Digitalfunks BOS in den Integrierten Leitstellen schreitet weiter voran 	Ausgabe 14
 Sechstes Panzerbataillon kommt nach Hardheim Digitalfunk Einführung des Digitalfunks BOS in den Integrierten Leitstellen schreitet weiter voran 	Ausgabe 1
Einführung des Digitalfunks BOS in den Integrierten Leitstellen schreitet weiter voran	
Einführung des Digitalfunks BOS in den Integrierten Leitstellen schreitet weiter voran	Ausgabe 6
weiter voran	Ausgabe 6
	Ausgabe 6
Digitalfunk - Teil eins und zwei der Schriftenreihe "Regelungen zum	
Betriebshandbuch" veröffentlicht	Ausgabe 8
Fortsetzung der Schriftenreihe Regelungen zum Betriebshandbuch	Ausgabe 1
 Schriftenreihe Digitalfunk BOS – Anforderungen an Integrierte Leitstellen 	Ausgabe 13
Ehrenamt	
•	Ausgabe
Fahrerlaubnis Führerschein	
•	Ausgabe
	Ausgabe
•	Ausgabe
•	
euerwehr	

 VORSICHT – unbefestigte Seitenstreifen sind immer wieder Ursache für Unfälle mit Einsatzfahrzeugen

•	Dicke Luft in Shisha-Bars – Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel	
	und Gastgewerbe informiert, worauf Inhaber von Shisha-Bars zu achten haben	Ausgabe 1
•	Neufassung der VwV Feuerwehrausbildung veröffentlicht	Ausgabe 3
•	Erfolgreiche Seminartage im Gästehaus St. Florian am Titisee	Ausgabe 5
•	SWR-Sommerfestival	Ausgabe 6
•	Faserverbundwerkstoffe-Eigenschaften, Forschungsbericht Nr. 182	Ausgabe 7
•	Zweites Seminar "Soziale Medien in der Feuerwehr"	Ausgabe 8
•	Hinweise für den Einsatz mit ABC-Kampfmitteln	Ausgabe 9
•	Feuerwehrstatistik 2017	Ausgabe 9
•	Volker Velten zum neuen Landesbranddirektor ernannt	Ausgabe 10
•	Jugendfeuerwehr diskutiert Demokratie	Ausgabe 10
•	Einsatz von Sichtschutzsystemen auf Autobahnen in Baden-Württemberg	Ausgabe 11
•	Image- und Werbekampagne der Feuerwehr	Ausgabe 11
•	Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr	
	und deren steuerliche Behandlung	Ausgabe 13
•	Informative Seminartage an der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg	
	in Bruchsal – Buß- und Bettag-Seminar	Ausgabe 13
•	Lüftungsanlagen und CO-Warnmelder jetzt vorgeschrieben	Ausgabe 13
•		
n oigo	ner Sache	
ii eige	mer suche	
	Unterstützung Serbiens durch Vermittlung ausgedienter Feuerwehrfahrzeuge	Ausgaba 6
•	Officerstatizating Serbiens durch verifictioning ausgedienter rederweinfamzeuge	Ausgabe 6 Ausgabe
•		Ausgabe
•		Ausgabe
T-Sich	erheit / Datenschutz	
•	Informationen zum Datenschutz	Ausgabe 7
Katast	rophenschutz	
	Baden-Württemberg zu Jahresbeginn vom Orkan Burglind betroffen	Ausgabe 1
	130 Teilnehmende auf 2. Thementag in Vorbereitung auf LÜKEX 18	Ausgabe 1
	"Gasmangellage in Süddeutschland"	Ausgabe 2
	LÜKEX 18: Gasmangellage in Süddeutschland	Ausgabe 2
•	Zehn Jahre Förderpreis Helfende Hand – Jetzt für 2018 bewerben und gewinnen	_
•	Fachbeirat Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) gegründet	Ausgabe 3
	LÜKEX 18: Gasmangellage in Süddeutschland	Ausgabe 4
•	LÜKEX 2018 – Gasmangellage – Tagungsband	Ausgabe 4 Ausgabe 6
•	LÜKEX 2018 – dasmangenage – ragungsband LÜKEX 2018 Vorstellung der Mediensimulation während der Übung	Ausgabe 6
•	BBK und DGKM stellen erweitertes PRIOR-Vorsichtungssystem vor	Ausgabe 7
•	Notfallstation Bayern – Seminar an der Staatlichen Feuerwehrschule Geretsried	_
•	LÜKEX 2018 – Gasmangellage Tagungsband zwei erschienen	Ausgabe 7 Ausgabe 8
•	Handlungshilfe für Evakuierungsplanungen	Ausgabe 8 Ausgabe 8
•	Handiangsillie tat Evakalerangsplanangen	Ausgant o

•	40 Jahre nach dem Erdbeben in Albstadt	Ausgabe 9
•	THW und Baden-Württemberg arbeiten beim Bevölkerungsschutz Hand in Hand	Ausgabe 9
•	LÜKEX 2018: Vorbereitungen laufen planmäßig	Ausgabe 9
•	Partnerschaft auf Augenhöhe – Verleihung der Ehrenmedaille des Kreisverbande	S
	Stuttgart	Ausgabe 9
•	Ein Sommermenü – Feldkochwettbewerb 2018 in Mössingen	Ausgabe 9
•	Mannschaftstransportwagen (MTW) für den Katastrophenschutz und	
	Feldkochanhänger neu beschafft	Ausgabe 9
•	Acht neue Gerätewagen-Transport für den Katastrophenschutz (GW-T KatS)	Ausgabe 10
•	Niedrigwasser und gesunkene Grundwasserspiegel beschäftigen auch	
	die Abteilung "Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement"	Ausgabe 11
•	Zweite Trinationale Konferenz zur Zivilmilitärischen Zusammenarbeit	Ausgabe 11
•	Interview Minister Strobl zu LÜKEX	Ausgabe 12
•	3. LÜKEX-Tagungsband erschienen	Ausgabe 12
•	LÜKEX-Thementag BW "Krisenkommunikation"	Ausgabe 12
•	LÜKEX-Planbesprechung am 29.10.2018	Ausgabe 12
•	Interviewreihe BBK: Hinter den Kulissen (Leitold)	Ausgabe 12
•	Austausch mit Hochschule für Öffentliche Verwaltung Kehl	Ausgabe 12
•	Bevölkerungsschutz-Ehrenzeichen in Stuttgart verliehen	Ausgabe 13
•	"Notfallstation auf Tour" Erster Zyklus der Notfallstationsseminare	
	erfolgreich abgeschlossen	Ausgabe 13
•	Anstrengend aber erfolgreich - Zweitägige LÜKEX-Übung forderte alle Beteiligten	Ausgabe 14

Krisenmanagement

•	BBK legt Publikation zum Schutz Kritischer Infrastrukturen vor	Ausgabe 1
•	Neues Bevölkerungsschutzmagazin	Ausgabe 2
•	Zeitgemäße Strategien im Bevölkerungsschutz und im Krisenmanagement	
	in Europa	Ausgabe 4
•	eCall – Für mehr Sicherheit im Straßenverkehr	Ausgabe 4
•	Soziale Medien im Fokus – Aufbau eines VOSTbw	Ausgabe 5
•	Erstes Seminar "Krisenbewältigung in kleineren Gemeinden" an der	
	Akademie für Gefahrenabwehr erfolgreich gestartet	Ausgabe 5
•	Es tut sich etwas im Krisenmanagement des Landes	Ausgabe 6
•	Schutz bei Terror und Amok	Ausgabe 6
•	Erfahrungsaustausch im Bevölkerungsschutz mit den niedersächsischen	
	Kollegen	Ausgabe 7
•	Verwaltung trifft Softwareunternehmen – Austausch des Innenministeriums	
	mit dem Krisenmanagement der SAP SE	Ausgabe 7
•	Einführungsseminar VOSTbw an der Landesfeuerwehrschule	Ausgabe 7
•	VOSTbw offiziell gestartet	Ausgabe 11
•	MoWaS-Nutzertagung beim Innenministerium	Ausgabe 11

• AVAS — ein Stück mehr Sicherheit für Fußgänger beim Betrieb von "lautlosen" Hybridelektro- und Elektrofahrzeugen Ausgqabe 13 Landesfeuerwehrschule / Akademie für Gefahrenabwehr Seminar zum Thema "Stromausfall" an der Akademie für Gefahrenabwehr Ausgabe 2 Seminar "Risiken der Elektromobilität" an der Akademie für Gefahrenabwehr zum dritten Mal durchgeführt Ausgabe 4 1.000. Teilnehmer an der Akademie für Gefahrenabwehr Ausgabe 4 Seminar "Gewalt gegen Einsatzkräfte – Risikofaktoren und Strategien" Ausgabe 5 Seminar "Recht für Feuerwehrkommandantinnen und –kommandanten" in dritter Auflage an der Akademie für Gefahrenabwehr Ausgabe 7 Seminar Bewältigung von Terror- und Amoklagen Ausgabe 10 Akademie für Gefahrenabwehr veranstaltet Seminar zum Thema "Sicherheit auf Einsatzfahrten" Ausgabe 11 Leitstellen Leitstellenstruktur Baden-Württemberg Lenkungsgruppe legt weiteres Vorgehen fest Ausgabe 4 Dritte Leitstellentagung im Innenministerium Ausgabe 8 **Ausgabe Ausgabe** Notruf Notruf 112 – Am 11. Februar ist europaweiter Aktionstag Ausgabe 2 "Ich bin nichts Besonderes" Älteste Frau Deutschlands wirbt für den Euronotruf 112 Ausgabe 3 Ausgabe Personalangelegenheiten Personalwechsel bei Feuerwehr und Rettungsdienst in der Abteilung 6 des Ausgabe 8 Astrid Rumler leitet das Referat Rettungsdienst Ausgabe 11 Recht **Ausgabe**

Rettungsdienst

Ausgabe Ausgabe

•	Fachsymposium "Zukunft des Rettungsdienstes in Baden-Württemberg" Rechtsverordnung zu Helfer-vor-Ort-Systemen in Kraft getreten	Ausgabe 3 Ausgabe 4
•	Themenkarte zu Luftrettungsstandorten	Ausgabe 5
•	Bergwacht Württemberg mit neuer Leitung	Ausgabe 5
•	Neue Version 3.0 der Handlungsempfehlungen für NotSan	Ausgabe 9
•	Ausleuchtung von Landeplätzen für Rettungshubschrauber	Ausgabe 9
•	Keine Nutzung von Fahrzeugen des Rettungsdienstes für	, g
	Hausnotrufdienstleistungen	Ausgabe 11
•	Astrid Rumler leitet das Referat Rettungsdienst	Ausgabe 11
•	Auftakt zur Strukturanalyse Luftrettung in Baden-Württemberg	Ausgabe 14
Stabsa	rbeit	
•	Staatssekretär Martin Jäger wechselt nach Berlin in das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Ausgabe_4 Ausgabe Ausgabe Ausgabe
Verans	staltungen / Termine Minister, STS	
•	Thomas Hanisch als hauptamtlicher Landesvorstand der Johanniter in das	
	Amt eingeführt	Ausgabe 1
•	Wilfried Klenk ist Politischer Staatssekretär	Ausgabe 5
•	Eine Ära geht zu Ende – Ministerialdirigent Herbert Hellstern verabschiedet	
	sich in den Ruhestand	Ausgabe 7
•	Empfang der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer und ihrer Familien	Ausgabe 10
•	41 ehrenamtsfreundliche Arbeitgeber im Bevölkerungsschutz ausgezeichnet	Ausgabe 10
•	Minister Thomas Strobl zeichnet ehrenamtsfreundliche Arbeitgeber im Bevölkerungsschutz aus	Ausgaha 11
	EU-Kommissar Christos Stylianides und Innenminister Thomas Strobl zu	Ausgabe 11
	Besuch in Kehl	Ausgabe 13
Vorbeu	ugender Brandschutz	
•	Brandschutzforschung	
	Berichte zur Bewertung und zu Mindestanforderungen mobiler Hochdrucklösch	verfahren
	und Evaluierung neuer Löschverfahren bei Metallbränden	Ausgabe 3
•		Ausgabe
•		Ausgabe
Warnu	ng der Bevölkerung	

/ettb	ewerbe allgemein	
•		
•	Scheinbarer BBK-Twitter-Account gesperrt	Ausgabe 8
	Gemeinsam für mehr Sicherheit	Ausgabe 6
•	Sitzung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Warnkonzept" in Stuttgart –	

W

•	Kurzfilmwettbewerb 2018 – eine gute Gelegenheit den Aspekt Sicherheit	
	zu präsentieren	Ausgabe 1
•		Ausgabe
•		Ausgabe

Sonstiges

•	Kampagne "Rettungsgasse – rettet Leben" gestartet	Ausgabe 3
•	Referent/Referentin für europäische, internationale und nationale	
	Normungsarbeit gesucht	Ausgabe 5
•	Ehrungen für langjährige Mitstreiter im Bevölkerungsschutz	Ausgabe 5
•	Menschliches Verhalten bei Tunneleinsätzen untersucht	Ausgabe 8
•	Sommerzeit ist Reisezeit – Millionen Autos nutzen die Tunnels	Ausgabe 8
•	Wie wäre es wieder einmal mit einem Fahrtraining?	Ausgabe 8
•	Nachtragshaushalt beschlossen - Erfreuliche Entwicklungen für Feuerwehr und Rettungsdienst	Ausgabe 14

Jahrgang 2018

AUSGABE 1	17. JANUAR
AUSGABE 2	10. FEBRUAR
AUSGABE 3	8. März
AUSGABE 4	5. APRIL
AUSGABE 5	4. M AI
AUSGABE 6	18. MAI
AUSGABE 7	25. JUNI
AUSGABE 8	1. AUGUST
AUSGABE 9	3. SEPTEMBER
AUSGABE 10	24. SEPTEMBER
AUSGABE 11	30. OKTOBER
AUSGABE 12	7. NOVEMBER
AUSGABE 13	3. DEZEMBER
AUSGABE 14	13. DEZEMBER

Wird fortgeschrieben

FB /18.12.2018



Nummer 1 Jahrgang 2018 17. Januar 2018

Baden-Württemberg zu Jahresbeginn vom Orkan Burglind betroffen

(ID) Der Orkan Burglind mit dauerhaften Regenfällen und plötzlichem Tauwetter bis in die Höhen des Feldberges hat im neuen Jahr gleich in der ersten Januarwoche in weiten Teilen Baden-Württembergs Schäden verursacht.



Wenn solche Bäume auf Einsatzfahrzeuge und Geräte stürzen ... Also Augen im Einsatz auf und immer prüfen, ob während eines tobenden Sturmes ein Einsatz notwendig ist. Bild: Markus Heinzelmann.

Hohe Wasserstände und durchnässte Böden ließen Hänge abrutschen, Bäume umstürzen sowie Keller und Straßen überfluten. In fast allen Landesteilen mussten Einsatzkräfte gegen die Gefahren durch die Naturgewalten ankämpfen. Die Einsatzschwerpunkte lagen im Regierungsbezirk Freiburg und im nördlichen Gebiet des Regierungsbezirks Karlsruhe.

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 — Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felbe

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.

"Mehrere Tausend ehrenamtliche und hauptamtliche Kräfte der Feuerwehren, des Technischen Hilfswerkes, der DLRG, der Bergwacht, der Sanitätsorganisationen sowie der Polizei und der Behörden arbeiteten rund um die Uhr daran, die Schäden zu begrenzen. Für den unermüdlichen Einsatz danke ich den Einsatzkräften, ihnen gebührt unsere Anerkennung", sagte Innenminister Thomas Strobl am 5. Januar 2018.

Glücklicherweise gab es keine extremen Schadenlagen und nur eine leichter verletzte Person war zu verzeichnen. Markante Schadenlagen gab es in St. Blasien; diese Gemeinde war gleich zweimal betroffen. Im Ortsteil Menzenschwand umspülte eine Schlammlawine sieben Wohnhäuser, vier Bewohner wurden von der Feuerwehr aus den Gebäuden gerettet. Des Weiteren überflutete der Fluss "Alb" im Hauptort mehrere Gebäude, die geräumt werden mussten. Rund 120

Personen wurden zeitweise von der Gemeinde untergebracht und betreut. Zum Schutz weiterer Gebäude wurde ein mobiles Hochwassersystem des Landkreises in Stellung gebracht. Mittels Hochleistungspumpen wurde eine weitere Überflutung der Gebäude verhindert.

Landesweit haben die Einsatzkräfte hervorragende Arbeit geleistet. Auch die Gemeinden waren auf entspre-



 $\label{eq:Fiberses} \mbox{F\"{u}hrungsstab} \mbox{ des Landkreises in der akuten Einsatzphase.} \\ \mbox{Bild: RP Freiburg.}$

Lesen Sie bitte weiter auf S. 2



chende Schadenlagen vorbereitet. Die vom Umweltministerium in den letzten Jahren gesteuerten kommunalen Hochwasserschutzmaßnahmen haben an vielen Stellen ihre Wirkung entfaltet und Schlimmeres verhindert. Die Arbeit und die Prognosen der Hochwasservorhersagezentrale und des Deutschen Wetterdienstes waren zuverlässig und wurden von den Einsatzkräften und den Behörden auch inten-

siv genutzt.

Die für die Gefahrenabwehr zuständigen Behörden – von der Gemeinde, über die Kreise, die Regierungspräsidien bis hin zum Innenministerium – haben rund um die Uhr ihre Arbeit erfolgreich geleistet, so dass auch frühzeitig ein landesweiter Überblick vorhanden war. Landesweit wurde die Bevölkerung durch die Warn-App NINA

auf die Gefahren des Hochwassers hingewiesen.

Sowohl die Gefahren an und auf hochwasserführenden Gewässern als auch durch umstürzende Bäume bei durchnässtem Boden können bei solchen Lagen nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Wie bedrohend umstürzende Bäume sind, zeigen die Fotos, die uns dankenswerterweise Markus Heinzelmann aus Villingen-Schwenningen zur Verfügung gestellt hat. Diese Fotos sollen alle Einsatzkräfte mahnen, bei Sturmeinsätzen besondere Vorsicht walten zu lassen.



Bis zu vier Meter Durchmesser haben hier die Wurzelteller umgestürzter Flachwurzler. Deutlich wird aber auch, wie schnell große Bäume bei durchnässten Böden umstürzen können. Bild: Markus Heinzelmann.



Weitläufige Überflutungen durch Dauerregen und Tauwetter; hier ein Blick auf Menzenschwand. Bild: Polizeihubschrauberstaffel.



Der mobile Hochwasserschutzdamm im Einsatz in St. Blasien. Bild: RP Freiburg.



Aufbau des mobilen Hochwasserschutzdamms in St. Blasien. Bild: LRA Waldshut.



Umspültes Gebäude in Menzenschwand. Bild: RP Freiburg.

ng/







Kurzfilmwettbewerb 2018 – eine gute Gelegenheit den Aspekt Sicherheit zu präsentieren

(ID) Seit 2017 wird im Rahmen der Landesinitiative "Unser Neckar" des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft jährlich ein Kurzfilmwettbewerb ausgeschrieben, um das Bewusstsein für den Landesfluss zu steigern.

Der Kurzfilmwettbewerb Neckarperspektiven richtet sich an alle, die den Neckar lieben und mit ihm leben. Im letzten Jahr war unter den Neckarakteuren auch ein Feuerwehrmann: Bernd Reuther. Er ist Bootsführer auf dem Feuerlöschboot "Metropolregion Rhein-Neckar" in Mannheim. Die "Metropolregion" ist seine Leidenschaft, der Neckar ist seine Straße.

Viele DLRG-Ortsgruppen, Feuerwehren, THW-Ortsverbände und Sanitätsorganisationen sorgen auf IHREM Neckarabschnitt für Sicherheit. Ob als Taucher, bei der Ölschadenbekämpfung, bei der Brandbekämpfung auf Schiffen oder bei der rettungsdienstlichen Versorgung der Neckarschiffer; vielfältig sind die Tätigkeitsfelder. Themen zum Mitmachen gibt es genug. Wenn Sie jetzt noch gerne Regisseur, Kameramann und Cutter sind, steht einer Teilnahme nichts mehr im Wege. Machen Sie daraus ein interessantes Objekt IHRER Bevölkerungsschutz-Organisation. Für unsere Jugendgruppen ist dies auch eine tolle Gelegenheit IHREN Neckar kennen und lieben zu lernen.

Die Preise werden in den Kategorien "bis 17 Jahre", "ab 18 Jahre" und "Gruppen" vergeben. Jeweils die besten drei Beiträge werden mit dem Neckar-Entdecker-Preis ausgezeichnet. Die Preisverleihung und eine Vor-



führung der Siegerfilme finden im Rahmen des NaturVision Filmfestivals am 22. Juli 2018 statt. Ausgewählte Filme werden auf dem "Unser Neckar"-YouTube-Kanal veröffentlicht. Einsendeschluss ist der 1. Juni 2018. Filmlänge: bis 3 Minuten. Mehr unter: www.unser-neckar.de/kurzfilm2018.

LANDESFAMILIENPASS - Auch 2018 wartet der Landesfamilienpass wieder mit interessanten Ausflugszielen für die ganze Familie auf

(ID) Wenngleich der Landesfamilienpass an Voraussetzungen geknüpft und nicht jeder von Ihnen anspruchsberechtigt ist, werden doch viele aus der großen Bevölkerungsschutzfamilie davon profitieren können. Wir weisen Sie daher gerne auf dieses interessante Angebot hin.

Mit dem Landesfamilienpass erhalten Familien eine Gutscheinkarte, mit der Sie bis zu 20 mal kostenlos oder zu ermäßigtem Eintritt eines der zahlreichen Angebote nutzen können. Beispielsweise kostenlos ins Mercedes-Benz Museum oder ins Heidelberger Schloss; zum reduzierten Preis in den Europa-Park Rust, ins Ravensburger Spieleland, in die Stuttgarter Wilhelma oder in den Erlebnispark Tripsdrill das sind nur einige der über 60 attraktiven Ausflugsziele.

Wer kann einen Landesfamilienpass

beantragen?

Einen Landesfamilienpass können Familien mit mindestens drei kindergeldberechtigenden Kindern erhalten, wenn diese mit ihren Eltern in einem Haushalt leben. Alleinerziehende erhalten den Landesfamilienpass schon ab einem kindergeldberechtigenden Kind. Ebenso erhalten Familien den Landesfamilienpass bereits ab einem Kind, wenn sie mit einem schwer behinderten Kind zusammenleben, den Kinderzuschlag beziehen oder wenn sie Leistungen nach dem SGB II oder



Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhalten. Den Landesfamilienpass können Sie bei Ihrer Stadt- oder Gemeindeverwaltung beantragen.

Weitere Informationen:

http://kurzelinks.de/mcsy und http://kurzelinks.de/nlnv.

BBK legt Publikation zum Schutz Kritischer Infrastrukturen

(ID) Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe hat in seiner Schriftenreihe "Praxis im Bevölkerungsschutz" die Publikation "Schutz Kritischer Infrastrukturen – Identifizierung in sieben Schritten" veröffentlicht.

Die jetzt veröffentlichte Empfehlung ist eine Arbeitshilfe, wenn es um die Benennung der Bestandteile Kritischer Infrastrukturen (KRITIS) geht, deren Ausfall aus Sicht von Staat und Kommune die Leistungserbringung der Infrastruktur erheblich beeinträchtigen könnte.

Die Arbeitshilfe richtet sich an Bearbeiter

mit Verantwortung beim Schutz KRITIS im Rahmen der staatlichen Gewährleistung und der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie an sonstige Mitarbeiter, die entsprechende Aufgaben wahrnehmen.

Sie finden die Publikation auf der Internetseite des BBK zum Download unter: http://kurzelinks.de/kjg5.





VORSICHT – unbefestigte Seitenstreifen sind immer wieder Ursache für Unfälle mit Einsatzfahrzeugen

(ID) Unfälle mit Einsatzfahrzeugen, die auf das unbefestigte Bankett geraten und dann von der Fahrbahn abkommen, sind gar nicht so selten und können mitunter erhebliche Folgen haben. Mit einer geeigneten Fahrerschulung kann das Risiko minimiert werden.

Immer wieder kommt es zu schweren Unfällen mit Verletzten oder gar Toten, wenn Einsatzfahrzeuge in einen unbefestigten Seitenstreifen (Bankett) geraten sind; häufig noch auf abschüssigen Straßen. Ohne auf konkrete Unfälle eingehen zu wollen, liegt die Vermutung nahe, dass beim Ausweichen vor entgegenkommenden Fahrzeugen zumeist rechts gefahren und die Fahrbahn verlassen wird. Der Fahrer verliert dann leicht die Kontrolle über das Fahrzeug. Umkippen, Auffahren auf den Gegenverkehr oder hangwärts Abstürzen können tragische Folgen sein. Bei abschüssigen Straßen kann ein unwillkürliches Treten der Kupplung die Fahrgeschwindigkeit infolge des hohen, schiebenden Fahrzeuggewichtes noch verstärken.

Diese Unfälle sollten Grund genug sein, in der Fahrerschulung hierauf einzugehen. Jeder Fahrer sollte wissen, wo in seinem Ausrückebereich solche Straßenstellen anzutreffen sind. Dort sollte bei entgegenkommenden Fahrzeugen besser angehalten und jedes Befahren des Banketts vermieden werden. Ebenso sollte das richtige Verringern der Geschwindigkeit beim Bergabfahren drillmäßig geübt werden.

Investieren Sie einige Euro in die Sicherheit Ihrer Einsatzkräfte und engagieren Sie einen Fahrlehrer. Diese wissen, wie man richtiges Verhalten einübt.



Das Einsatzfahrzeug kam auf den unbefestigten Seitenstreifen und schrammte an der Leitplanke entlang.

Dicke Luft in Shisha-Bars - Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe informiert, worauf Inhaber von Shisha-Bars zu achten haben

(ID) Durch mehrere Vorfälle im vergangenen Jahr wurde die Diskussion um die Gefahren der Nutzung von Wasserpfeifen in sogenannten Shisha-Bars befeuert. Wegen zu hoher Kohlenmonoxidwerte mussten verschiedentlich Shisha-Bars vorübergehend geschlossen werden, weil Gäste über Übelkeit, Kreislaufprobleme und Kopfschmerzen klagten. Einige Besucher mussten sogar ins Krankenhaus gebracht werden.

Aus diesem Grund hat die Berufsgenossenschaft Nahrungsmittel und Gastgewerbe (BGN) einen Flyer mit Maßnahmen zur Vermeidung von Rauchgasvergiftungen in Shisha-Bars erarbeitet und veröffentlicht. Inhaber und Mitarbeiter der Bars sollen informiert und für drohende Gefahren beim Umgang mit glühender Kohle sensibilisiert werden.

Nicht ausreichende Lüftung der Räume kommt demnach in den meisten Fällen als Ursache für CO-Vergiftungen in Frage. Durch zahlreiche praktische Versuche und Messungen in Shisha-Bars hat die BGN einen tragfähigen Wert zur Lüftung ermittelt: die Leistung muss mindestens 130 m³ pro Stunde und Shisha-Pfeife betragen (unabhängig vom individuellen Raumvolumen).

Wichtige Erkenntnis der BGN: "Die Lüftung über offene Fenster und Türen reicht in der Regel nicht aus!"

Den Infoflyer mit Hinweisen und nützlichen Tipps finden Sie zum Download auf der BGN-Homepage unter http:// kurzelinks.de/yyau. Siehe hierzu auch Infodienst Ausgabe 6/2017, Seite 5.

Lesen Sie bitte weiter auf S. 5







Achtung Eigenschutz!

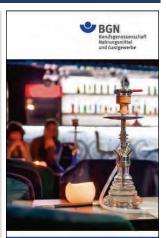
Das CO entsteht durch die Verbrennung der Kohle, mit der die Wasserpfeifen betrieben werden bzw. bei der Vorbereitung der Kohle. Bei einer hohen Konzentration der geruchlosen Verbindung in der Luft kann das Einatmen des CO schon innerhalb kurzer Zeit zu gesundheitlichen Schäden oder gar zum Tod führen. CO ist farb-, geruch- und geschmacklos

und kann von den menschlichen Sinnesorganen nicht wahrgenommen werden. Es hat fast die gleiche Dichte wie Luft, d. h. es verteilt sich im gesamten Raum gleichmäßig, und CO-Luftgemische können auch schlagartig durchzünden. Der Explosionsbereich liegt zwischen 12,5 und 75 Vol.-%.

Bei einem entsprechenden Einsatz in einer Shisha-Bar sollen die Einsatzkräfte durch Messung des CO-Hämoglobin-Wertes (CO-Hb) ausschließen, dass neben dem Verletzten noch andere Besucher und Bedienstete auch eine gesundheitsgefährdende CO-Belastung aufweisen.

Weitere Empfehlungen:

- falls vorhanden, CO-Warner anlegen,
- mit umluftunabhängigem Atemschutz vorgehen,
- umgehend Lüftungsmaßnahmen durchführen,
- Betroffene Personen schnellstmöglich ins Freie bringen,
- nicht mehr Einsatzkräfte als unbedingt notwendig in den belasteten Raum schicken und
- CO-Konzentration messen.



Rauchgasvergiftungen in Shisha-Bars vermeiden

Thomas Hanisch als hauptamtlicher Landesvorstand der Johanniter in das Amt eingeführt



(ID) Humorvoll und glanzvoll war die Ansprache von Thomas Hanisch, anlässlich seiner Einführung als neuer hauptamtlicher Landesvorstand der Johanniter Baden-Württemberg. Zahlreiche Wegbegleiter waren der Einladung des Bundesvorstandes in die Hospitalkirche in Stuttgart gefolgt. Feierlich war der Gottesdienst von den Landespfarrern Dekan Sebastian Berghaus und Oberkirchenrat Prof. Dr. Christoph Schneider-Harpprecht gestaltet; während dessen wurde Thomas Hanisch (Bildmitte) in sein neues Amt als Landesvorstand eingeführt. Beim anschließenden Empfang überbrachte Abteilungsleiter Prof. Hermann Schröder (ganz rechts) die Grüße und besten Wünsche des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenministers Thomas Strobl. Mit ihm war nicht nur die Referatsleiterin Rettungsdienst, Kathleen Adler (Dritte von links), sondern viele Mitstreiter der im Rettungsdienst mitwirkenden Organisationen und Kostenträger zum Gratulieren gekommen. Für all diese überbrachte der stellvertretende ASB-Landesgeschäftsführer Daniel Groß (Dritter von rechts) kollegiale Worte und herzliche Glückwünsche.





Nummer 2 Jahrgang 2018 9. Februar 2018

Notruf 112 – Am 11. Februar ist europaweiter Aktionstag Helfen Sie mit, die 112 noch bekannter zu machen

(ID) Der Notruf 112 ist die Nummer für den Notfall und funktioniert in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union kostenlos und zwar sowohl im Festnetz als auch im Mobilfunknetz. Das wissen allerdings noch längst nicht alle Menschen. Deshalb wird am 11. Februar (11.2. – Sie erkennen, warum dieses Datum) alljährlich mit einem Aktionstag darauf hingewiesen.

Bereits seit dem Jahr 2008 ist Europa auch beim Notruf vereint. Wir feiern

damit dieses Jahr das 10-jährige Jubiläum. Unter der kostenlosen Rufnummer 112 erreichen Hilfesuchende in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union sowohl im Festnetz als auch im Mobilfunknetz eine Leitstelle, um nach einem Unfall, bei einem Brand oder anderen Unglücksfällen Hilfe zu holen.



Bei einer jüngst durchgeführten Eurobarometer-Umfrage zeigte sich, dass nur rund ein Viertel (26 %) der befragten EU-Bürger spontan wusste, dass sie über die Notrufnummer 112 an jedem Ort in der EU die Feuerwehr

oder den Rettungsdienst erreichen können. Das Ziel von uns allen sollte

> sein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger diese lebenswichtige Nummer kennt und weiß, dass die 112 nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa der schnellste Weg ist, um Hilfe zu erhalten.

> Sie sollten noch zwei weitere Rufnummern kennen,

die wichtig sind. Für einen Krankentransport, bei dem ein Patient unter medizinisch-fachlicher Betreuung befördert werden muss, gibt es eine gesonderte Rufnummer: (Ortsvorwahl der Leitstelle und) 19222.

Wenn Sie außerhalb der Sprechzeiten Ihres niedergelassenen Arztes, dem altbekannten Hausarzt, ärztliche Beratung brauchen, ist der ärztliche Bereitschaftsdienst zuständig. Diesen erreichen Sie bundesweit unter ein und derselben Rufnummer, der 116117. Diese Nummer funktioniert ohne Vorwahl und ist kostenlos. Informationen zum ärztlichen Bereitschaftsdienst finden Sie auch im Internet unter www.116117info.de/html/de/.

Helfen Sie mit, dass der Notruf 112 und die Nummern 19222 (Krankentransport) und 116117 (ärztlicher Bereitschaftsdienst) noch bekannter und richtig genutzt werden. Mit einem Medienpaket (siehe Infobox) unterstützen wir Sie bei Ihrer Öffentlichkeitsarbeit. Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration hat Flyer, Plakate und Anzeigetexte auf seiner Internetseite zum Download zur Verfügung gestellt. Damit können Sie auch zum Beispiel am 11.2. in den sozialen Medien wie Twitter und

Wichtige Rufnummern für den Notfall



Eine Notlage trifft die meisten Menschen völlig unvorbereitet. Für den Fall der Fälle ist es wichtig, die Telefonnummer der jeweils auständigen Stelle parat zu haben und nicht lange überlegen zu müssen, wer der nichtige Ansprechpartner ist.



Das Medienpaket mit allen wichtigen Notrufnummern finden Sie auf der Internetseite des Innenministeriums.

Lesen Sie bitte weiter auf S. 2

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 — Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung: Rüdiger Felber

Rudiger Feibe

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.





Facebook auf das Thema aufmerksam machen und das Interesse der Leserinnen und Leser auf dieses wichtige Thema lenken.

Sprechen Sie außerdem in Ihrer Familie das Thema an. Reden Sie an Ihrem Arbeitsplatz mit Kolleginnen und Kollegen darüber. Informieren Sie im Verein und im Freundeskreis über die wichtigen Nummern für den Notfall.



Medienpaket Notfallnummern

Auf der Internetseite des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration finden Sie unter folgender Adresse das Medienpaket zum Download: https://im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/wichtige-rufnummern-fuer-den-notfall.

Es enthält folgende Bausteine:

- Flyer Notfallnummern
- Zwei Plakate (Kurz- und Langfassung)
- Anzeigentext für Veröffentlichungen

Nutzen Sie die Downloadmöglichkeit und helfen Sie mit, die Notfallrufnummern noch bekannter zu machen.

NINA kann Leben retten. Werben Sie dafür, damit NINA noch bekannter wird.

Nähere Informationen unter: https://im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/warnung-der-bevoelkerung/



Seminar zum Thema "Stromausfall" an der Akademie für Gefahrenabwehr

(ID) Die Akademie für Gefahrenabwehr an der Landesfeuerwehrschule hat sich aktuell in einem Seminar mit dem Thema "Stromausfall – sind wir vorbereitet? Vorsorge und Krisenmanagement beim Blackout" mit den möglichen Ursachen und Auswirkungen eines flächendeckenden und langanhaltenden Stromausfalls befasst.

Rund 70 Kreisbrandmeister sowie Vertreterinnen und Vertreter der unteren und höheren Katastrophenschutzbehörden informierten sich über notwendige Maßnahmen und Handlungsempfehlungen beim "Blackout" und erhielten vertiefende Einblicke in die Arbeit der Netze BW GmbH. Jürgen Bauer stellte die Strategien des Verteilnetzbetreibers zum Schutz der Stromversorgung im Krisenfall vor und betonte, wie wichtig die Kooperation zwischen den betroffenen Institutionen und Behörden sei. "Nur die Zusammenarbeit aller Beteiligten sorgt für eine schnelle Wiederversorgung und möglichst glimpfliche Auswirkungen", so Bauer.

Welche zentrale Rolle dabei die kommunale Krisenvorsorge spielt, erläuterten Bezirksbrandmeister Jürgen Link vom Regierungspräsidium Karlsruhe, Moritz Wolter von der Branddirektion Karlsruhe und Sabine Schweiger, Bürgermeisterin der Gemeinde Aglasterhausen, in ihren Vorträgen. "Das Stromausfallkonzept einer Kommune kann als Blaupause für die Bewältigung verschiedener anderer Katastrophenszenarien mit Ausfall kritischer Infrastrukturen, wie Hackerangriffen, Hitze- oder Kältewellen und ähnlichen Ereignissen dienen. Besonders die Sicherstellung der Kommunikation und ein funktionierendes Kraftstoffmanagement sind dabei große Herausforderungen, die eine genaue Vorplanung erfordern", so die Referenten. Auch



Bürgermeisterin Sabine Schweiger erläuterte in ihrem Vortrag die kommunale Krisenvorsorge in der Gemeinde Aglasterhausen. Bild: LFS

wenn ein flächendeckender und langanhaltender Stromausfall hierzulande ein eher unwahrscheinliches Szenario darstelle, sei es unabdingbar, dass Kommunen bereits im Vorfeld Strategien für den Ernstfall entwickeln.

Jürgen Link verwies hierbei auf den unter Federführung des Regierungspräsidiums Karlsruhe erarbeiteten "Musternotfallplan Stromausfall": "Der Musternotfallplan enthält grundlegende Empfehlungen zur Sicherstellung der Handlungsfähigkeit von Behörden und liefert damit auch kleineren Kommunen eine wichtige Hilfestellung, um sich auf einen flächendeckenden und langanhaltenden Stromausfall vorbereiten zu können", betonte Link.

Dass eine gute Vorbereitung auch ein entscheidender Faktor für eine erfolg-

reiche Krisenkommunikation ist, bekräftigte Dr. Christian Kohl vom Referat Krisenmanagement im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg. Die schnelle und umfassende Kommunikation mit Betroffenen sei ein wesentlicher Baustein zur Abwehr einer Krise. Wer einen Überblick habe, wie sich die Lage entwickle, empfinde sie vielfach als nicht mehr ganz so bedrohlich.

Nähere Informationen zum "Musternotfallplan Stromausfall" finden Sie unter:

http://kurzelinks.de/2twm.

Umfassende Informationen zu kommenden Veranstaltungen, Seminaren und Ansprechpartnern der Landesfeuerwehrschule und der Akademie für Gefahrenabwehr sind zu finden unter: www.lfs-bw.de.





A

Austausch mit dem Kampfmittelbeseitigungsdienst

(ID) Das Innenministerium hat sich mit dem Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden-Württemberg (KMBD) über die Möglichkeiten der Warnung der Bevölkerung mit dem Warnsystem MoWaS ausgetauscht.

Auch heute noch kommt es zu Funden von Kampfmitteln aus den Weltkriegen, die durch den KMBD entschäfft und unschädlich gemacht werden müssen. Hierfür ist es häufig erforderlich, die Bevölkerung im Umfeld der Fundstelle zu evakuieren. Zuständig für diese Maßnahme ist in der Regel die Ortspolizeibehörde. Seit der Einführung von MoWaS in Baden-Württemberg wurde bereits mehrfach über dieses System vor den Gefahren der Kampfmittel gewarnt und die Bevölkerung über die notwendige Evakuierung informiert.

Das Referat Krisenmanagement hat sich deshalb mit dem KMBD über die Einsatzmöglichkeiten von MoWaS ausgetauscht. Mit MoWaS können durch nur eine Eingabe eine Vielzahl von



Empfängern Multiplikatoren angesprochen werden, beispielsweise dio, Fernsehen und die Warn-App NINA. Ziel ist, durch die Nutzung verschiedenster Kanäle möglichst viele Menschen zu erreichen. Der Austausch zwischen KMBD und Innenministerium soll weiter intensiviert und Erfahrunausgetauscht gen werden.



Die Bilder zeigen Bomben, Granaten und Zünder im Ausstellungsraum des Kampfmittelbeseitigungsdienstes, die auch zu Schulungszwecken dienen.



Weitere Informationen

Weitere Informationen über den Kampfmittelbeseitigungsdienst Baden-Württemberg erhalten Sie auf den Seiten des Regierungspräsidiums Stuttgart:

https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Sicherheit/Kampfmittel/Seiten/default.aspx.

In den Stuttgarter Nachrichten ist im Januar ein Artikel über den KMBD erschienen: http://kurzelinks.de/gv0h.

Neues Bevölkerungsschutzmagazin

(ID) Heft 4 des Bevölkerungsschutz-Magazins des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe steht jetzt mit interessanten Berichten zum kostenlosen Download bereit. Für jeden, der sich für den Bevölkerungsschutz interessiert, eine Pflichtlektüre. Thema ist diesmal die "Konzeption Zivile Verteidigung" (KZV).

Die KZV vom 24.08.2016 ist das konzeptionelle Basisdokument für die ressortabgestimmte Aufgabenerfüllung im Bereich der Zivilen Verteidigung und Zivilen Notfallvorsorge des Bundes. Sie beschreibt Zusammenhänge und Prinzipien und macht Vorgaben für die künftige Ausgestaltung einzelner Fachaufgaben. Damit bildet sie die Grundlage für die weiteren Arbeiten und Planungen in den Bundesressorts sowie in den Bundesländern. Der Bund hat auf Bitten der Länder ein Bund-Länder-Steuerungsgremium auf Abteilungsleiterebene eingerichtet, dem sieben Länder angehören. Baden-Württemberg ist in diesem Steuerungsgremium vertreten.

Das BBK-Magazin berichtet unter anderem über den Stand der Umsetzung der neuen KZV mit Artikeln zu "Perspektiven der Trinkwassernotversorgung", "Bedeutung der KZV für die Ausbildung", "Notstromversorgung" und "Zivilmilitärische Zusammenarbeit".

Hier geht's zum Download: http://kurzelinks.de/kpfb. Das Basisdokument der KZV erhalten Sie unter: http://kurzelinks.de/5h4k.





130 Teilnehmende auf 2. Thementag in Vorbereitung auf LÜKEX 18 "Gasmangellage in Süddeutschland"

(ID) Ziel der länderübergreifenden Krisenmanagementübungen der Übungsserie LÜKEX ist es, unterschiedlichste Akteure zu vernetzen und ihre Krisenreaktionsstrukturen zu optimieren. Hierzu hat sich das Format der Thementage etabliert: Regelmäßig kommen in der Vorbereitungsphase alle Übungsbeteiligten zusammen, also Vertreterinnen und Vertreter der Länder, von betroffenen Bundesbehörden und -ressorts sowie, beim aktuellen Szenario "Gasmangellage", der Gaswirtschaft.

Ende Januar haben sich daher fast 130 Übungsbeteiligte auf einer Tagung im rheinland-pfälzischen Bad Breisig getroffen, um gemeinsam über die Bedeutung einer längerfristigen Unterbrechung der Gasversorgung für den Bevölkerungsschutz zu diskutieren. Schwerpunkt der Veranstaltung war es, die Interdependenzen zwischen einer Gasmangellage und dem Bevölkerungsschutz zu identifizieren. Dabei standen die Abhängigkeit verschiedener Branchen

Aktuelles zur Übungsserie LÜKEX finden Sie unter www.luekex.de.

Weiterführende Informationen zum Bevölkerungsschutz-System der Bundesrepublik finden auf der BBK-Website www.BBK.bund.de, auf dem YouTube-BBK und auf Twitter Kanal des @BBK_Bund.

von der Gasversorgung, die unterschiedlichen Ressourcen des Bevölkerungsschutzes sowie Fragen der Vernetzung von Bevölkerung und Behörden an vorderster Stelle.

Als intensiv übendes Land ist Baden-Württemberg mit einer großen Delegation vertreten: Neben dem Gas-Fernleitungsnetzbetreiber "terranets bw", vertreten durch Detlef Brickenstein, war das Referat Krisenmanagement des Innenministeriums, das Umweltministerium, die Landesfeuerwehrschule sowie das Regierungspräsidium Karlsruhe an diesem Thementag vor Ort.

Im Rahmen der sich an den Thementag anschließenden LÜKEX-Arbeitsgruppensitzung waren insbesondere Baden-Württemberg und Bayern als intensiv übende Länder aufgefordert, den Stand ihrer Planungen zu spezifischen Übungsinhalten und zur Szenarioausgestaltung darzustellen. Neben energiefachlichen Themen werden in Baden-Württemberg insbesondere die Aspekte Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit von Staat und Verwaltung, Bevölkerungsschutz und Krisenkommunikation in den Blick genommen.

In den kommenden Wochen wird das Übungsszenario mit entsprechenden Bausteinen weiter verfeinert und die Drehbucharbeit in Koordination mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und den anderen Übungsbeteiligten fortentwickelt



Neue Vox-Doku-Reihe "Die Notrufzentrale"

Der Fernsehsender Vox zeigt eine Doku-Reihe über Menschen und ihre Arbeit in Notrufzentralen / Leitstellen. Gezeigt werden die Disponentinnen und Disponenten bei der Annahme und Bearbeitung von anonymisierten Notrufen.

Geschildert wird die "Alltagsarbeit" in der Notrufzentrale und die telefonische Begleitung der Anrufer, die sich zumeist in einer persönlichen Ausnahmesituation befinden.

In Einspielungen wird auch die persönliche Befindlichkeit der Protagonisten beleuchtet. Was sich vor Ort abspielt, sieht der Zuschauer nicht.

Die ersten acht Folgen von "Die Notrufzentrale" laufen seit dem 5. Februar immer montags um 22.15 Uhr auf Vox. Pro Sendung werden zwei Leitstellen thematisiert.

Die erste Folge gibt es bereits im Netz. Sie ist im Internet abrufbar unter http://kurzelinks.de/85bg.

LÜKEX 18: Gasmangellage in Süddeutschland Abstimmungsgespräch der Ressorts und Regierungspräsidien im Innenministerium

(ID) Baden-Württemberg wird sich neben Bayern als intensiv übendes Land an der Ende November stattfindenden LÜKEX 2018 beteiligen.

Ziel ist es, diese länder- und ressortübergreifende Krisenmanagementübung dazu zu nutzen, die Abstimmungsprozesse innerhalb der Landesregierung und der Verwaltung im Krisenfall zu optimieren.

Um das angedachte Szenario vorzustellen und mögliche Auswirkungen einer Gasmangellage auf Verwaltung, Wirtschaft und Bevölkerung zu

identifizieren, fand im Innenministerium eine Besprechung aller Ministerien und der Regierungspräsidien statt. Im weiteren Prozess werden nun gemeinsam mit den Ministerien und den Regierungspräsidien mögliche Betroffenheiten definiert, die dann in das Szenario einfließen. So kann das Szenario auf die speziellen Übungsziele von Baden-Württemberg zugeschnitten werden.



Ein Blick in die Gesprächsrunde.



Nummer 3 Jahrgang 2018 8. März 2018

Fachsymposium "Zukunft des Rettungsdienstes in Baden-Württemberg" Großes Interesse an hochkarätigen Fachvorträgen

(ID) Im Mittelpunkt des Fachsymposiums beim Innenministerium stand am 2. März 2018 die Fortentwicklung des Rettungsdienstes in Baden-Württemberg. Ziel der Veranstaltung war die Erörterung der vom zuständigen Fachreferat erarbeiteten Ansätze zwischen den politisch Verantwortlichen und der Fachwelt. Die Referenten gewährten dabei Einblicke in ihre Arbeit und berichteten aus Wissenschaft und Forschung. In der "Stunde des Auditoriums" kamen dann die Teilnehmer der Fachtagung zu Wort.

"Heute leben wir in einer Welt, da bestellen wir Pizza und Bücher nach Hause. Warum dann nicht auch den Arzt?", fragte bewusst provokativ Staatssekretär Martin Jäger in seiner Begrüßungsrede und brachte damit das Dilemma des Rettungsdienstes auf den Punkt. "Die Schwelle zum Notruf zu greifen ist heute sehr viel niedriger und wird deshalb auch häufig überschritten." Jäger lenkte den Blick der Tagungsteilnehmer aus Politik, Ärzteschaft, der im Rettungsdienst mitwirkenden Organisationen, aus dem Bereich der Kostenträger, der Mitglieder der Bereichsausschüsse sowie aus Organisationen und Unternehmen, die in Baden-Württemberg Rettungsdienst leisten und Krankentransporte durchführen, auf die schwierige Situation des Rettungsdienstes. Seit Jahren würden die Einsatzzahlen steigen. Die bundesweit



Staatssekretär Martin Jäger bei der Begrüßung und Eröffnung der Veranstaltung.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 — Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felbe

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.

ähnlichen Zahlen seien die Folge der gesellschaftlichen Entwicklung und den Veränderungen im Gesundheitssystem geschuldet. "Waren es vor rund zehn Jahren noch 8,6 Millionen Einsätze, sind diese im Jahr 2016 bundesweit bereits auf unglaubliche 13,3 Millionen gestiegen!", so der Staatssekretär. Damit korrespondierend hätten sich die Kosten in großen Teilbereichen des Rettungsdienstes nahezu verdoppelt. Allein in Baden-Württemberg seien inzwischen jährlich rund 1,3 Millionen Einsätze in der bodengebundenen Notfallrettung zu bewältigen. Für das Jahr 2017 sei mit einer Steigerung von etwa drei Prozent zu rechnen.

Martin Jäger sprach deutliche Worte: "Akut lebensbedrohliche Erkrankungen (wie zum Beispiel ein Kreislaufstillstand) benötigen eine Versorgung innerhalb von drei bis fünf Minuten. Das wird kein öffentlicher Rettungsdienst jemals wirtschaftlich leisten können." Um eine optimale Versorgung der Patienten zu erreichen, habe Baden-Württemberg als erstes Bundesland die gesamte Rettungskette im Gesetz berücksichtigt. Er appellierte an die Selbsthilfefähigkeit von Bürgerinnen und Bürgern: "Schneller Notruf und schnelle Erste Hilfe, Telefonreanimation und qualifizierte Erste Hilfe durch organisierte Helfer-vor-Ort-Systeme, insbesondere in ländlichen Gebieten,

Lesen Sie bitte weiter auf S. 2



sind Maßnahmen, die schnell und effektiv wirken."

Die Stärkung der Kompetenzen der Rechtsaufsicht über die Bereichsausschüsse, die Unterstützung durch einen neuen landesweiten Musterbereichsplan, die Einrichtung des Qualitätssicherungssystems SQR und die Etatisierung von vier Stellen "Ärztlicher Leiter Rettungsdienst" seien wichtige Weichenstellungen gewesen, die zu mehr Qualität und Verbesserungen im Rettungsdienst, andererseits aber auch zu mehr Kontrolle führen würden. Für die Zukunft hätte sich das Land das Ziel des "Rettungsdienstes aus einem Guss" gesetzt. "Dazu favorisieren wir eine landesweite Rettungsdienstplanung über die bisherigen



Moderator Benedict Groß

Grenzen der Rettungsdienstbereiche hinweg, wir brauchen leistungsfähige, gut vernetzte und hoheitlich handelnde Leitstellen mit mehr Steuerungsund Einflussmöglichkeit, wir streben eine Stärkung der Luftrettung an und



Ein Blick in die gut gefüllten Reihen der Gäste des Symposiums.

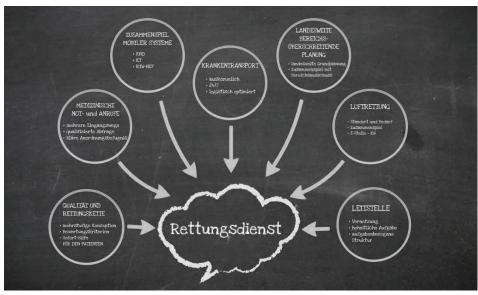
wir fordern ein funktionierendes Krankentransportsystem, das die Patienten zeitgerecht ins Krankenhaus, zum Arzt und wieder zurück befördert." Mit den Referenten seien Fachleute gewonnen worden, die Einblicke in neue Wege im Rettungsdienst geben können. Er lud die Gäste der Veranstaltung herzlich ein, sich für diese neuen Gedanken zu öffnen und damit eine partnerschaftliche Debatte über die anstehenden zukunftsweisenden Entscheidungen im Rettungsdienst Baden-Württemberg in Gang zu setzen.

Mit diesem Ausblick eröffnete Martin Jäger das Fachsymposium und übergab an den Moderator der Veranstaltung, Benedict Groß. Dieser hat sich im Projektmanagement, im Krisenmanagement und in der Organisationsberatung einen Namen gemacht. Groß moderiert zum Beispiel auch die Bad Boller Reanimationsgespräche. Er bat Prof. Hermann Schröder auf das Podium, der in seiner Einführung die Themenfelder der Tagung identifizierte



Abteilungsleiter Hermann Schröder

und das Interesse der Tagungsteilnehmer auf die Fachvorträge der Referenten schärfte. Er appellierte an alle Verantwortlichen im Rettungsdienst, nicht nur "Zahlen" zu beleuchten und "Organisationsinteressen" zu wahren, sondern immer daran zu denken, dass es um Menschen gehe, die es möglichst schnell und qualifiziert zu versorgen gelte. "Vergessen Sie bei allen Entscheidungen, die Sie treffen müssen, auch nie die Belange und Belastungen unserer Einsatzkräfte auf den Fahrzeugen und in den Leitstellen. Sie sind es, die draußen das "Geschäft" mit großem Engagement erfüllen. Und unsere Aufgabe ist es, ihnen bestmögliche Voraussetzungen zu schaffen", so Schröders Bitte an das Plenum.



 $F\"{u}r\ {\it ``Rettungsdienstler''}\ verst\"{a}ndlich;\ das\ von\ Abteilungsleiter\ Schr\"{o}der\ angesprochene\ Themenspektrum.$

Lesen Sie bitte weiter auf S. 3



Mit Oberstarzt Prof. Dr. Matthias Helm vom Bundeswehrkrankenhaus in Ulm eröffnete ein Fachmann der Notfallmedizin erster Güte, bekannt für seine herausragenden Leistungen in der Notfallmedizin und sein großes Engagement in der zivil-militärischen Zusammenarbeit, in der Nachwuchsförderung sowie als Begründer zahlreicher notfallmedizinischer Weiterentwicklungen, die Vortragsrunde: "Das Anspruchsverhalten der Bevölkerung hat sich verändert. Wer sich heute den Finger bricht, ruft den Rettungswagen. Früher wäre er selbst ins Krankenhaus gefahren. Der Rettungsdienst wird mit nicht notfallgerechten Einsätzen .missbraucht'."

Helm machte aus Sicht des Patienten die Anforderungen an einen qualifizier-



Oberstarzt Prof. Dr. Matthias Helm

ten Rettungsdienst deutlich. Nicht die Hilfsfrist sei das Maß aller Dinge. Die sogenannte Prähospitalzeit sei der entscheidende Faktor. Innerhalb von 60 Minuten sollten die Patienten in dem für sie geeigneten Krankenhaus sein. Prof. Matthias Helm verwies hierzu auch auf ein interessantes Eckpunktepapier zum "Rettungsdienst aus notfallmedizinischer Sicht", zu finden unter http://kurzelinks.de/ f3b8. Wichtig sei aber auch die Teamarbeit im Rettungsdienst. Dies gelte auch für eine professionelle Übergabe des Patienten an der wichtigen Kontaktstelle zwischen Rettungsdienst und Krankenhaus.

Nach der Mittagspause referierte Prof. Dr. Stefan Nickel, Leiter des Lehrstuhls für Diskrete Optimierung und Logistik am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, über "Health Care Logistics" im Rettungsdienst. Prof. Dr. Stefan Nickel zeigte deutlich die Vorteile einer bereichsübergreifenden landesweiten Planung auf. Am Beispiel der Niederlande habe man ein



Prof. Dr. Stefan Nickel

erhebliches Verbesserungspotenzial bei den Wachestandorten ausgemacht. Logistikplanung – und dies gelte auch für den Rettungsdienst – sei ein permanenter Prozess. Es sei nicht damit getan, alle zehn Jahre ein Gutachten auf den Weg zu bringen. "Großräumige Planungen bieten erhebliche Vorteile", so Prof. Dr. Nickel weiter. Gerade im Krankentransport könne man durch Logistikmethoden und automatisierte Tourenplanungen die vorhandene Kapazität besser nutzen.

Zum Abschluss der Vorträge berichtete Prof. Dr. Thomas Krafft von der Maastricht University, Faculty of Health, Medicine and Life Sciences, in seinem Vortrag zur "Zukunft des Rettungsdienstes - eine europäische Perspektive" über seine Erfahrungen. Thomas Krafft konzentriert sich auf vergleichende Gesundheitssystemforschung, globale Gesundheit und Gesundheitsgeographie mit regionalem Fokus auf Europa und Asien (insbesondere Indien und China). Er berichtete über seine Erfahrungen im Rettungsdienst in den Niederlanden und über den Rettungsdienst der in Europa derzeit führenden Nation, Dänemark. "Der Rettungsdienst ist in Baden-Württemberg eigentlich gut aufgestellt. Mit der SQR verfügen Sie über eine herausragende Stelle, die wertvolle Daten liefert. Mit dem KIT verfügen Sie über wissenschaftliches Know-how und die Bad Boller-Gespräche liefern immer wieder bundesweit beachtete Impulse", so Kraffts abschließende Bewertung.

In der "Stunde des Auditoriums" hat-



Prof. Dr. Thomas Krafft

ten die Teilnehmer der Fachtagung die Möglichkeit Fragen an die Referenten zu stellen. Davon machten sie auch kräftig Gebrauch, um Thesen der Referenten zu hinterfragen bzw. zu präzisieren. Nach knapp einer Stunde ging eine angeregte Diskussion und gleichzeitig ein hochinteressantes Fachsymposium zu Ende.

Zu dieser Veranstaltung haben wir Ihnen interessantes Zusatzmaterial auf folgender Website zur Verfügung gestellt:

http://kurzelinks.de/htnk.



In der "Stunde des Auditoriums" wurde zum Abschluss des Symposiums engagiert diskutiert.





Neufassung der VwV Feuerwehrausbildung veröffentlicht

(ID) Durch die Veröffentlichung im Gemeinsamen Amtsblatt ist die Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen in Baden-Württemberg (VwV-Feuerwehrausbildung) zum 1. März 2018 in Kraft getreten.

Die Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über die Aus- und Fortbildung der Feuerwehrangehörigen in Baden-Württemberg (VwV-Feuerwehrausbildung) vom 5. Februar 2018 ist im Gemeinsamen Amtsblatt Baden-Württemberg Nr. 2/2018 vom 1. März 2018 auf Seite 70 veröffentlicht worden. Die Verwaltungsvorschrift tritt rückwirkend zum 1. Januar 2018 in Kraft und ersetzt die VwV-Feuerwehrausbildung vom 22. Dezember 2010 (GABI. 2011, S. 15).

Die Verwaltungsvorschrift gewährleistet die Einheitlichkeit der Ausbildung und damit die Sicherstellung der Leistungsfähigkeit der Feuerwehren. Sie beschreibt den Umfang, die Dauer und die Voraussetzungen der Lehrgänge sowie die Zulassung der Teilnehmer und stellt die gegenseitige Anerkennung der Ausbildung zwischen den Bundesländern sicher. Daneben regelt sie die Anerkennung von Qualifikationen, die außerhalb der Feuerwehren erworben wurden, und legt die Kostenregelungen sowie die freiwilligen Leis-

tungen des Landes bei der Ausbildung und die Zuständigkeiten in der Feuerwehrausbildung auf den Ausbildungsebenen Gemeinde, Landkreis und Land fest.

In die Überarbeitung eingeflossen sind Vorschläge, die im Rahmen der Verbandsanhörung eingegangen sind. Die Verwaltungsvorschrift wurde klarer strukturiert, an die aktuellen Rechtsgrundlagen und Vorgaben angepasst und die Anlagen auf das notwendige Minimum reduziert. Die Darstellung der Feuerwehrausbildung ist insgesamt deutlich transparenter.

Änderungen gab es insbesondere bei der Darstellung, bei der Bezeichnung von Lehrgängen, bei der Ausbilderausbildung und bei der Benotungs-Systematik. Für das Anmelde- und Nachrückverfahren wurde die Möglichkeit für ein transparentes und zielführendes Verfahren beschrieben. Verschiedene Lehrgänge, insbesondere für Ausbilder, wurden neu aufgenommen, ebenso Regelungen zur Akademie für Gefahrenabwehr.

Die Verwaltungsvorschrift eröffnet auch weiterhin die Möglichkeit, außerhalb des Laufbahnrechts an Laufbahnlehrgängen teilzunehmen. Entweder als feuerwehrtechnische Beschäftigte, die analog zu den Ausbildungs- und Prüfungsordnungen ausgebildet werden, oder durch die Anerkennung von Qualifikationen, die bereits im Ehrenamt erworben wurden. Hierfür wurden die Zulassungsvoraussetzungen neu definiert. Bei gestiegener Flexibilität für die Teilnehmenden wird jetzt ein mit den feuerwehrtechnischen Beamten vergleichbares Oualifikationsniveau erreicht.

Mit der Neufassung wurde eine gute Grundlage für eine qualitativ hochwertige und zukunftsfähige Ausbildung geschaffen.

Detaillierte Informationen zur Feuerwehrausbildung und zum Lehrgangsprogramm gibt es auf der Homepage der Landesfeuerwehrschule im Internet unter: http://www.lfs-bw.de.

Zehn Jahre Förderpreis Helfende Hand – Jetzt für 2018 bewerben und gewinnen

(ID) Für Projekte im Bevölkerungsschutz beginnt die Bewerbungsphase für den Wettbewerb des BMI am 1. März. Bis zum 31. Juli können sich Einzelpersonen, Gruppen oder Einrichtungen, Vereine und Verbände oder jede sonstige Organisation, die sich in einem Bereich des Bevölkerungsschutzes (Zivil- und Katastrophenschutz) engagiert, bewerben.

Nach dem großen Erfolg im Jahr 2017, in dem gleich drei Preisträger aus Baden-Württemberg mit vier ersten Preisen ausgezeichnet wurden, startet die neue Bewerbungsrunde für den BMI-Förderpreis "Helfende Hand" am 1. März. Bewerben können sich Projekte, die sich im Bevölkerungsschutz engagieren. Aber auch Arbeitgeber, die das Engagement im Bevölkerungsschutz unterstützen, können vorgeschlagen werden, wenn sie nicht Mitglied einer Organisation sind, die im Bevölkerungsschutz mitwirkt. Bewerbungsschluss ist am 31. Juli 2018.

Der Förderpreis ist mit insgesamt 40.000 Euro dotiert. Je 8.000 Euro gehen an die ersten Plätze der Kategorien "Nachwuchsarbeit" und "Innovative Konzepte". In den gleichen

Rubriken erhalten auch die Plätze zwei (6.000 Euro) und drei (3.000 Euro) Preisgelder. Der Bundesinnenminister überreicht die Preise persönlich. Nähe-

re Informationen und Teilnahmebedingungen erhalten Sie unter https://www.helfende-hand-foerderpreis.de/startseite.html.







Kampagne "Rettungsgasse – rettet Leben" gestartet Innenminister Thomas Strobl und Polizei kündigen verstärkte Kontrollen an

(ID) Immer wieder kommen Rettungsfahrzeuge nicht rechtzeitig zum Einsatzort, weil Autofahrer das Gebot, eine Rettungsgasse zu bilden, missachten. Oft gehen dabei lebenswichtige Sekunden verloren. Mit einer Informationskampagne wirbt die Polizei verstärkt für die Rettungsgasse. Wer sich im Stau nicht richtig verhält, riskiert ein hohes Bußgeld.

Seit Mitte Februar hängen sie an insgesamt 60 Brücken über zweispurige Bundesstraßen und Autobahnen und fordern dazu auf, im Stau die Rettungsgasse zu bilden. Sogenannte

Rettungsgasse!" Eine schematische Zeichnung ruft die Regel in Erinnerung: Die Fahrer auf der linken Spur müssen sich an den linken Fahrbahnrand einordnen, die Verkehrsteilneh-

widrigkeit heraufgestuft. Lange Zeit lag die Geldbuße bei 20 Euro. Seit der Änderung der straßenverkehrsrechtlichen Vorschriften im Oktober 2017 sind mindestens 200 Euro fällig. Und



Mit diesem Brückenbanner wird für die Rettungsgasse geworben.

Brückenbanner sind Teil der Informationskampagne "Rettungsgasse – rettet Leben", die der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl am 15. Februar in Stuttgart gestartet hat. Mit der Kampagne sollen die Autofahrer sensibilisiert werden, im Ernstfall die lebenswichtige Gasse freizuhalten. Autofahrer sind verpflichtet, nicht erst beim Herannahen der Rettungsfahrzeuge, sondern sofort wenn der Verkehr stockt die Rettungsgasse zu bilden.

"Wir machen ernst - die Polizei wird die Bildung der Rettungsgasse künftig ganz gezielt überwachen und Verstöße konsequent ahnden. Hierfür setzt unsere Polizei verstärkt Foto- und Videotechnik an Unfallstellen ein", so der Innenminister. Strobl freut sich als Schirmherr der Verkehrssicherheitsaktion GIB ACHT IM VERKEHR über schlagkräftige Partner, wie den ADAC Württemberg und den Fahrlehrerverband Baden-Württemberg e.V., die für die gute Sache gemeinsam an einem Strang ziehen. An die Autofahrer appellierte der Innenminister: "Bei schweren Verkehrsunfällen zählt jede Sekunde. Deshalb gilt: Machen Sie Platz und helfen dabei, Leben zu retten!"

Nur zwei Wörter stehen in riesigen Lettern auf dem Transparent: "Stau! mer aller anderen Spuren müssen nach rechts ausweichen. Wer sich hier nicht richtig verhält, riskiert ein saftiges Bußgeld.

Ein Verstoß gegen die Vorschriften zur Bildung einer Rettungsgasse wurde zu einer besonders schweren Ordnungs-

Linke Spur Mach Linkes Spur Mach Links Spur Ma

derjenige, der andere gefährdet oder einen Sachschaden verursacht, wird schon mal mit 320 Euro zur Kasse gebeten.

Außerdem werden zwei Punkte und ein Monat Fahrverbot fällig.



 $\label{thm:local_problem} \mbox{Und auf diesen Plakaten gibt es weitere Informationen zur Rettungsgasse.}$



Neben den Brückenbannern sieht die Kampagne Plakate an Tank- und Rastanlagen oder Polizeidienststellen, Aktionsflyer in Deutsch, Englisch und Französisch sowie einen Videospot für soziale Medien vor. Das Medienpaket sowie alle Informationen rund um die Rettungsgasse finden Sie auf der Internetseite der Verkehrssicherheitsaktion GIB ACHT IM VER-KEHR unter: http://kurzelinks.de/eqkj. Nutzen Sie die Downloadmöglich-

keit und unterstützen auch Sie die Kampagne des Innenministeriums.





Brandschutzforschung

Berichte zur Bewertung und zu Mindestanforderungen mobiler Hochdrucklöschverfahren und Evaluierung neuer Löschverfahren bei Metallbränden

(ID) Das Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge hat einen Bericht zur Bewertung und zu Mindestanforderungen mobiler Hochdrucklöschverfahren veröffentlicht. Ein zweiter Bericht beschäftigt sich mit der Evaluierung neuer Löschverfahren bei Metallbränden.

Forschungsbericht Nr. 188:

Bewertung und Mindestanforderungen mobiler Hochdrucklöschverfahren

Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, Arbeitskreis V, Ausschuss für Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung, hat beim Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge, Abteilung Forschung, Institut der Feuerwehr-Sachsen-Anhalt, einen Forschungsauftrag zur Bewertung und Mindestanforderung mobiler Hochdrucklöschverfahren in Auftrag gegeben. Der Bericht zum Forschungsauftrag wurde im November 2017 veröffentlicht.

Hochdruckwassernebelanlagen werden seit einigen Jahren verstärkt als alternatives Löschmittel bzw. Löschverfahren eingesetzt. Auch auf dem Gebiet der mobilen Brandbekämpfung wird Hochdrucklöschtechnik genutzt, zum Beispiel als tragbare Feuerlöscher oder schlauchgebundene Systeme.

Für die Feuerwehren ist das Wissen über mobile Hochdrucklöschsysteme und ihre Löschwirksamkeit von grundlegender Bedeutung.

Dank des Forschungsauftrags gibt es nun eine Methode zur Bewertung mobiler Hochdrucklöschtechnik für Freibrände der Klasse A sowie Empfehlungen zur Durchführung eines Ratingverfahrens zur Bewertung von Hochdrucklöschtechnik:

- Wähle aus den Herstellerangaben und dem Sprühbild die Löschentfernung. Die Löschstrahlentfernung sollte so gewählt werden, dass die Strahlbreite die Breite der Holzkrippe bedeckt.
- 2. Die Strahlausrichtung erfolgt mittig auf der Breite der Holzkrippe nach DIN FN 3.
- 3. Bestimme aus dem gelieferten Löschwasservolumenstrom die Energieaufnahmefähigkeit des Wassers.
- 4. Bestimme die aufzunehmende Energiefreisetzungsrate der Brand-

- objekte nach DIN EN 3.
- 5. Wähle die sich daraus ergebende Normholzkrippe nach DIN EN 3.
- 6. Führe den Löschtest analog der Ratingversuche, wie in Abschnitt 5.1.3 (des Forschungsberichts) beschrieben, durch. Führe die Ratingversuche mit größer werdenden Krippen so lange durch, bis der Löscherfolg ausbleibt. Wird beim ersten Löschtest nicht gelöscht, werden die Löschtests mit kleineren Krippen nach DIN EN 3 durchgeführt, bis der Löscherfolg eintritt.

Forschungsbericht Nr. 189:

Evaluierung neuer Löschverfahren bei Metallbränden

Wir alle kennen die Bilder aus den Medien von Fußballstadien, in denen Bengalische Feuerwerkskörper mit metallischen Brennstoffen angezündet werden. Ebenso treten in der Industrie vermehrt Brandereignisse durch brennende Metalle auf.

Die Löschung von Metallbränden stellt hohe Anforderungen an die Einsatzkräfte. Zum einen aufgrund der hohen Temperaturen, zum anderen aufgrund des anspruchsvollen Löschverfahrens. So birgt die Bekämpfung von Metallbränden mit wasserhaltigen Löschmitteln in sich die Gefahr, neben einer Brandforcierung auch eine Knallgasexplosion hervorzurufen.

Die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, Arbeitskreis V, Ausschuss für Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung, hat daher beim Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge, Abteilung Forschung, Institut der Feuerwehr-Sachsen-Anhalt, einen Forschungsauftrag zur Evaluierung neuer Löschverfahren bei Metallbränden in Auftrag gegeben. Der Bericht zum Forschungsauftrag wurde im November 2017 veröffentlicht.

Getestet wurden zwei Wassernebellöschsysteme und ihre Weiterentwicklungen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit für die Löschung von Metallbränden mit Magnesium und Aluminium. Zentrale Ergebnisse des Forschungsberichts:

- Das Löschen von Metallbränden mit wasserhaltigen Löschmitteln ist grundsätzlich nicht zu empfehlen.
- Eine Praxistauglichkeit der Wassernebel-Feuerlöscher sowie ihrer Weiterentwicklungen zur Metallbrandbekämpfung ist nicht gegeben.
- Bei der Bekämpfung eines Metallbrandes (Brennstoff Magnesium) mit Wassernebel-Feuerlöschern besteht die Gefahr einer Brandausbreitung, da der Metallbrand nicht gelöscht wird, sondern lediglich ein mechanisches Trennen des brennenden vom nicht brennenden Material erfolgt.
- Ein Löschen von magnesiumhaltigen Bengalischen Feuerwerkskörpern (Magnesiumfackel, Seenotfackel) war mit allen untersuchten Feuerlöschern erfolgreich. D.h. der Löscherfolg wurde auch mit dem konventionellen Wasser-Feuerlöscher erzielt.

Beide Forschungsberichte bietet das Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge unter folgendem Link zum Download an:

http://kurzelinks.de/c8e6.







Fachbeirat Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) gegründet Konstituierende Sitzung an der Landesfeuerwehrschule

(ID) Zu seiner konstituierenden Sitzung ist der Fachbeirat Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal zusammengekommen. Bei seinem erstmaligen Zusammentreffen behandelte der Fachbeirat organisatorische Themen, Fragen des Meldeweges und der Führungsausbildung in der PSNV.

Unter Leitung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration hat sich am 21. Februar 2018 der Fachbeirat Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) zu seiner konstituierenden Sitzung an der Landesfeuerwehrschule getroffen. Dort ist die Landeszentralstelle PSNV und damit auch die Geschäftsstelle des Fachbeirats angesiedelt.

In dem Beirat sind die in der PSNV tätigen Organisationen und Einrichtungen fachlich repräsentiert. Mitglieder sind Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen, der beiden Landesverbände des DRK, der Johanniter und Malteser, des ASB, des THW und des Landesfeuerwehrverbandes.

Das Gremium begleitet die Arbeit der Landeszentralstelle PSNV, fördert und unterstützt diese und ist Garant für eine organisationsübergreifende und landeseinheitliche Abstimmung in Fragen der PSNV. Dabei hat in allen Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung, welche die PSNV berühren, eine

Abstimmung zwischen der Landeszentralstelle und dem Fachbeirat zu erfolgen.

In seiner konstituierenden Sitzung beschäftigte sich der Fachbeirat unter anderem mit Fragen der Organisation, dem Meldeweg bei PSNV-Einsätzen und der Führungsausbildung in der PSNV. Mit der Konstituierung des Fachbeirats ist ein weiterer Schritt zur Etablierung eines Netzwerkes zur Strukturierung und Organisation der PSNV in Baden-Württemberg erfolgt.



Der Fachbeirat PSNV kam zu seiner konstituierenden Sitzung an der Landesfeuerwehrschule zusammen. Bild: LFS

"Ich bin nichts Besonderes"

Älteste Frau Deutschlands wirbt für den Euronotruf 112

(ID) Sie ist 112 Jahre alt und damit gilt die Karlsruherin als älteste Frau in Deutschland. Von sich selbst sagt Edelgard Huber von Gersdorff, dass sie nichts Besonderes sei. Für das Stuttgarter Europa Zentrum Baden-Württemberg hat die rüstige Rentnerin jetzt die Ehrenschirmherrschaft für die Aktion zum Euronotruf 112 übernommen.

Zwar sieht sie mittlerweile nicht mehr so gut und sie sitzt auch im Rollstuhl, aber ansonsten ist Edelgard Huber von Gersdorff eine fitte Seniorin, die noch sehr interessiert ist und sehr rege am Weltgeschehen Anteil nimmt. Sie empfängt auch gerne Besuch bei sich zu Hause in Karlsruhe und freut sich über die ihr angetragene Ehrenschirmherrschaft für die Euronotruf 112-Aktion.

Auf die Idee der Schirmherrschaft kam Nils Bunjes vom Stuttgarter Europa Zentrum Baden-Württemberg, als er von der betagten Seniorin erfuhr. Wer könnte sich als Vorbild besser eignen als eine Dame, die genau 112 Jahre alt ist und ihr Leben lang nicht viel von Staatsgrenzen gehalten hat.

Und so wird Edelgard Huber von Gersdorff zur Ehren-Schirmherrin für die Notrufnummer ernannt. Geduldig posiert sie mit dem 112-Schild und lächelt freundlich in die Kamera. Lesen Sie mehr über diese außergewöhnliche Dame im Internet unter: http://kurzelinks.de/biwb.



Foto: Europe Direct





Nummer 4 Jahrgang 2018 4. April 2018

Staatssekretär Martin Jäger wechselt nach Berlin in das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Martin Jäger: "Ich bin Baden-Württemberg besonders verbunden"

(ID) Staatssekretär Martin Jäger wechselte Ende März vom Innenministerium in Stuttgart in gleicher Funktion ins Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Nach einer intensiven Zeit im Innenministerium, wo er sich schwerpunktmäßig um die Sicherheitspolitik gekümmert hat, folgte er nun einem Ruf als Staatssekretär auf Bundesebene. In einer persönlichen Botschaft verabschiedet sich Martin Jäger von den Helferinnen und Helfern und allen im Bevölkerungsschutz Mitwirkenden.

Sehr geehrte Damen und Herren,

liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter im Bevölkerungsschutz,

sicherlich hat sich die Nachricht meines Wechsels von Stuttgart nach Berlin als beamteter Staatssekretär in das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung in Ihren Kreisen bereits verbreitet. Meine Worte werden Sie daher weder überraschen noch Ihnen Neues vermitteln. Mir ist es aber eine Herzensangelegenheit, Ihnen Dank zu sagen und mich von Ihnen auf diesem Weg zu verabschieden.



Foto: Chaperon

Schwerpunktmäßig habe ich mich im Innenministerium um die Sicherheitspolitik, das Landespolizeipräsidium, den Verfassungsschutz, das Aufenthalts- und Asylrecht sowie um den Bevölkerungsschutz und das Krisenmanagement gekümmert.

Bei all meinen Kontakten mit Ihnen vor Ort haben mich vor allem das große ehrenamtliche Engagement und die dabei gleichzeitig gezeigte Professionalität, die Sie tagtäglich unter Beweis stellen, besonders beeindruckt. Der Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg lebt davon und ist ohne das Ehrenamt nicht vorstellbar. Wichtig sind aber auch die hauptamtlichen Strukturen und die Hauptamtlichen bei den Feuerwehren, dem THW, den Hilfsorganisationen und in den Verwaltungen; sie unterstützen auf verschiedenste Art und Weise das Ehrenamt und ermöglichen dadurch erst deren Wirken.

Ihnen allen, ob Sie ehrenamtlich oder im Hauptberuf zur Stelle sind, wenn Sie gebraucht werden, möchte ich dafür danken, dass Sie sich für Ihre Mitmenschen stark machen und dass Sie helfen, wenn es nötig ist. Danken möchte ich Ihnen auch dafür, dass Sie mir unschätzbare Einblicke in Ihre verantwortungsvolle Arbeit gewährt haben. Das sind Erfahrungen, die ich nicht missen möchte.

Eines ist mir noch wichtig: Achten Sie auf sich und Ihre Kameradinnen und Kameraden, Kolleginnen und Kollegen und kehren Sie stets gesund von Ihren Einsätzen nach Hause zurück. Auch wenn mich die neue Aufgabe nun wieder nach Berlin führt, so werde ich Ihnen verbunden bleiben.

Ich wünsche Ihnen allen alles Gute für die Zukunft!

Mit herzlichen Grüßen





Zeitgemäße Strategien im Bevölkerungsschutz und im Krisenmanagement in Europa Austausch zur Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes auf EU-Ebene in der Landesvertretung Baden-Württemberg bei der Europäischen Union

(ID) Der stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration des Landes Baden-Württemberg, Thomas Strobl, lud zu einem interessanten Austausch mit dem für "Humanitäre Hilfe und Krisenschutz" zuständigen EU-Kommissar Christos Stylianides, dem Abgeordneten des Europäischen Parlaments Dr. Andreas Schwab und dem Leiter der Geschäftseinheit "Systemkritische Infrastruktur" des Energieversorgers EnBW, Dr. Wolfgang Eckert, über zeitgemäße Strategien im Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement ein. Der Einladung des Innenministers folgten Vertreter der im Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg mitwirkenden Organisationen und zahlreiche Vertreter anderer Länder und Staaten. Interessante Reden und Diskussionsbeiträge der Podiumsrunde sowie persönliche Gespräche mit den anwesenden Politikern prägten diese Veranstaltung.

Im November 2017 hatte die Europäische Kommission zur Weiterentwicklung des Katastrophenschutzes in der EU einen Vorschlag vorgelegt. Demnach sollen die Katastrophenabwehrkapazitäten der EU gestärkt und die Kompetenzen der EU im Katastrophenschutz ausgedehnt werden. Der EU-Kommissar für Humanitäre Hilfe und Krisenschutz, Christos Stylianides, warb für eine gezielte Überarbeitung der geltenden Rechtsvorschriften für das Katastrophenschutzverfahren der Union.

Im Kontext des Kommissionsvorschlages wurden die Erfahrungen des Landes Baden-Württemberg im Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement, die Struktur des Bevölkerungsschutzes und die Maßnahmen, mit denen Baden-Württemberg auf die besonderen Herausforderungen sowie die Chancen im digitalen Zeitalter reagiert, den Gästen dargestellt. Innenminister Thomas Strobl brachte die Haltung des Landes Baden-Württemberg auf den Punkt: "Katastrophenschutz muss auch in Zukunft Ländersache bleiben. In Situa-



Foto: © FKPH

Innenminister Thomas Strobl und EU-Kommissar Christos Stylianides.

tionen, in denen nationale Ansätze nicht mehr ausreichen und europäische Solidarität und europäisches Handeln gefragt sind, können sich unsere europäischen Freunde unserer Unterstützung sicher sein. Dies ist bereits jetzt gelebte Realität, vor allem in

den Grenzregionen." In seinem Bekenntnis zum Ehrenamt in Baden-Württemberg und im deutschsprachigen Raum ergänzte der Innenminister: "Die bestehenden nationalen Strukturen haben zweifellos Vorteile. Allein in Baden-Württemberg engagieren sich mehr als zweihunderttausend Hauptund Ehrenamtliche rund um die Uhr für die Gesellschaft. Neben den haupt-

Lesen Sie bitte weiter auf S. 3



Foto: © FKPH Gesprächsrunde in der Landesvertretung (von links): Dr. Wolfgang Eckert, Innenminister Thomas Strobl, Prof. Hermann Schröder, EU-Kommissar Christos Stylianides, Dr. Andreas Schwab MdPE.

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 — Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.



amtlichen Kräften beruht der Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg auf dem ehrenamtlichen Engagement zahlreicher Freiwilliger." Das Herz des Bevölkerungsschutzes im Südwesten schlage bei seinen Einsatzkräften nämlich vor Ort. Dies sei beispielhaft für Europa, weil niemand die jeweiligen Risiken und Besonderheiten besser kennen würde, als die örtlichen Einsatzkräfte.

Gerade die Digitalisierung stelle den Bevölkerungsschutz und das Krisenmanagement aktuell aber vor ganz neue Herausforderungen - und die Digitalisierung eröffne auch Chancen für die Gefahrenabwehr. Nicht zuletzt im Verbund mit den europäischen Partnern gehe Baden-Württemberg im Schulterschluss mit Wissenschaft und Wirtschaft neue Wege, um die Gefahrenabwehr neu auszurichten. Sowohl klassische Risiken, wie die Hochwasserlagen und Starkregen, als auch neue Herausforderungen, wie Cyberangriffe und die daraus erwachsene Gefahr von großflächigen Stromausfällen, können mit Hilfe der IT-Technologie besser bewältigt werden. Dies könne auch ein Weg für ganz Europa sein. "Wenn Gefahr droht, zählt jede Sekunde. Dann ist es entscheidend, möglichst schnell alle Menschen zu erreichen, die gefährdet sein können."

Baden-Württemberg setze deshalb auf



Foto: © FKPH EU-Kommissar Christos Stylianides und Innenminister Thomas Strobl begrüßten die Vertreter der im Bevölkerungsschutz Baden-Württemberg mitwirkenden Organisationen.

eine Vielzahl IT-basierter Programme in der Gefahrenabwehr. Der für den Katastrophenschutz zuständige Referatsleiter, Stefan Gläser, präsentierte in seinem Vortrag eine bunte Palette von Programmen, die im badenwürttembergischen Bevölkerungsschutz wirkungsvoll eingesetzt werden. Eine wichtige Rolle spiele auch die baden-württembergische Forschung und Wirtschaft. Die EnBW habe beispielsweise mit dem Projekt "SMIGHT" ein innovatives Straßenbeleuchtungskonzept entwickelt – die Laternen wür-

den in einem System neben Beleuchtung, Umweltsensorik, E-Mobilität und Öffentlichem WLAN auch eine Warnfunktion vereinen.

Vor der abendlichen Veranstaltung in der Landesvertretung, zu der sich auch der EU-Kommissar für Haushalt und Personal, Günther Oettinger, gesellte, hatten die baden-württembergischen Teilnehmer bereits die Möglichkeit, das Herzstück der europäischen Demokratie zu erkunden. Gemeinsam mit Stefan Gläser, Refe-

ratsleiter Katastrophenschutz, und Michael Willms. Referatsleiter Krisenmanagement im Innenministerium, besuchten sie das Europäische Parlament, nahmen den 751 Mitgliedern des Parlaments Platz bietenden Plenarsaal in den Blick und tauschten sich mit dem Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland MdEP, über Europafragen aus.

Ein besonderer Dank gilt Herrn Wieland, der aus seiner immensen Erfahrung und Begeisterung den europäischen Gedanken auf die Teilnehmer der Gesprächsrunde überspringen ließ.



Gruppenbild mit den Mitgliedern des Europaparlaments Daniel Caspary und Rainer Wieland (5. und 6. von links) und den Vertretern der im Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg mitwirkenden Organisationen sowie den Vertretern des Innenministeriums Baden-Württemberg.





Leitstellenstruktur Baden-Württemberg

Lenkungsgruppe legt weiteres Vorgehen fest

(ID) Die Mitglieder der Lenkungsgruppe haben sich in ihrer achten Sitzung auf das weitere Vorgehen im Projekt Leitstellenstruktur verständigt. Mit den Schwerpunkten Technik, Leitstellengesetz und Krankentransportvermittlung soll die Umsetzung der beschlossenen Eckpunkte aus der letzten Sitzung im Dezember vergangenen Jahres vorangetrieben werden.

Jetzt ist Fachexpertise gefragt! So könnte man das Ergebnis der achten Lenkungsgruppensitzung zur Untersuchung der Leitstellenstruktur in Baden-Württemberg zusammenfassen. Nachdem in der letzten Sitzung der Lenkungsgruppe im Dezember vergangenen Jahres das Eckpunktepapier beschlossen wurde, in dem die Vernetzung der Integrierten Leitstellen als eines der zentralen Ziele der zukünftigen Struktur definiert wurde, traf sich die Lenkungsgruppe am 15. März erneut, um die weiteren Projektschritte festzulegen.

Mit dem klaren Bekenntnis, dass die Lenkungsgruppe das Projekt bis zum Ende begleiten soll, und einer kurzen Bestandsaufnahme des aktuellen Projektstandes eröffnete Abteilungsleiter Prof. Hermann Schröder die achte Sitzung der Lenkungsgruppe. Michael Willms, Leiter des Referates Krisenmanagement, berichtete über den Workshop mit den beteiligten Organisationen der Lenkungsgruppe und der Kommunalen Informationsverarbeitung Baden-Franken (KIVBF), zukünftig ITEOS. Dort wurden am 19. Februar insbesondere die für den Leitstellenbetrieb erforderlichen technischen Systeme sowie deren Voraussetzun-



Blick in die Lenkungsgruppensitzung.

gen und Anforderungen betrachtet.

Als weiteren Projektschritt beschloss die Lenkungsgruppe einvernehmlich, in einer Expertengruppe zunächst ein Lastenheft auszuarbeiten. Dieses soll die funktionellen und technischen Anforderungen für eine Vernetzung der Integrierten Leitstellen und der angestrebten einheitlichen Technik be-

schreiben. Für diese fachspezifischen Themen werden die in der Lenkungsgruppe vertretenen Organisationen Fachleute und IT-Spezialisten entsenden.

In einem weiteren einvernehmlichen Beschluss begrüßt die Lenkungsgruppe die Erarbeitung von Eckpunkten für ein mögliches Leitstellengesetz, das die Zuständigkeiten, die Trägerschaft, das Betriebskonzept, die Datenhoheit und die Finanzierung zukunftsweisend regeln soll.

Ferner stimmten die Mitglieder der Lenkungsgruppe darin überein, dass es Aufgabe der Selbstverwaltung im Rettungsdienst ist, ein Modell für die im Eckpunktepapier geforderte großräumigere Planung und Lenkung des Krankentransports zu erarbeiten. Die Kosten- und Leistungsträger werden diese Thematik angehen und der Lenkungsgruppe berichten.

Weitere Informationen zur Leitstellenstruktur finden Sie auf folgender Internetseite: https://im.baden-wuerttemberg/.



Leitung der Lenkungsgruppensitzung durch Prof. Hermann Schröder, eingerahmt von Sabine Fohler, Michael Willms und Dr. Christian Kohl.



9

Seminar "Risiken der Elektromobilität" an der Akademie für Gefahrenabwehr zum dritten Mal durchgeführt

(ID) Bereits zum dritten Mal in Folge hat die "Akademie für Gefahrenabwehr" an der Landesfeuerwehrschule (LFS) Baden-Württemberg ein Seminar zum Thema "Risiken der Elektromobilität" durchgeführt.

Vor rund 90 Führungskräften der Feuerwehr aus ganz Baden-Württemberg erläuterte Gastreferent Dr. Dietmar Schelb, Leiter der Forschungsstelle für Brandschutztechnik am Karlsruher Institut für Technologie (KIT), die Besonderheiten und Risiken von Lithium-Ionen-Batterien und wies dabei besonders auf die Gefahr einer Überhitzung, eines sogenannten "Thermal Runaway" hin. "Einer beschädigten Batterie ist es nicht anzusehen, ob bzw. wann und wie heftig sie durchgeht", so Schelb. "Feuerwehreinsatzkräfte sollten dies im Falle eines Einsatzes mit verunfallten Elektroautos immer berücksichtigen und entsprechend agieren."

Markus Egelhaaf, Experte der DEKRA

Automobil GmbH, ging in seinem Vortrag auf aktuelle Erfahrungen aus der Unfallforschung und auf Erkenntnisse für die Feuerwehr ein.

Konkrete Handlungsempfehlungen für den Umgang mit Lithium-Ionen-Batterien im Einsatz gab Frank Hüsch, Ausbilder an der LFS und Mitglied im Arbeitskreis Retten/VDA.

Aufgrund der großen Nachfrage führt die Akademie für Gefahrenabwehr die Veranstaltung am 14. November 2018 erneut durch. "Das Seminar war auch dieses Mal nach kurzer Zeit ausgebucht. Wir werden die Veranstaltung daher erneut anbieten, damit auch diejenigen zu Zuge kommen, die bislang keinen Platz bekommen haben", so Thomas Fink, Leiter der Akademie



Foto: Pixabay.

für Gefahrenabwehr.

Umfassende Informationen zu kommenden Veranstaltungen, Seminaren und Ansprechpartnern der Landesfeuerwehrschule und der Akademie für Gefahrenabwehr finden Sie unter: www.lfs-bw.de.

1

1.000. Teilnehmer an der Akademie für Gefahrenabwehr

(ID) Die Akademie für Gefahrenabwehr an der Landesfeuerwehrschule (LFS) Baden-Württemberg gratuliert ihrem 1.000. Teilnehmer.

Thomas Fink, Leiter der Akademie, konnte jetzt Andreas Merz aus Metzingen als 1.000. Teilnehmer einer Veranstaltung der Akademie für Gefahrenabwehr an der LFS begrüßen. "Wir freuen uns, dass wir Herrn Merz stellvertretend für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Seminare "Danke" sagen können für das große Interesse und die rege Teilnahme an

unseren Veranstaltungen. Diese ausgesprochen gute Resonanz zeigt, dass unsere Angebote angenommen werden und wir die zahlreichen Menschen erreichen, die in Baden-Württemberg im Bevölkerungsschutz aktiv sind. Die erfolgreiche Entwicklung der Teilnehmerzahlen und die überaus positiven Rückmeldungen zu den Veranstaltungen motivieren uns natürlich auch

künftig dem Puls der Zeit zu entsprechen."

Die Akademie für Gefahrenabwehr an der Landesfeuerwehrschule wurde im April 2016 gegründet und bot im Herbst 2016 die ersten Seminare an. Sie erweitert das bestehende Ausbildungssystem um Weiterbildungen zu aktuellen Fachthemen, einsatztaktische und interdisziplinäre Seminare Veranstaltungen Themen aus der Brandschutzund Sicherheitsforschung.

Zielgruppe sind dabei die Führungskräfte der Feuerwehren in Baden-Württemberg, aber auch Vertreterinnen und Vertreter der Katastrophenschutz- und Ortspolizeibehörden, der Hilfsorganisationen, des THW und der Polizei. Die ersten Seminare richteten sich dann auch an unterschiedlichste Teilnehmerkreise, mit Titeln wie "Krisenmanagement nach Anschlägen", "Brandschutzaufklärung" und "Leitende Notärzte".

"Uns ist es wichtig, aktuelle einsatzrelevante Fragestellungen, wie beispielsweise zu verunfallten Elektroautos, mit organisationsübergreifenden Themen im Bevölkerungsschutz – etwa der Krisenbewältigung oder Notfallseelsorge – zu verbinden. Darüber hinaus entwickeln wir unser Seminarprogramm konstant weiter und evaluieren jede Veranstaltung, um gegebenenfalls mögliche Anpassungen vornehmen und neue Formate und Wunschthemen aufnehmen zu können," erläuterte Fink.

Umfassende Informationen zu kommenden Veranstaltungen, Seminaren und Ansprechpartnern der Landesfeuerwehrschule und der Akademie für Gefahrenabwehr finden Sie im Internet unter: www.lfs-bw.de.



Andreas Merz wurde von Nina Grözinger und Thomas Fink, beide von der Akademie für Gefahrenabwehr, beglückwünscht





Rechtsverordnung zu Helfer-vor-Ort-Systemen in Kraft getreten

(ID) Was lange währt, ist nun gut: Die Verordnung des Innenministeriums über die Mitwirkung von Helfer-vor-Ort-Systemen in Ergänzung zur Notfallrettung, kurz Ersthelferverordnung (VOHvO), ist am 2. März 2018 in Kraft getreten. Zu dieser hatten wir bereits in der Ausgabe 11/2017 berichtet.

Wir alle wissen: Gerade bei lebensbedrohlichen Notfällen ist eine kompetente Soforthilfe für den Patienten entscheidend!

Neben einer Stärkung der Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung betrachtet das Innenministerium Helfer-vor-Ort-Systeme als eine wertvolle Ergänzung des Rettungsdienstes.

Primäres Ziel ihres Einsatzes ist es, bei lebensbedrohlichen Notfällen, wie dem Herz-Kreislaufstillstand, das therapiefreie Intervall für den Patienten bis zum Eintreffen der Notfallrettung durch Vornahme lebenserhaltender Sofortmaßnahmen (z. B. Reanimation) zu verkürzen.

Mit Aufnahme des § 10b in das Rettungsdienstgesetz Baden-Württemberg im Jahr 2015 wurden – in Ergänzung zur Notfallrettung durch den organisierten Rettungsdienst – die Helfer-vor-Ort-Systeme ausdrücklich zugelassen. Die Vorschrift beinhaltet auch eine Ermächtigung, das Nähere durch Rechtsverordnung zu regeln. Hiervon

hat das Innenministerium jetzt Gebrauch gemacht und, auf Basis einer breiten Abstimmung mit den im Rettungsdienst und im Ehrenamt Tätigen, die Ersthelferverordnung erlassen. Das Innenministerium dankt ausdrücklich allen, die sich überall im Land tagtäglich in ihrer Freizeit in Helfer-vor-Ort-Systemen engagieren!

Die Rechtsverordnung kann über folgenden Link abgerufen werden: http://kurzelinks.de/n7kz.

Hier die wesentlichen Regelungen auf einen Blick:

- Einrichtung von Helfer-vor-Ort-Systemen durch von im Katastrophenschutz mitwirkende Organisationen und Einrichtungen.
- Hilfeleistung erfolgt freiwillig, ehrenamtlich und unentgeltlich.
- Nachweis der fachlichen Befähigung durch Aus- und Fortbildung sowie rettungsdienstliche Praktika.
- Aufgaben grundsätzlich auf lebenserhaltende Sofortmaßnahmen und damit verbundene Versorgungsmaßnahmen beschränkt.
- Weisungsbefugnis verbleibt bei Integrierter Leitstelle und Rettungsdienst.
- Keine Einsätze mit besonderer persönlicher Gefährdung.
- Dokumentation und medizinische Qualitätssicherung durch die jeweilige Organisation oder Einrichtung.
- Gesetzliche Unfallversicherung und Haftpflichtversicherung durch Organisation oder Einrichtung.
- Nutzung von Sondersignalanlagen und Sonderrechten nur, wenn organisationseigenes Fahrzeug vorhanden und von der Integrierten Leitstelle ausdrücklich angeordnet.
- Mit Privatfahrzeugen dürfen keine Sonderrechte in Anspruch genommen werden.
- Verschwiegenheit und Datenschutz sind zu beachten.

LÜKEX 18: Gasmangellage in Süddeutschland

Ressorts und Regierungspräsidien bereiten sich auf Krisenmanagementübung vor

(ID) Zur Koordination der Vorbereitungen auf die länderübergreifenden Krisenmanagementübung LÜKEX 2018 fand im Innenministerium die dritte Ressortbesprechung unter Beteiligung des mitübenden Regierungspräsidiums Karlsruhe statt. Der LÜKEX 2018 liegt das Szenario einer Gasmangellage in Süddeutschland zugrunde. Schwerpunkt der Besprechung war die Abstimmung der vorgesehenen Drehbuchbausteine und die Entwicklung darauf basierender Übungseinlagen für die mitübenden Stäbe der Ministerien.

Einlagen beschreiben Meldungen, welche an die Übenden übermittelt werden, um diese in die angenommene Lage hineinzuversetzen und gegebenenfalls eine Reaktion, beispielsweise eine Entscheidung über zu ergreifende Maßnahmen, auszulösen.

Ziel ist, dass die Einlagen fachlich und inhaltlich auf die jeweils übenden Stäbe abgestimmt sind und sich gleichzeitig in das Gesamtszenario der LÜKEX 2018 einfügen. Das Referat Krisenma-

nagement des Innenministeriums übernimmt die Drehbuchkoordination für Baden-Württemberg. In dieser Funktion begleitet es die teilnehmenden Ministerien und Regierungspräsidien bei der Erstellung von Übungseinlagen und ist gleichzeitig Bindeglied zur übergreifenden Drehbuchkoordination durch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

Flankierend zur LÜKEX-Vorbereitung



Lesen Sie bitte weiter auf S. 7





bietet das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe sogenannte Thementage an, um den in Vorbereitung und Übung Involvierten den Zugang zu den durch die Übung berührten Themenfeldern zu erleichtern. Das Thema "Risiko- und Krisenkommunikation" war Gegenstand des dritten Thementags zur LÜKEX 2018. Die Veranstaltung im März beschäftigte sich mit der Bedeutung einer zielgruppenorientierten Risiko- und Krisenkommunikation. Diese kann insbesondere bei einer Gasmangellage von Bedeutung sein, da eine solche Lage anders als ein flächendeckenden Stromausfall – in der Regel nicht plötzlich eintritt, sondern sich über mehrere Tage entwickelt. Ferner wurden bei der Veranstaltung Herausforderungen bei der Information der Bevölkerung über soziale Medien in den Blick genommen.

Aktuelles zur Übungsserie LÜKEX finden Sie unter www.luekex.de. Weiterführende Informationen zum Bevölkerungsschutz-System der Bundesrepublik finden Sie auf der BBK-Website www.BBK.bund.de, auf dem YouTube-Kanal des BBK und auf Twitter @BBK_Bund.



Dr. Christian Kohl vom Referat Krisenmanagement referierte zur Übungsvorbereitung.

е

eCall – Für mehr Sicherheit im Straßenverkehr Pflichtausstattung für neu typgenehmigte Pkw-Typen

(ID) Seit dem 31. März 2018 ist das Notrufsystem eCall Pflichtausstattung für alle neu typzugelassenen Pkw-Typen und leichten Nutzfahrzeuge. Wenngleich es noch Jahre dauern wird, bis alle Pkw damit ausgerüstet sein werden, hat sich damit die Sicherheit im Straßenverkehr weiter erhöht.

Mit dem eCall-System werden die Integrierten Leitstellen bei schweren Unfällen automatisch über den Einsatz informiert. Man erwartet durch diese europäische Regelung, dass damit die Einsatzkräfte schneller vor Ort sind und wertvolle Zeit gewinnen. Die Leitstellen in Baden-Württemberg sind mit der notwendigen Technik ausgerüstet und können die eingehenden Notrufe sowie den Datensatz empfangen und bearbeiten. Allen Beteiligten an dieser Stelle herzlichen Dank für die termingerechte Umsetzung.

Ab 31. März 2018 muss nun europaweit das Notrufsystem eCall in alle neu typgenehmigten Modelle von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen eingebaut werden. Der Fahrzeughalter kann wählen, ob der Notruf an die europäische Notrufnummer 112 oder an eine Zentrale eines Drittanbieters, zum Beispiel des Pkw-Herstellers, übermittelt werden soll. Fällt die Wahl auf die 112, wird über das System automatisch der Notruf 112 gewählt, sobald Sensoren im Auto einen schweren Zusammenstoß registrieren. Das System stellt automatisch eine Telefonverbindung zur Integrierten Leitstelle oder zur Zentrale des Drittanbieters her und übermittelt Daten zum Unfall, zum Beispiel den Standort des Fahrzeugs, die Fahrtrichtung - wichtig zum Beispiel bei Unfällen auf Autobahnen oder die Antriebsart des Fahrzeugs. Nach der Datenübermittlung besteht eine direkte Sprachverbindung zwischen den Fahrzeuginsassen und der Leitstelle beziehungsweise der Zentra-



Quelle: ADAC

le des Drittanbieters.

Aber auch wenn aufgrund von schweren Verletzungen keine Sprachverbindung zu den Insassen hergestellt werden kann, wird über die automatische Datenübermittlung schnell für Hilfe

gesorgt. Mit einem Knopf im Auto kann ein eCall auch manuell ausgelöst werden, etwa von Zeugen eines Unfalls oder bei einem dringenden medizinischen Notfall.



Da solche Systeme auch infolge technischer Fehlfunktionen Fehlalarme auslösen oder wegen vorwerfbar unterlassener Rückmeldung über die automatisch hergestellte Sprechverbindung Fehleinsätze verursachen können, wurde bei der Änderung des Feuerwehrgesetzes vom 17.12.2015 eine Kostenregelung analog der Regelung bei Brandmeldeanlagen einge-

führt. In § 34 Absatz 1 des Feuerwehrgesetzes wurde als Punkt 7 ein neuer Kostenersatztatbestand eingeführt. Dort heißt es:

"Die Träger der Gemeindefeuerwehr verlangen Kostenersatz

...

vom Fahrzeughalter, wenn der Einsatz durch einen Notruf ausgelöst wurde, der über ein in einem Kraftfahrzeug installiertes System zum Absetzen eines automatischen Notrufs oder zur automatischen Übertragung einer Notfallmeldung an eine ständig besetzte Stelle eingegangen ist, ohne dass ein Schadensereignis im Sinne von § 2 Absatz 1 vorlag."





Nummer 5 Jahrgang 2018 4. Mai 2018

Wilfried Klenk MdL ist als Politischer Staatssekretär im Innenministerium auch für die Abteilung 6 – Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement – verantwortlich Feuerwehr, Rettungsdienst, Katastrophenschutz und Krisenmanagement gehören in seine Zuständigkeit

(ID) Nach dem Wechsel von Staatssekretär Martin Jäger ins Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat der Stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl den Backnanger Landtagsabgeordneten und bisherigen Landtagsvizepräsidenten Wilfried Klenk MdL zum Politischen Staatssekretär ernannt. Der seitherige Amtschef und Ministerialdirektor Julian Würtenberger bleibt Amtschef und wurde zum beamteten Staatssekretär ernannt.

Wilfried Klenk ist der politische Vertreter des Ministers. Die inhaltlichen Schwerpunkte seiner neuen Aufgabe werden unter anderem im Rettungswesen, bei Feuerwehr, im Zivil- und Katastrophenschutz sowie im Krisenmanagement liegen – Themen, in denen er über einen großen Erfahrungsschatz verfügt.

Wilfried Klenk war 1972 Gründungsmitglied der Jugendfeuerwehr seiner Heimatgemeinde Oppenweiler und gehört dieser Feuerwehr bis heute an. Beruflich ist er mit dem DRK verbunden und bringt große Erfahrung als langjähriger Rettungsdienstleiter in Stuttgart ein. Schon in den neunziger Jahren wirkte Wilfried Klenk in der damaligen AG Gefahrenabwehr mit. In



Innenminister Thomas Strobl (Mitte) mit seinen beiden Staatssekretären Julian Würtenberger (links) und Wilfried Klenk (rechts).

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 — Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.

dieser hatten sich alle in der Gefahrenabwehr tätigen Ausbildungseinrichtungen zusammengeschlossen, und Seminare zur organisationsübergreifenden Zusammenarbeit bei komplexen Einsatzlagen durchgeführt.

Der bisherige Ministerialdirektor und Amtschef des Innenministeriums Julian Würtenberger wurde zum beamteten Staatssekretär berufen Er ist der Amtschef des Ministeriums und an der Schnittstelle der Koalitionspartner in der Landesregierung. Darüber hinaus unterstützt er den Innenminister bei den Themen der Polizei, der Inneren Sicherheit sowie der Ausländer- und Flüchtlingspolitik.

"Julian Würtenberger ist einer der herausragenden Spitzenbeamten dieses Landes – gäbe es dieses Wort "Spitzenbeamter" nicht schon, für ihn müsste man es erfinden", sagte der Stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl anlässlich der Vorstellung der beiden Staatssekretäre.





Soziale Medien im Fokus – Aufbau eines VOSTbw Das Virtual Operations Support Team Baden-Württemberg sucht Mitwirkende

(ID) Die Nutzung Sozialer Medien hat in den letzten Jahren immer stärker an Bedeutung gewonnen. Zahlreiche Menschen nutzen sie neben den klassischen Medien als tägliche Informationsquelle und beteiligen sich aktiv an der Informationsverbreitung. Auch im Bevölkerungsschutz und im Krisenmanagement können Soziale Medien zur Informationsgewinnung genutzt werden.

Neben der aktiven Nutzung der Sozialen Medien zur Information der Bevölkerung bei besonderen Ereignissen ist insbesondere die Auswertung der zahlreichen Informationskanäle der Sozialen Medien im Sinne einer gezielten Informationsbeschaffung in der Stabsarbeit für die Behörden und Organisationen verstärkt in den Blick zu nehmen. Dabei geht es um ganz klassische lagerelevante Informationen, aber auch um die Stimmung in der Bevölkerung, um die Resonanz auf getroffene Entscheidungen und um mögliche Fake News.

Um diese Informationsauswertung und -aufbereitung bei Schadenlagen gezielt einsetzen zu können, beabsichtigen wir ein sogenanntes Virtual Operations Support Team für Baden-Württemberg (VOSTbw) einzurichten. Weltweit gibt es bereits einige Virtual Operations Support Teams, zum Beispiel in Nordamerika, Australien, Spanien oder Großbritannien.

Die Idee des VOST ist es, die Erstellung eines umfassenden Lagebildes durch Internetrecherchen sowie Beobachtung und Auswertung von Posts in Sozialen Netzwerken zu unterstützen. Im VOSTbw sollen sich auch geeignete Mitglieder der im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Organisationen auf freiwilliger Basis einbringen

können. Das Team ist dabei keine unabhängig agierende Einheit, sondern arbeitet im Auftrag des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration. Im Ereignisfall ist es über eine Verbindungsperson an den Verwaltungsstab des Innenministeriums angebunden. Die Team-Mitglieder arbeiten in der Regel dezentral. Ihre Aufgabe ist es, die Sozialen Medien zu beobachten, die Informationen auszuwerten und sie dem jeweiligen Stab aufbereitet, z. B. als georeferenzierte Informationen, zur Verfügung zu stellen. Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit, also die Verbreitung von Informationen oder die Reaktion auf mögliche Fake News, ist dagegen nicht Aufgabe des VOST.

An die Mitwirkenden des VOSTbw werden natürlich auch verschiedene Anforderungen geknüpft. Neben fundierten Kenntnissen in der Nutzung Sozialer Medien ist die aktive Mitgliedschaft

mit mindestens Gruppenführerqualifikation in einer im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Organisation Voraussetzung. Darüber hinaus müssen EDVoder GIS-Erfahrungen sowie Erfahrunmit Monitoring-Anwendungen, GIS-/Mapping-Anwendungen und einschlägigen Onlinetools vorhanden sein. Außerdem sollten Interessierte Offenheit für neue Netzwerke, Anwendungen und Apps mitbringen und die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Wünschenswert wäre zudem die schriftliche Empfehlung einer Leitungskraft.

Sie sind an der Mitarbeit im VOSTbw interessiert? Dann melden Sie sich bei Frau Dunklau-Fox beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration unter kim.dunklau-fox@im.bwl.de. Von ihr bekommen Sie ein Bewerbungsformular zugeschickt. Ihre Bewerbung reichen Sie bitte bis 18. Mai über Ihre Organisation beim Innenministerium ein. Im Anschluss wählt das Innenministerium aus den Bewerbern geeignete Mitwirkende für die Tätigkeit im Virtual Operations Support Team Baden-Württemberg aus, die dann zeitnah an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal zusammenkommen werden.



Bild: Pixabay

Referent/Referentin für europäische, internationale und nationale Normungsarbeit gesucht

(ID) Beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg ist baldmöglichst in der Abteilung 6 – Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement – im Referat 62 – Feuerwehr und Brandschutz – der Dienstposten einer Referentin/eines Referenten für europäische, internationale und nationale Normungsarbeit mit einer Beamtin/einem Beamten des höheren Dienstes oder einem/einer entsprechenden Tarifbeschäftigten zu besetzen.

Die Länder und der Deutsche Feuerwehrverband haben unter Federführung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg eine Vereinbarung zur Einrichtung einer gemeinsamen Stelle zur Mitwirkung bei ISO- und CEN-Verfahrensnormen im Feuerwehrwesen und im Katastrophenschutz geschlossen. Die Koordination der Aufgaben erfolgt durch das Innenministerium Baden-Württemberg.

Die Aktivitäten hin zu weltweiten und europäischen Standardisierungen im Brand-, Katastrophen- und Zivilschutz haben eine immer größere Bedeutung, legen sie doch Sicherheitsstandards fest und haben Einfluss auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Die Stelleninhaberin bzw. der Stelleninhaber soll die Interessen der Länder und des Deutschen Feuerwehrverbandes in diesen Verfahren vertreten, eine wichtige Schnittstelle zwischen den

Beteiligten und der EU bilden und den Informationsaustausch sicherstellen.

Die ausführliche Stellenausschreibung mit den Aufgabengebieten des Dienstpostens und den Voraussetzungen an die Bewerberinnen und Beweberber finden Sie unter: http://kurzelinks.de/hwly.

Bewerbungsschluss ist der 15. Mai 2015.





E

Erfolgreiche Seminartage im Gästehaus St. Florian am Titisee

(ID) Das Frühjahrsseminar des Innenministeriums für die feuerwehrtechnischen Beamten und Leiter der Feuerwehren in den Stadtkreisen sowie für die Vorstandsmitglieder des Landesfeuerwehrverbandes bot den über 60 Teilnehmern am 12. und 13. April 2018 interessante Themen an.

Aktuelle Informationen aus dem Innenministerium und der Landesfeuerwehrschule präsentierten Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen und der Leiter der Landesfeuerwehrschule, Leitender Branddirektor Thomas Egelhaaf.

Abteilungsleiter Ministerialdirigent Prof. Hermann Schröder brachte die Teilnehmer auf den neusten Stand in Sachen Leitstellenprojekt und referierte zu aktuellen Entwicklungen.

Vorträge zur Bedeutung und zu den Aufgaben einer Werkfeuerwehr bildeten den Themenschwerpunkt in diesem Jahr, Hierzu konnte Raimund Bücher. Vorsitzender des Werkfeuerwehrverbandes Deutschland und Chef der Werkfeuerwehr Henkel AG in Düsseldorf gewonnen werden. Außerdem präsentierte Uwe-Wolf Lülf von der Firma Lülf & Rinke Sicherheitsberatung GmbH die ingenieurmäßige Herangehensweise zur Bemessung von Werkfeuerwehren. Im Anschluss konnte einvernehmlich mit allen Teilnehmern eine Arbeitsgruppe eingerichtet werden, die Inhalte und Systematik eines Anerkennungsbescheides für eine Werkfeuerwehr erarbeiten soll.

Rückblick auf das Jahr 2017 in Zahlen und Fakten gaben Martin Leutzbach von der Feuerwehrprüfstelle beim TÜV-Süd und Frank Obergöker von der Unfallkasse Baden-Württemberg.

Kameradschaftlicher Höhepunkt am Abend des ersten Seminartages bildete die Verabschiedung langjähriger Verantwortungsträger der Feuerwehren in Landund Stadtkreisen, die inzwischen in den Ru-

hestand versetzt wurden (siehe Foto). Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen würdigte jeweils in einer Laudatio die Verdienste von Kreisbrandmeister a.D. Peter Michels (Rhein-Neckar-Kreis), Kreisbrandmeister a.D. Thomas Santl (Landkreis Waldshut) und Stadtdirektor a.D. Thomas Schmitt (Stadt Mannheim).



KBM a.D. Peter Michels, KBM a.D. Thomas Santl, Stadtdirektor a.D. Thomas Schmitt und Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen (v.l.n.r.). Foto: LFS

Im nächsten Jahr findet das Seminar in der Kalenderwoche 15 in der Zeit vom 10. bis 12. April 2019 in bewährter Art und Weise im Gästehaus St. Florian am Titisee statt.

Bundesamt für Kartografie und Geodäsie veröffentlicht Themenkarte zu Luftrettungsstandorten Deutschlands und seiner Nachbarn

(ID) Auf seiner Internetseite hat das Bundesamt für Kartografie und Geodäsie eine Themenkarte zu Luftrettungsstandorten in Deutschland veröffentlicht.

Auszubildende des Bundesamtes für Kartografie und Geodäsie haben in einer Arbeit im März dieses Jahres die Themenkarte zu Luftrettungsstandorten Deutschlands und seiner Nachbarn erstellt. Aus unterschiedlichen Datenbasen und Internetseiten wurde das Material zusammengetragen beziehungsweise abgeleitet, aus dem diese Karte entstand.

Die aktuelle Themenkarte zeigt die durch die Luftrettung abgedeckten Gebiete bei 15 Minuten Flugdauer und die Organisationen, die an der Luftrettung beteiligt sind.

Unter Beachtung der Quellenangabe darf die Karte kostenlos genutzt werden. Bei der Einbindung der Karte auf eine Internetseite sind ein paar Vorschriften zu beachten.

Diese und die Downloadmöglichkeit der Karte finden Sie unter: https://www.bkg.bund.de/DE/Produkte-und-Services/Shop-und-Downloads/Landkarten/Landkarten-Downloads/Themenkarten/Themenkarten-2018/Deutschlandkarte-Rettungshubschrauber.html.



© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main. Vervielfältigung, Verbreitung und öffentliche Zugänglichmachung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.





Seminar "Gewalt gegen Einsatzkräfte - Risikofaktoren und Strategien"

(LFS) Beleidigungen, Drohungen oder körperliche Angriffe gegen Einsatzkräfte sind keine neuen Phänomene. Für die betroffenen Polizisten, Rettungskräfte oder Feuerwehrleute sind diese Übergriffe aber oftmals sehr belastend oder gar lebensbedrohlich. Die Akademie für Gefahrenabwehr hat sich daher in einem Seminar dieses wichtigen Themas angenommen.



Thomas Fink (Akademie für Gefahrenabwehr), Dr. Janine Dressler (DFV), Fabian Müller, (Integrierte Leitstelle Stuttgart), Volker Erlewein, (Bereitschaftspolizeidirektion Bruchsal), Martin Jakubeit (LFS), Nina Grözinger (Akademie für Gefahrenabwehr) (v.l.n.r.)

Rund 85 Führungskräfte der Feuerwehren, der Hilfsorganisationen sowie des Technischen Hilfswerks (THW) in Baden-Württemberg informierten sich über aktuelle Entwicklungen, Risikofaktoren und Bewältigungsstrategien.

"Die gewalttätigen Übergriffe auf Rettungskräfte haben insgesamt ein nicht mehr zu akzeptierendes Maß erreicht. Wir müssen die Feuerwehren und Rettungsdienste dabei unterstützen, professionell darauf zu reagieren und die Gesellschaft auf diese Problematik aufmerksam machen", betonte Gastreferentin Dr. Janine Dressler. Die Wissenschaftlerin hat in ihrer Dissertation über 1600 Feuerwehrleute zum Thema Gewalt am Einsatzort befragt und eine starke Betroffenheit, insbesonde-

re von Einsatzkräften in den Ballungsräumen beispielsweise Hamburg und Berlin, ermittelt.

Martin Jakubeit, Leiter des Fachbereichs Führungslehre der LFS, stellte Risikofaktoren und Strategien 7Ur Bewältigung belastender Einsätze vor und machte deutlich, wie wichtig es sei, kritische Situationen frühzeitig zu

erkennen und richtig einzuschätzen: "Nur wer in der Lage ist, frühzeitig kritisch ansteigendes Verhalten eines Gegenübers wahrzunehmen, kann eine solche Situation einigermaßen meistern", so Jakubeit. Neben der technischen und fachlichen Kompetenz seien daher Fähigkeiten der Deeskalation und Konflikthandhabung für Helfer essentiell.

Dies bekräftigte auch Volker Erlewein, Leiter der Bereitschaftspolizeidirektion in Bruchsal, der in seinem Vortrag über Gewalt gegen Einsatzkräfte bei Terror- oder Amoklagen sprach. "Die Einstellung, dass eine solche Lage bei uns schon nicht vorkommen wird, verhindert die Vorbereitung auf ein professionelles Handeln." Erlewein verwies dabei auf entsprechende Informationen, wie etwa die Hinweise des Innenministeriums Baden-Württemberg für die nichtpolizeiliche Gefahrenabwehr bei Einsätzen im Zusammenhang mit Terror- oder Amoklagen, die aus seiner Sicht überall bekannt sein sollten.

Einen Einblick in kritische Situationen im Einsatz und die unterschiedlichen Ausprägungen von Gewalt gaben Fabian Müller, Leiter der Integrierten Leitstelle in Stuttgart, und Andreas Rudlof, Leiter der Flughafenfeuerwehr Stuttgart. "Die Gewalt gegen Einsatzkräfte fängt bereits in der Leitstelle an. Disponenten werden von Anrufern beleidigt oder es wird sogar mit dem Rechtsanwalt gedroht", so Müller. Andreas Rudlof betonte, dass es an einem internationalen Verkehrsflughafen, wo mit internationalem Publikum verschiedener Nationalitäten und Konfessionen zu rechnen sei, für Einsatzkräfte zunehmend schwieriger werde, die Verhaltensweisen und Reaktionen von Personen einzuschätzen.

Auf Grund der großen Nachfrage plant die Akademie für Gefahrenabwehr die Veranstaltung erneut anzubieten. Der Termin steht noch nicht fest, wird aber auf der Homepage der Landesfeuerwehrschule bekanntgegeben.

Umfassende Informationen zu kommenden Veranstaltungen, Seminaren und Ansprechpartnern der Landesfeuerwehrschule und der Akademie für Gefahrenabwehr sind zu finden unter: http://kurzelinks.de/fubz.

Bergwacht Württemberg mit neuer Leitung

Armin Guttenberger aus Kernen ist neuer Landesleiter der Bergwacht Württemberg

(ID) Die Bergwachtleiter der 19 württembergischen Bergwachten haben Armin Guttenberger aus Kernen im Remstal zum neuen Landesleiter der Bergwacht Württemberg gewählt. Als seine Stellvertreter wurden Rolf-Dieter Blumer aus Schwäbisch Gmünd und Günter Wöllhaf aus Renningen gewählt.

Armin Guttenberger übernimmt das Amt von Günter Wöllhaf, der es 16 Jahre lang erfolgreich ausgeübt hat. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung 6 – Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement – danken Günter Wöllhaf für die stets konstruktive Zusammenarbeit. Dem neuen Landesleiter Armin Guttenberger und seinen Stellvertretern gratulierten wir sehr herzlich und freuen uns auf die Zusammenarbeit.



Rolf-Dieter Blumer, Armin Guttenberger, Günter Wöllhaf (von links).
Foto: Bergwacht Württemberg





E

Erstes Seminar "Krisenbewältigung in kleineren Gemeinden" an der Akademie für Gefahrenabwehr erfolgreich gestartet

(LFS) Ob schwere Unwetterlagen, Stromausfälle, Pandemien oder Anschläge. Die Liste möglicher Krisenszenarien für Städte und Gemeinden ist lang, umso wichtiger sind gute Vorbereitung und ein schnelles und effektives kommunales Krisenmanagement. Die Akademie für Gefahrenabwehr hat das Thema "Krisenbewältigung in kleineren Gemeinden" nun in einem Seminar für Bürgermeisterinnen und Bürgermeister kreisangehöriger Gemeinden sowie für die Kreisbrandmeister aufgegriffen.

Die rund 80 Teilnehmerinnen und Teilnehmer informierten sich über die Aufgaben der Ortspolizeibehörden bei schweren Schadenereignissen und die Möglichkeiten einer effektiven Zusammenarbeit der beteiligten Organisationen und Behörden vor Ort.

Was es für eine kleine Gemeinde bedeutet, eine schwere Unwetterlage zu bewältigen und welche sofortigen Maßnahmen und langfristigen Schritte dabei erforderlich sind, erläuterte Frank Harsch, Bürgermeister der Gemeinde Braunsbach. Der Ort war im Jahr 2016 von massiven Überschwemmungen heimgesucht worden. "Eine schnell initiierte, mit Kompetenz und Stärke ausgestattete technische Einsatzleitung ist der Erfolgsfaktor für eine Krisenbewältigung", so Harsch.

Klaus Merz, Feuerwehrkommandant der Stadt Bad Buchau, und Sven Weigt, Bürgermeister der Gemeinde Karlsdorf-Neuthard, betonten in ihren Vorträgen, wie wichtig dabei auch eine gute Abstimmung zwischen der kommunalen Feuerwehr und der Verwaltung sei. "Es ist nicht alles planbar, deshalb kommt es im Ernstfall auf das gute Zusammenspiel der Akteure an",



Michael Willms bei seinem Vortrag zum Krisenmanagement.

so Weigt. Klaus Merz machte gleichzeitig deutlich, dass die Feuerwehr kein "Wunderwerkzeug" für alle Schadenfälle sei.

Welche Möglichkeiten kleinere Gemeinden haben, sich im Vorfeld auf eine Krisenlage vorzubereiten, erläuterte Klaus Schmidt, Ausbilder an der Landesfeuerwehrschule. "Auch kleine Gemeinden können sich für eine effektive Krisenarbeit organisieren", betonte Schmidt. Er verwies dabei auch auf die Empfehlungen des Innenministeriums zur Umsetzung der VwV Stabsarbeit in der Gefahrenabwehr und zur Krisenbewältigung in kleineren Gemeinden. Sie finden diese unter folgendem Link: http://kurzelinks.de/df94.

Dass eine gute Vorbereitung auch ein entscheidender Faktor für eine erfolgreiche Krisenkommunikation ist, bekräftigte Michael Willms, Leiter des Referats Krisenmanagement im Ministerium für Inneres, Digitalisierung. und Migration "Eine zielgerichtete Krisenkommunikation ist integraler Bestandteil eines guten Krisenmanagements. Sie sorgt für Transparenz und schafft Vertrauen in unser Handeln", so Willms.

Auf Grund der Nachfrage plant die Akademie für Gefahrenabwehr die Veranstaltung erneut anzubieten. Der Termin steht noch nicht fest, wird aber auf der Homepage der Landesfeuerwehrschule bekanntgegeben.

Umfassende Informationen zu kommenden Veranstaltungen, Seminaren und Ansprechpartnern der Landesfeuerwehrschule und der Akademie für Gefahrenabwehr sind zu finden unter: www.lfs-bw.de.



Nina Grözinger, Akademie für Gefahrenabwehr, Klaus Merz, Feuerwehrkommandant Bad Buchau, Sven Weigt, Bürgermeister Gemeinde Karlsdorf-Neuthard, Klaus Schmidt, Ausbilder an der LFS, Fachbereich Großschadenslagen, Katastrophenschutz und Führungsunterstützung, Michael Willms, Leiter Referat Krisenmanagement, Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg, Frank Harsch, Bürgermeister Gemeinde Braunsbach, Thomas Fink, Leiter Akademie für Gefahrenabwehr (v.l.n.r.). Foto: LFS



Ehrungen für langjährige Mitstreiter im Bevölkerungsschutz unseres Landes Hermann Schröder erhält das THW-Ehrenzeichen in Gold, Michael Uibel die Ehrenmedaille der Bergwacht Württemberg

(ID) Mit Hermann Schröder, Abteilungsleiter im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, und Michael Uibel, Abteilungsleiter im DRK Landesverband Baden-Württemberg, wurden zwei langjährige Mitstreiter im baden-württembergischen Bevölkerungsschutz für ihre herausragenden Leistungen und ihr großes Engagement geehrt.



Nach der Ehrung im Kreise der anwesenden THW-Mitglieder Foto: Steffen Schmid

Hermann Schröder, Leiter der Abteilung 6 – Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement – des Innenministeriums, hat das Ehrenzeichen in Gold der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) verliehen bekommen.

"Mit Professor Hermann Schröder wird heute ein Mann geehrt, der sich seit Jahren unermüdlich für leistungsstarke Feuerwehren, einen leistungsfähigen Rettungsdienst, ein modernes Krisenmanagement und einen an die Herausforderungen unserer heutigen Zeit angepassten Bevölkerungsschutz engagiert", sagte der Stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl.

"Hermann Schröder hat die Zusammenarbeit zwischen dem THW und den Feuerwehren entscheidend geprägt und wesentlich mitgestaltet", sagte THW-Präsident Albrecht Broemme in seiner Laudatio. "Mit seiner Persönlichkeit und seinem qualifizierten Fachwissen legte er viele Grundsteine für die erfolgreiche Entwicklung dieser rot-blauen Partnerschaft in Baden-Württemberg."

"Es freut mich außerordentlich zu sehen, wie eng und vertrauensvoll Land und THW hierzulande zusammenarbeiten. Hermann Schröder lag das gute Verhältnis zum THW von Anbeginn seiner Tätigkeit beim Land besonders am Herzen. Er wurde deshalb heute zurecht vom THW mit einer hohen Ehrung für seine Leistungen ausgezeichnet", betonte Strobl.

Der scheidende Landesleiter der Berg-

wacht Württemberg, Günter Wöllhaf hat den Abteilungsleiter Rotkreuzdienste im DRK Landesverband Baden-Württemberg Michael Uibel mit der Ehrenmedaille der Bergwacht Württemberg ausgezeichnet. Damit werde ein Mensch geehrt, der sich mit größtem Engagement, fundiertem Wissen und exzellenten Verbindungen in die Verwaltungen des Landes für die Bergwacht Württemberg verdient gemacht hat, so Wöllhaf in seiner Laudatio. Für die Bergwachten in Württemberg sei er immer ein fairer Ansprechpartner gewesen, der mit seiner ruhigen Art und Gelassenheit oft auch Dampf aus dem Kessel genommen habe.

Sichtlich bewegt dankte Michael Uibel für die Auszeichnung. "Und dass diese von der Bergwacht kommt, ist eine ganz besondere Ehre für mich" so Uibel. Durch die Zusammenarbeit mit der Bergwacht habe er viel lernen können und die besondere Kameradschaft, die in der Bergwacht gelebt werde, sei für ihn besonders eindrücklich.

Die Abteilung 6 freut sich mit Michael Uibel über diese von Herzen kommende und mehr als verdiente Auszeichnung. Herzlichen Glückwunsch.



Günter Wöllhaf (links) überreicht Michael Uibel die Ehrenmedaille der Bergwacht Württemberg. Foto: Bergwacht Württemberg





Nummer 6 Jahrgang 2018 18. Mai 2018

Es tut sich etwas im Krisenmanagement des Landes Gelungenes Fachprojekt der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl

(ID) Es tut sich etwas im Krisenmanagement des Landes. Wie konnte man es doch unter anderem in den Stuttgarter Nachrichten vom 30. April 2018 [1] nachlesen: "Frank Roselieb hat sich in Schleswig-Holstein Gedanken über den baden-württembergischen Zivilschutz gemacht. Er leitet das Kieler Institut Krisennavigator. Behörden und strategisch wichtige Unternehmen, die es etwa in der Region Stuttgart gibt, seien gut aufgestellt bei der Cyberabwehr, sagt Roselieb", so Redakteur Cedric Rehmann. Das hört man doch gerne; nicht nur in der Abteilung 6, sondern bestimmt und mit Recht noch mehr bei unserem CIO, Ministerialdirektor Stefan Krebs, und seinem Team, die kontinuierlich an der Cyberabwehr arbeiten.

Just am gleichen Tag präsentierten Studierende der Hochschule für öffentliche Verwaltung auf der neuen Hauptfeuerwache in Mannheim die Ergebnisse ihres Fachprojektes "Lageorientiertes Verwaltungshandeln in krisenhaften Situationen". Ein ganzes Semester lang beschäftigten sich zehn Studierende intensiv mit der Frage, wie sich öffentliche Verwaltungen besser auf krisenhafte Situationen vorbereiten und im Ereignisfall arbeiten können. Initiiert und betreut wurde das Fachprojekt vom ehemaligen Amtschef des Innenministeriums, Ministerialdirektor a. D. Dr. Herbert O. Zinell, und dem 2017 in den Ruhestand getretenen langjährigen Generalsekretär der Führungsakademie, Thomas Berg.

Motiviert durch ein Ziel aus dem Koali-



Die Studierenden erläutern die Ergebnisse ihres Fachprojektes dem ersten Bürgermeister Christian Specht (stehend 3. v.l.), Generalsekretär a.D. Thomas Berg (stehend 1. v.l.), und Ministerialdirektor a.D. Dr. Herbert O. Zinell (sitzend 1. v.r.).

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 — Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.

tionsvertrag vom 13. März 2016 (Seite 70) "Wir werden ... praxisorientierte, projektbezogene Strukturen mit neuen lageorientierten Verwaltungsformaten schaffen. Sie sollen - etwa wie die ,Lenkungsgruppe Flüchtlinge' - Zuständigkeiten bündeln und damit schnellere Abstimmungen und Entscheidungen ermöglichen", konnten sich erstmals Studierende mit aktuellen Herausforderungen des Krisenmanagements auseinandersetzen. Interessante Lösungsansätze wie ein Virtueller Situation-Room (Stabsraum) und eine landesweit nutzbare Plattform für Wissensvermittlung und zum Wissensaufbau (Wiki) sind zwei herausragende Ergebnisse. Interessante Ansätze, die nun in ein Folgeprojekt einmünden werden. "Wir werden auch im weiteren Projektverlauf den engen Kontakt mit dem Referat 65 Krisenmanagement im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration halten", so Thomas Berg und Dr. Herbert O. Zinell.

Was für die Studierenden vor rund einem halben Jahr mit einem Besuch im Lagezentrum der Landesregierung begann, endete nun mit eindrucksvollen Vorträgen der für die Gefahrenabwehr zuständigen Spitzen der Mannheimer Stadtverwaltung. Erster Bürgermeister Specht ließ es sich nicht nehmen, die Gefahrensituationen einer pulsierenden Großstadt selbst darzustellen, bevor das Gesamtspektrum

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2





der Gefahrenabwehr engagiert und eindrucksvoll von der Mannheimer Stadtverwaltung erläutert wurde. Ob ein in der gesamten Stadt neu aufgebautes Sirenennetz oder eine neu entwickelte Objekt-Datenbank kritischer Infrastrukturprojekte; "Monnem vorne" würde der Mannheimer sagen. Dass just zum Zeitpunkt des Besuchs der

Feuerwehrleitstelle mit angrenzendem Führungsstabsraum und Verwaltungsstabsraum ein Großbrand ausbrach, bei dem die Zusammenarbeit zwischen Einsatzkräften, Leitstelle und Führungsstab mitverfolgt werden konnte, war vom Leiter der Feuerwehr, Karlheinz Gremm, und seinem Vertreter, Bernhard Kunkelmann, wahrlich

nicht vorgeplant; man hätte es aber nicht besser planen können. Für die Studierenden war es jedenfalls ein beeindruckender Abschluss eines eindrucksvollen Fachprojektes.

[1] "Zivilschutz in Stuttgart – Im Ernstfall nur bedingt geschützt" von Cedric Rehmann; Stuttgarter Nachrichten.

Sitzung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Warnkonzept" in Stuttgart – Gemeinsam für mehr Sicherheit

(ID) Die zweite Sitzung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Gemeinsames Warnkonzept" fand in Stuttgart statt. Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration hatte zur Tagung eingeladen.



Auf Einladung des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg fand die 2. Sitzung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe "Gemeinsames Warnkonzept" in Stuttgart statt. Ziel der Arbeitsgruppe, in der Sabine Fohler und Holger Marschallek vom Referat 65 – Krisenmanagement mitwirken, ist die Erarbeitung eines gemeinsamen Warnkonzeptes von Bund und Ländern. Das Konzept soll den für die Warnung zuständigen Behörden eine Orientierung bei den Themen Zuständigkeiten, Schnittstellen, Informations- und Qualitätsmanagement, Aus- und Weiterbildung, Öffentlichkeitsarbeit und Warnpraxis geben. Im Mittelpunkt der Beratungen der Arbeitsgruppe stand die Erarbeitung gemeinsamer Leitlinien für die Warnung und Information der Bevölkerung. Neben den Kollegen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) waren Vertreter der Länder Berlin, Hamburg, Thüringen und Nordrhein-Westfalen angereist.





Schutz bei Terror und Amok

Informationen der Polizeilichen Kriminalprävention

(ID) "Messer-Attentäter rief zu Terror in Deutschland auf" lautete die Überschrift von BILD-online am 13.5.2018. In der Nähe der Pariser Oper stach der Mann auf der Straße mit einem Messer auf Passanten ein. Er tötete einen 29-Jährigen und verletzte vier weitere Menschen schwer. Die französischen Behörden haben die Tat als Terrorangriff eingestuft.

Die sinnlose Tat zeigt einmal mehr, wie schnell und unvermittelt Unbeteiligte zum Opfer werden können. Schon kurz nach der Tat haben die sozialen Medien das Thema aufgegriffen und diskutiert – auch wie man sich gegen mögliche Terrorangriffe schützen kann. Hierbei wurden auch Aufklärungsmaßnahmen durch die Polizei thematisiert.

Die Polizeiliche Kriminalprävention des Bundes und der Länder hat unter der Rubrik "SCHUTZ BEI TERROR UND AMOK" bereits seit November 2017 drei Infobroschüren in ihrem Medienangebot, auf die wir in diesem Zusammenhang hinweisen. Die Informationsblätter gehen auf die Unvorhersehbarkeit von lebensbedrohlichen Situationen ein. Da es keine allgemeingültigen Verhaltensregeln für Extremsituationen wie terroristische Anschläge, Amoktaten oder bewaffnete Angriffe

gibt, werden in den Infoschriften wesentliche Hinweise vermittelt, um im Ernstfall gut vorbereitet zu sein und um sicher handeln zu können.

Während sich das Infoblatt "Handeln bei extremen Gewalttaten" (http://kurzelinks.de/z2o6) mit seinen Tipps in erster Linie an das leitende Personal wendet und darüber informiert, welche Maßnahmen hier bereits im Vorfeld möglich sind, werden in der Broschüre "Für Ihre und die Sicherheit



(http://kurzelinks.de/ anderer" wmxa) wesentliche Informationen an Mitarbeitende vermittelt, um im Ernstfall gut vorbereitet zu sein und um sicher reagieren zu können. Zum Schutz für sich und andere. Verhaltenstipps für die Bevölkerung finden sich in der Infobroschüre, die sich mit der grundsätzlichen Empfehlung "Flüchten. Verstecken. Alarmieren" (http://kurzelinks.de/79g4) befasst. Dort gibt es Verhaltenshinweise, die sich an einzelne Personen richten. Mit Hilfe von Piktogrammen werden die Tipps in allen drei Infoschriften anschaulich dargestellt.

Die drei Broschüren stehen unter den im Text genannten Links auf der Seite der Polizeilichen Kriminalprävention des Bundes und der Länder zum Download bereit. Weitere Präventionstipps unter: https://www.polizeiberatung.de/.







Was machen Sie an Pfingsten? Besuchen Sie Ihre Feuerwehren beim SWR-Sommerfestival in Stuttgart – Ein Erlebnis für die ganze Familie – Mitmachen, löschen, schauen und staunen

(ID) Am Pfingstsonntag dreht sich auf dem Stuttgarter Schlossplatz alles um die Feuerwehr beim SWR4-Sommerfestival. Selten können Sie die Arbeit der Feuerwehren so hautnah erleben wie hier.

Die Festivalmeile der Feuerwehr mit vielen Vorführungen und Mitmachaktionen beginnt am Pfingstsonntag um 12 Uhr. Mit dabei sein werden auch der Stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl mit dem Abteilungsleiter für Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement, Prof. Hermann Schröder, dem Präsidenten des Landesfeuerwehrverbandes Dr. Frank Knödler und unserem Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen.

Dank gilt heute schon dem Landesfeuerwehrverband und dem SWR für diese tolle Aktion sowie allen Feuerwehrfrauen und -männern, die am Pfingstsonntag das Programm gestalten.

Nähere Informationen zum Programm des Sommerfestivals finden Sie im Internet unter: http://kurzelinks.de/ng3t. Unter folgendem Link finden Sie einen Lageplan und die Beschreibung der "Festivalmeile Feuerwehr": http://kurzelinks.de/nn20.



Am Pfingstsonntag gibt es auf dem Schlossplatz in Stuttgart auf der Festivalmeile Feuerwehr neben vielen Attraktionen auch historische Feuerwehrfahrzeuge zu bestaunen.

Unterstützung Serbiens durch Vermittlung ausgedienter Feuerwehrfahrzeuge – Wer kann ein solches Fahrzeug zum Kauf anbieten?

(ID) Seit 2008 arbeitet die Gemischte Regierungskommission Baden-Württemberg-Serbien. Durch diese werden vielfältige, gemeinsame Projekte – unter anderem auch in den Themenfeldern "Sicherheit" und "Kommunales" – realisiert. Bei der letzten Kommissionstagung im April 2018 wurde von serbischer Seite die Bitte nach Vermittlung funktionsfähiger, aber in Deutschland ausgedienter Feuerwehrfahrzeuge geäußert. Dies nicht nur kostenfrei, sondern auch zum Restpreis.

Dieser Bitte kommen wir hiermit gerne nach; unterstützen Sie damit doch auch den Aufbau der Feuerwehren in Serbien.

Gemeinden, die ein Feuerwehrfahrzeug aussondern oder dessen Veräußerung planen, werden gebeten, bei der Veräußerung oder der kostenfreien Abgabe das Land Serbien zu berücksichtigen. Hierfür steht auf der serbischen Seite als Ansprechpartner Herr

Heeskens – Berater des serbischen Präsidenten – zur Verfügung. Die Kontaktdaten entnehmen Sie bitte dem Informationskasten.

Weitere Details, insbesondere zu Kaufpreis, Abwicklung und Überführung können dann direkt bilateral mit Herrn Heeskens vereinbart werden.



Herr Jörg HEESKENS

Advisor to the President of the Republic of Serbia

Andrićev venac 1 11000 Belgrade, Serbia

Email:

joerg.heeskens@predsednik.rs

LÜKEX 2018 – Gasmangellage – Tagungsband mit interessanten Informationen zur Gasversorgung in Deutschland

Das Szenario der 8. länder- und ressortübergreifenden Krisenmanagementübung, die im November 2018 durchgeführt wird, befasst sich mit dem Thema "Gasmangellage in Süddeutschland".



Bild: BBK ern sind

Baden-Württemberg und Bayern sind die intensiv übenden Länder.

Bereits in der zweijährigen Vorbereitungsphase der Übung werden Netzwerke geschaffen und Erkenntnisse gewonnen.

Der 1. Tagungsband zur LÜKEX enthält interessante Informationen zur Gasversorgung in Deutschland und steht zum Download bereit unter: http://kurzelinks.de/dfqp.





Einführung des Digitalfunks BOS in den Integrierten Leitstellen schreitet weiter voran

(ID) Die Integrierten Leitstellen sind für die Abwicklung von Einsätzen des Rettungsdienstes und der Feuerwehren von zentraler Bedeutung. Voraussetzung für die Nutzung des Digitalfunks BOS bei den Einheiten in der Fläche ist daher die umfängliche Ertüchtigung der Leitstellen für das neue Funksystem.

Die erste Stufe ist dabei die Anbindung der Leitstellen an die Infrastruktur des Digitalfunks BOS, die so genannte "netzseitige Leitstellenertüchtigung". Hier sind aktuell 30 von 36 Leitstellen mit den erforderlichen technischen Komponenten, insbesondere der Leitstellen-Konzentratortechnik, ausgestattet.

Die zweite Stufe der Leitstellenertüchtigung ist die Implementierung des Digitalfunks BOS in die Systemtechnik der Leitstelle (leitstellenseitige Ertüchtigung). Im Kern sind hier das Kommunikationssystem und der Einsatzleitrechner anzupassen, aber auch die diversen Subsysteme, wie die Dokumentationsanlage.

Während die Konzentratortechnik vom Land Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt wird, ist die leitstellenseitige Ertüchtigung Aufgabe der Leitstellenträger.

Die Projekte für die leitstellenseitige Ertüchtigung stehen derzeit in mehreren Leitstellen kurz vor dem Abschluss oder sind bereits abgeschlossen. Anfang Mai konnten sich Andreas Schmidt und Harald Bloching vom Referat 65 des Innenministeriums gemeinsam mit BBM Adrian Wibel und Thomas Kemen vom Referat 16 des Regierungspräsidiums Freiburg sowie Vertretern des DRK-Landesverbandes



Vertreter des Innenministeriums, des Regierungspräsidiums, des DRK-Landesverbandes sowie die Beschäftigten der Integrierten Leitstelle Waldshut informierten sich über die praktische Umsetzung vor Ort.

Baden-Württemberg e. V. in der Integrierten Leitstelle Waldshut ein Bild von der praktischen Umsetzung vor Ort machen. Dabei haben sich die Besucher von der Umsetzung der Funktionalitäten, wie Statusempfang und -quittierung durch die Leitstelle, Versand von Einsatzaufträgen über Short Data Service (SDS) sowie die Verarbei-

tung und Darstellung der Informationen im Einsatzleitrechner, überzeugt. Anschließend haben sie gemeinsam mit den örtlichen Vertretern der Leitstelle, der Feuerwehr und des Rettungsdienstes das weitere Vorgehen zur nun folgenden Einführung des Digitalfunks BOS bei den Feuerwehren und beim Rettungsdienst erörtert.

LÜKEX 2018

Vorstellung der Mediensimulation während der Übung

(ID) Das Thema Risiko- und Krisenkommunikation wird bei der LÜKEX 2018 ein Schwerpunktthema des intensiv übenden Landes Baden-Württemberg sein.

Um im Rahmen der Übung ein fiktives Medienszenario darstellen zu können, betreibt das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mit erheblichem Aufwand das sogenannte Nationale Medienzentrum. So wird es in der Übung ein LÜKEX-TV, LÜKEX-Radiobeiträge sowie LÜKEX-Zeitungen geben. Neu ist bei der LÜKEX 2018, dass über eine Internetplattform auch das Thema Social Media beübt werden kann. Mitarbeiter des BBK simulieren auf dieser Plattform im Übungsverlauf das Bevölkerungsverhalten in verschiedenen sozialen Medien.

Um die mitübenden Ressorts auf diese Angebote und die damit verbundenen Herausforderung vorzubereiten, fand im Innenministerium eine Besprechung der in den Ministerien für Öffentlichkeitsarbeit Verantwortlichen statt, bei der Danielle Schippers (Bildmitte) und Philipp Gröhn (links im Bild) vom BBK einen Überblick gaben über die fiktive Medienarbeit in der LÜKEX und



die Mediensimulation. Als Dritter auf dem Bild: Michael Willms, Leiter des Referates Krisenmanagement im Innenministerium.





Nummer 7 Jahrgang 2018 25. Juni 2018

Eine Ära geht zu Ende – Ministerialdirigent Herbert Hellstern verabschiedet sich in den Ruhestand

(ID) Mit Ablauf des Monats Mai endet eine außergewöhnliche Ära: Ministerialdirigent Herbert Hellstern verabschiedet sich nach über 40 Jahren in der Landesverwaltung, davon über 20 Jahre als Abteilungsleiter, in seinen wohlverdienten Ruhestand.



Der stellvertretende Ministerpräsident und Innenminister Thomas Strobl verabschiedet Ministerialdirigent Herbert Hellstern in den Ruhestand.

Viele Jahre hiervon war Herr Hellstern auch für die Belange der Bevölkerungsschutzfamilie zuständig. Der Rettungsdienst, die Feuerwehr, der Katastrophenschutz und der nichtpolizeili-

che **BOS-Funk** lagen in seiner Obhut. Vieles wurde in dieser erreicht. Zeit Stets waren die Entwicklungen von seiner außergewöhnlichen Erfahrung prägt und wurden von ihm wohlwollend begleitet und zielgerichtet gelenkt. Das breite Spektrum Bevölkerungsschutzes war ihm

mehr als nur Aufgabe; er nahm sich der Aufgabe mit tiefster Überzeugung an und machte sie zu seiner Leidenschaft.

Nicht ohne Grund waren der Einladung Verabschiedung viele Wegefährten von Herbert Hellstern gefolgt. Zwei Minister und zwei Staatssekretäre führten die Gästeliste an. Minis-**Thomas** Strobl war es. der in seiner Laudatio außergewöhnliche Leistung mit trefflichen Worten beschrieb: "Über 20 Jahre widmeten Sie sich dem Ausländerrecht, der Flüchtlingsaufnahme, dem Verfassungsschutz, dem besonderen Polizeirecht, der Kultur und der Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, aber auch der Feuerwehr und dem Katastrophenschutz. In diesen mitunter sehr schwierigen und heiklen Tätigkeitsfeldern sind Sie unersetzbar. Sie zeichneten und zeichnen sich dabei nicht nur durch ein hohes fachliches Wissen und Können aus, sondern Sie verfügen über den glasklaren Blick für die Zusammenhänge, Sie verfügen über ein untrügliches Gespür, das Sie auch in stürmischen Zeiten befähigte, Ihre Abteilung sicher zu führen."

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Bevölkerungsschutz sagen herzlich Danke und wünschen Herrn Hellstern alles Gute für seinen Ruhestand.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 — Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung: Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.



Unter den Gästen waren auch der ehemalige Innenminister Heribert Rech, Staatssekretär Wilfried Klenk, Staatssekretär a.D. Dr. Lorenz Menz (Präsident des DRK-Landesverbandes Baden-Württemberg) und Dr. Frank Knödler (Präsident des Landesfeuerwehrverbandes



Faserverbundwerkstoffe-Eigenschaften und Abbrandverhalten von Faserverbundwerkstoffen, speziell Kohlefaserverbundwerkstoffe (CFK) sowie erforderliche Maßnahmen – Forschungsbericht Nr. 182 veröffentlicht

(LFS) Kohlenstofffaserverstärkte Kunststoffe, kurz CFK, werden in einer Vielzahl von Produkten etwa im Automobilbereich, bei Sportbooten, Sportflugzeugen und -geräten und vielen weiteren Anwendungen eingesetzt und gewinnen aufgrund ihrer hohen Festigkeit bei gleichzeitig niedrigem Gewicht insbesondere im Mobilitätssektor zunehmend an Bedeutung.



CFK-Bauteile finden häufig in der Fahrzeugtechnik Anwendung. Bild: Pixabay

Sind CFK-Bauteile bei einem Schadensereignis, etwa einem Verkehrsunfall, involviert, werden Einsatzkräfte mit besonderen werkstoff-spezifischen Gefahren konfrontiert. Dazu gehört vor allem das Einatmen potentiell krebserregender, faserförmiger Partikel, sogenannter "kritischer Fasern".

Der Arbeitskreis V, Ausschuss für Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung, der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, hat daher die Forschungsstelle für Brandschutztechnik des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) beauftragt, die Eigenschaften und das Abbrandverhalten von Kohlefaserverbundwerkstoffen (CFK) zu untersuchen, um eine mögliche Gefährdung durch die inhalative Aufnahme der Fasern aufzeigen und

geeignete Schutzmaßnahmen entwickeln zu können.

Der Bericht zum Forschungsauftrag wurde im April 2018 veröffentlicht. Grundlagen der Versuche bildeten dabei die Ergebnisse des Forschungsberichts Nr. 177 aus dem Jahr 2015, in welchem die Eigenschaften von Faserverbundwerkstoffen sowie mögliche Gefahren beschrieben wurden. Im aktuellen Forschungsauftrag wurden nun in verschiedenen Versuchen die thermische Einwirkung, also der Abbrand von Bauteilen aus Kohlefaserverbundwerkstoffen (CFK) sowie die mechanische Zerstörung des Werkstoffes untersucht.

In den durchgeführten Versuchen zur thermischen Einwirkung auf CFK-Bauteile zeigte sich, dass neben Kohlenstofffasern auch Harzbruchstücke freigesetzt werden, die kritische Abmessungen besitzen können. Die Beurteilung der Faserfreisetzung erwies sich allerdings als schwierig. Eine qualitative Analyse der freigesetzten Faserkonzentration konnte aufgrund der meist mit Ruß überbelegten Filter nicht durchgeführt werden.

Bei den Untersuchungen zur mechanischen Einwirkung auf CFK-Bauteile zeigte sich eine deutlich unterschiedliche Belegungsstärke der Filter mit Partikeln im Allgemeinen. So waren die

Filter bei eher schnell arbeitenden Bearbeitungsverfahren (Trennschleifer und Säbelsäge) stärker belegt als bei langsameren Trennverfahren, wie etwa mit der Kombischere.

Für die abschließende Klärung der Frage des gesundheitsgefährdenden Potentials von Kohlenstofffasern und ihrer Biopersistenz, also deren Eigenschaft in der Lunge zu verbleiben, sind, so ein Ergebnis des Forschungsberichts, weitere toxikologische Untersuchungen erforderlich. Um eine tatsächliche Exposition von Einsatzkräften zu ermitteln, empfiehlt der Bericht die Exposition personenbezogen in einem realen Szenario, z. B. im Rahmen von Übungen zur technischen Hilfeleistung, messtechnisch zu ermitteln. Die Ergebnisse des Forschungsauftrags können hierbei wichtige Erkenntnisse für weitere Untersuchungen liefern.

Den Forschungsbericht der Forschungsstelle für Brandschutztechnik des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) finden Sie unter: http://www.ffb.kit.edu/392.php.

Den Forschungsbericht Nr. 177 und den darin enthaltenen Maßnahmenkatalog für Einsatzkräfte zum Umgang mit Kohlenstofffaser-Verbundwerkstoffen finden Sie unter:

http://kurzelinks.de/jv6s.

Erfahrungsaustausch im Bevölkerungsschutz mit den niedersächsischen Kollegen

(ID) Mitten in der Planung zur länderübergreifenden Krisenmanagementübung (LÜKEX) 2018 wirft die LÜKEX 2020 schon ihre Schatten voraus. So trafen sich die Zuständigen des Bevölkerungsschutzes und des Krisenmanagements aus Niedersachsen und Baden-Württemberg zu einem Austausch im baden-württembergischen Innenministerium.



Staatssekretär Wilfried Klenk MdL (Mitte), rechts von ihm Abteilungsleiter Ministerialdirigent Dr. Alexander Götz und (links von ihm) Landesbranddirektor Jörg Schallhorn im Kreise der baden-württembergischen Kollegin und Kollegen.

Staatssekretär Wilfried Klenk MdL begrüßte die Gäste im Lagezentrum.

"Ich freue mich, dass die beiden Fachabteilungen gemeinsam die Planung der LÜKEX 2020 auf Bundesebene engagiert mit vorantreiben. Gerade die Gefahr durch Cyberangriffe und deren Folgen sind uns ein ernstes Anliegen. Wir wollen intensiv die Sicherstellung der Regierungsfähigkeit üben", so der Staatssekretär.

Unter Leitung der beiden Abteilungsleiter Dr. Alexander Götz (derzeitiger AK V-Vorsitzender) und Prof. Hermann Schröder standen zwei aktuelle Themen "Konzeption zivile Verteidigung" und "Europäische Hilfeleistung" im Mittelpunkt des Erfahrungsaustauschs.





E

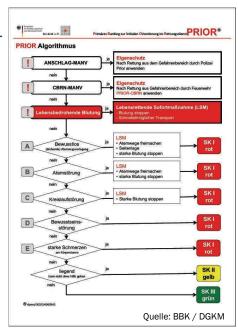
BBK und DGKM stellen erweitertes PRIOR-Vorsichtungssystem vor

(ID) Bei einem Massenanfall von Verletzten (MANV) müssen im Wesentlichen zwei Schutzziele erreicht werden: die Sicherheit der Einsatzkräfte im Einsatz und die gesicherte medizinische Versorgung Betroffener. Dies haben insbesondere die Terroranschläge von Paris 2015 sowie Brüssel und Berlin im Jahr 2016 gezeigt. Ein erweitertes PRIOR-Vorsichtungsprogramm wurde jetzt vom BBK und von der DGKM vorgestellt.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und die Deutsche Gesellschaft für Katastrophenmedizin e.V. (DGKM) haben eine gemeinsam abgestimmte Erweiterung von PRIOR® mit dem Algorithmus vorangestellten besonderen Hinweisen zu einem möglichen Anschlag-MANV, einem CBRN-MANV und lebensbedrohenden Blutungen, bekanntgegeben. Dadurch sollen die beiden Schutzziele – Sicherheit der Einsatzkräfte im Einsatz und die gesicherte medizinische Versorgung Betroffener – deutlicher als bisher im PRIOR® Vorsichtungssys-

tem hervorgehoben werden.

Ein Massenfall von Verletzten (MANV) bedingt die Notwendigkeit einer schnellstmöglichen Behandlung und eines Transports für vital bedrohte Betroffene. Diese sind durch (Vor-) Sichtung als erste zu identifizieren und mit lebensrettenden Sofortmaßnahmen zu versorgen. Vor allem lebensbedrohende Blutungen müssen sofort gestillt werden, um das Überleben zu ermöglichen. Dabei ist stets der Eigenschutz der Einsatzkräfte zu beachten (Quelle: BBK).





Bei **PRIOR®** (**P**rimäres **R**anking zur Initialen **O**rientierung im **R**ettungsdienst) handelt es sich um einen alltäglich anwendbaren, standardisierten Algorithmus zur initialen Orientierung über eine Vitalbedrohung Betroffener bei einem MANV. PRIOR® stellt zugleich auch ein medizinisches Einsatzmanagementtool dar.

Unter **CBRN**-Gefahren versteht man den Schutz vor den Auswirkungen von chemischen (C), biologischen (B) sowie radiologischen (R) und nuklearen (N) Gefahren.

Ausführliche Informationen zum erweiterten PRIOR®-Vorsichtungssystem finden Sie im Netz auf der Internetseite des BBK unter: http://kurzelinks.de/t5zf. Die grafische Darstellung des Algorithmus finden Sie hier: http://kurzelinks.de/5nz3. Zum Thema PRIOR® finden Sie weitergehende Information auf der BBK-Seite im Internet unter: http://kurzelinks.de/jpm5.

Tag der Bundeswehr – Eine Leistungsschau der besonderen Art am Bildungszentrum der Bundeswehr in Mannheim

(ID) Am Tag der Bundeswehr präsentierte sich die Bundeswehr deutschlandweit an 16 zentralen Standorten. In Baden-Württemberg hatte man dieses Jahr einen besonderen Standort ausgewählt: das Bildungszentrum der Bundeswehr (BiZBw) in Mannheim.



Erster Bürgermeister der Stadt Mannheim, Christian Specht, Präsident Christoph Reifferscheidt (BiZBw), Abteilungsleiter Hermann Schröder (v.l.n.r)

10.000 Besucher nutzten die Gelegenheit, Einblicke in die Arbeit der Bundeswehr zu bekommen. Ob die Vorführungen der ABC-Abwehrtruppe, die Sprünge der Fallschirmiäger, die Technik der Einsatzfahrzeuge, die Informationen und Vorführungen zur Sportförderung oder das hohe Niveau von Forschung und Ausbildung - groß war das Interesse, Dass in Baden-Württemberg die zivil-militärische Zusammenarbeit gelebt wird, bewies die Einbindung des Bevölkerungsschutzes und der Polizei in das Programm. Sei es die große Fahrzeugschau des THWs oder seien es die Vorführungen zur Bewältigung eines Massenanfalls von Verletzten unter Beteiligung aller Hilfsorganisationen, der Feuerwehr und der Bundeswehr. "Alles lief Hand in Hand", so der Landeskatastrophenschutzbeauftragte der JUH André Kühner, "die Stärke des baden-württembergischen Katastrophenschutzes sind das kameradschaftliche Miteinander und der ständige Austausch".

Der Präsident des BiZBw, Christoph Reifferscheid, stellte bei seiner Begrüßungsansprache die Bedeutung der Bildung in den Mittelpunkt. Ist doch das BiZBw nicht nur Bundesakademie, sondern auch die höchste zivile Bildungseinrichtung der Bundeswehr. Sie stellt sich der Aufgabe, Bundeswehrangehörige zu qualifizieren und Fachund Führungskräfte aus-, fort- und weiterzubilden. Die Bundeswehr bietet übrigens auch Ausbildung und Arbeitsplätze im zivilen Bereich an.

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 4





Wie könnte es in Mannheim anders sein: die Musik spielte auch an diesem Tag eine besondere Rolle. Auf der Großen Bühne boten das Heeresmusikkorps Koblenz und das Landespolizeiorchester Musikgenuss der Extraklasse. Ein Höhepunkt war ein "Musikalisches Crossover", auf das sich der Erste Bürgermeister der Stadt Mannheim, Christian Specht, schon bei seiner Begrüßung frühmorgens freute. Jenny Bright & Band von der Popakademie und die Bigband des Heeresmusikkorps überraschten mit außergewöhnlichen Klängen.

Beim Rundgang über das weitläufige Gelände bestand ausreichend Gelegenheit zum Austausch mit den zahlreich erschienenen Mitstreitern aus dem Bevölkerungsschutz. Dies nutzte auch der für den Bevölkerungsschutz zuständige Abteilungsleiter Hermann Schröder, um vor allem Dank zu sagen. An diesem Tag, dem Tag der Bundeswehr, galt der Dank besonders den aktiven Soldatinnen und Soldaten sowie den Reservistinnen und Reservisten. Die Bundeswehr ist uns ein zuverlässiger Partner im Bevölkerungsschutz.



Oberst Christian Walkling (Kommandeur des Landeskommandos), Landesreferent KatS Christoph Klausmann (MHD), Präsident Christoph Reifferscheidt (BiZBw), Abteilungsleiter Hermann Schröder (v.l.n.r)



Neben der Herausbildung von Kompetenzen ist es wichtig, beständige Werte und Haltungen zu vermitteln, die zu einem professionellen Umgang mit einem sich kontinuierlich wandelnden gesellschaftlichen Umfeld führen und die zu einer zukunftsfähigen Persönlichkeitsbildung beitragen.

Wir arbeiten für und mit Menschen. Unsere Maxime im Bildungsprozess

verfassungstreu – unser Anspruch

Freiheitlich demokratische Grundordnung wahren – gesetzes- und rechtskonform handeln – Transparenz sicherstellen – Compliance vorleben

wertschätzend – unser Selbstverständnis

Ehrlichkeit, Respekt und Wertschätzung füreinander zeigen – Vertrauen schaffen – mit Offenheit, Toleranz und Motivation zusammen arbeiten – lebendige Kommunikation praktizieren – Inklusion, Diversität und Vielfalt leben

ergebnisorientiert - unser Ziel

Klare Ziele setzen – kreativ und innovativ sein – Professionalität zeigen – Eigenverantwortlichkeit stärken – Lösungen finden – Entscheidungen treffen – Ergebnisse liefern

Der Homepage des Bildungszentrums der Bundeswehr entnommen: http://kurzelinks.de/wzld

Symbolische Scheckübergabe an den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.

(ID) Einen stolzen Betrag von 263.699 Euro haben ehrenamtliche Helferinnen und Helfer der Bundeswehr, Angehörige der Reservistenverbände und Freiwillige im vergangenen Jahr an Spenden für den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge in Baden-Württemberg gesammelt.

Bei der symbolischen Scheckübergabe am Dienstag, 8. Mai 2018, im Marmorsaal des Neuen Schlosses in Stuttgart dankte Julian Würtenberger, Staatssekretär im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration, den Sammlerinnen und Sammlern für ihren Einsatz.

Der Volksbund sorgt dafür, dass mehr als 2,7 Millionen Kriegsgräber auf mehr als 836 Kriegsgräberstätten in 44 Staaten gepflegt werden können. Der Beitrag der Sammelaktion trägt entscheidend dazu bei, dass diese Aufgabe weiter geleistet werden kann. Auch hier ist auf das ehrenamtliche Engagement der Bundeswehr wie der

Reservistinnen und Reservisten Verlass, so wie wir es im B e v ö l k erungsschutz seit jeher kennen und schätzen.



Staatssekretär Julian Würtenberger (zweiter von rechts) und Johannes Schmalzl, badenwürttembergischer Landesvorsitzender des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., (dritter von rechts) bei der Scheckübergabe.







Notfallstation Bayern - Seminar an der Staatlichen Feuerwehrschule Geretsried

(ID) Auf Einladung der Staatlichen Feuerwehrschule Geretsried (SFSG) hatte Hans Springer vom Referat Katastrophenschutz die Gelegenheit an einem Seminar der bayerischen Kollegen zum Thema Notfallstationen mitzuwirken.

Neben Grundlagenwissen zu Planung und Betrieb von Notfallstationen, erhielten die Seminarteilnehmer auch praxisorientierte Hinweise und Tipps zur Erkundung, Objektauswahl und Beplanung von Objekten, die als Notfallstation dienen sollen.

Unter der Leitung von Fachbereichsleiter Krisenmanagement, Hans-Christian Eibl, und mit fachkundiger Betreuung durch zwei erfahrene Mitarbeiter der Berufsfeuerwehr Nürnberg, erfuhren die Teilnehmer Wissenswertes zum Notfallstationskonzept, zur Kontaminationsmessung und zur Personenlenkung sowie zu den Anforderungen an geeignete Objekte.

Auf Wunsch der SFSG stellte Hans Springer den Umsetzungsstand, der von der Innenministerkonferenz zur Anwendung empfohlenen "Rahmenempfehlungen zu Einrichtung und Betrieb von Notfallstationen" in Baden-Württemberg vor. Dies stieß bei den Teilnehmern auf besonderes Interesse, da Bayern denselben

Ansatz verfolgt.

Insbesondere konnten Fragen zur Konzeptentwicklung, zur Sach- und Perso-



Blick in den Seminarraum an der Staatlichen Feuerwehrschule Geretsried.

nalausstattung, zu den Abrollbehältern und der Messtechnik sowie zur Personenlenkung erläutert werden.

Informationen zum Datenschutz

Mit Inkrafttreten der neuen Datenschutz-Grundverordnung http://kurzelinks.de/2nmb der EU (DSGVO) haben wir die Datenschutzerklärung angepasst. Diese finden Sie auf der Homepage der Landesfeuerwehrschule (http://kurzelinks.de/xve8). Dort wird auch erläutert, welche persönlichen Daten wir im Rahmen der Anmeldung zum Infodienst abfragen und wie diese genutzt werden.



Wenn Sie den Newsletter nicht mehr erhalten wollen, können Sie sich wie gehabt hier https://www.lfs-bw.de/meldungen/newsletter/Seiten/default.aspx abmelden. Sie erhalten dann in Zukunft keinen Infodienst mehr von uns und Ihre Anmeldedaten werden umgehend gelöscht.

Verwaltung trifft Softwareunternehmen – Austausch des Innenministeriums mit dem Krisenmanagement der SAP SE

(ID) Der fachliche Austausch und das Kennenlernen der jeweiligen Krisenmanagementstrukturen standen im Mittelpunkt des Treffens zwischen Vertretern der SAP SE und des Referats 65 – Krisenmanagement der Abteilung 6 im Innenministerium.



Die Vertreterin und die Vertreter von SAP SE (rechts im Bild) sowie die Kollegen des Innenministeriums.

Dr. Friederike Pleuger, Mathias Braje und Erik Dammert von SAP stellten anschaulich dar, mit welchen Aspekten und Herausforderungen sich das Krisenmanagement eines großen Softwarekonzerns auseinandersetzt. Michael Willms und Dr. Christian Kohl vom Referat 65 skizzierten im Anschluss einige mögliche Szenarien, mit denen sich das Krisenmanagement des Landes beschäftigt sowie die Strukturen und Abläufe, die im Krisenfall innerhalb der Landesverwaltung greifen.

Im intensiven Austausch wurden die Parallelen zwischen dem Krisenmanagement der Landesverwaltung

und des Konzerns deutlich, auch wenn zum Teil unterschiedliche Begriffe verwendet werden. So waren sich die Beteiligten unter anderem darin einig, dass einer zielgerichteten Krisenkommunikation eine besondere Bedeutung im Krisenmanagement zukommt. Einhelliges Fazit der Teilnehmer war, dass die Themen in weiteren Gesprächen vertieft werden sollen.

Der Austausch mit SAP knüpft an vorhergehende Treffen des Referats 65 mit Vertretern des Krisenmanagements großer Konzerne an. Diese dienen dazu, gemäß dem Grundsatz "In der Krise Köpfe kennen" vorab entsprechende Netzwerke zu schaffen. Sie bieten zudem die Möglichkeit, von wechselseitigen Erfahrungen zu profitieren. Auch die gemeinsame Planung und Durchführung von Krisenmanagementübungen ist ein Ziel dieser Vernetzung.





Einführungsseminar VOSTbw an der Landesfeuerwehrschule

(ID) Die Bewerberinnen und Bewerber für das Virtual Operations Support Team Baden-Württemberg haben sich am 16. Juni an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal zu einem Einführungsseminar getroffen.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Einführungsseminars. Bild: LFS

Die Einrichtung des Virtual Operations Support Team Baden-Württemberg (VOSTbw) rückt näher. 30 der Bewerberinnen und Bewerber haben sich am 16. Juni an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal zu einem Einführungsseminar getroffen.

Michael Willms, Leiter des Referats Krisenmanagement im Innenministerium, hat die Seminarteilnehmer über die Eckpunkte der Mitwirkung im VOSTbw informiert und stand für sämtliche organisatorischen Fragen Rede und Antwort. Christoph Dennenmoser vom Deutschen Roten Kreuz und Markus Medinger von der Freiwilligen Feuerwehr Kernen, beide Mitglieder bei VOST Deutschland, haben über die bisherigen Erfahrungen mit VOST berichtet. In einem Workshop-Teil haben sie verschiedene Tools vorgestellt, die für das Monitoring der sozialen Netzwerke geeignet sind, und über Crisis Mapping informiert.

Der offizielle Startschuss für VOSTbw erfolgt im September bei einer Veranstaltung im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration in Stuttgart.

Der erste Einsatz des badenwürttembergischen Virtual Operations Support Team ist bei der LÜKEX 18 am 28./29. November vorgesehen. Bei dieser Übung werden vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) über simulierte Twitter- und Facebook-Accounts entsprechende Meldungen und Tweets abgesetzt, die durch VOSTbw ausgewertet und aufbereitet werden.



v.l.n.r.: Christoph Dennenmoser (DRK), Markus Medinger (Feuerwehr Kernen) und Michael Willms (Innenministerium). Bild: LFS

Seminar "Recht für Feuerwehrkommandantinnen und –kommandanten" in dritter Auflage an der Akademie für Gefahrenabwehr

(LFS) Nach der großen Resonanz bei den ersten beiden Auflagen hat die "Akademie für Gefahrenabwehr" an der Landesfeuerwehrschule das Thema "Recht für Feuerwehrkommandanten/innen" erneut in einem Seminar aufgegriffen.

Rund 85 Feuerwehrangehörige erhielten einen vertiefenden Einblick in zentrale Themen des Feuerwehrgesetzes Baden-Württemberg sowie rechtliche Fragestellungen und Praxisbeispiele.



v.l.n.r.: Nina Grözinger (Akademie für Gefahrenabwehr), die Referenten Gerhard Stech, Armin Ernst und Gerhard Hildinger sowie Thomas Fink (Leiter der Akademie für Gefahrenabwehr). Bild: LFS

Gerhard Hildinger, Oberamtsrat a.D. im Innenministerium sowie Begründer und Mitverfasser des Kommentars zum Feuerwehrgesetz Baden-Württemberg, erläuterte in seinem Vortrag wichtige Inhalte des Feuerwehrgesetzes, wie beispielsweise das Thema Kostenersatz für Einsätze.

Armin Ernst, Vorsitzender Richter am Landgericht Tübingen und Leiter des Fachgebiets "Recht" im Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg, ging in seinem Vortrag näher auf die Aufgaben und Pflichten im Feuerwehrwesen.

Mit welchen besonderen Situationen und mitunter Fallstricken Kommandantinnen und -kommandanten im Einsatz zu rechnen haben, veranschaulichte Gerhard Stech, ehemaliger Feuerwehrkommandant der Stadt Kehl und stellvertretender Kreisbrandmeister a.D. im Ortenaukreis, anhand von verschiedenen Beispielen aus der Praxis. Stech, der selbst auf eine 27-jährige Einsatzerfahrung als Kommandant zurückblicken kann, betonte in seinem Vortrag, wie schmal der Grat manchmal sei, auf dem man sich im täglichen Dienst bewege und wie enorm wichtig daher eine enge Zusammenarbeit mit der Gemeindeverwaltung vor Ort sei.

Aufgrund der nach wie vor großen Nachfrage ist geplant, Ende des Jahres ein weiteres Seminar zu dem Thema anzubieten.

Umfassende Informationen zu kommenden Veranstaltungen, Seminaren und Ansprechpartnern der Landesfeuerwehrschule und der Akademie für Gefahrenabwehr sind zu finden unter: http://kurzelinks.de/fubz.



Nummer 8 Jahrgang 2018 31. Juli 2018

Zw

Zweites Seminar "Soziale Medien in der Feuerwehr" Großes Interesse von Fach- und Führungskräften der Feuerwehr

(LFS) Nach der positiven Resonanz und großen Nachfrage bei der ersten Auflage, hat die Akademie für Gefahrenabwehr an der Landesfeuerwehrschule (LFS) Baden-Württemberg das Thema "Soziale Medien in der Feuerwehr – Chancen und Risiken für die Öffentlichkeitsarbeit" erneut in einem Seminar aufgegriffen.

Vor rund 90 Fach- und Führungskräften der Feuerwehren aus ganz Baden-Württemberg erläuterte Jan Ole Unger, Pressesprecher der Feuerwehr Hamburg, die Bedeutung von sozialen Medien für die Feuerwehrarbeit: "Soziale Medien sind bereits heute wichtige Kanäle für die Krisenkommunikation großer Feuerwehren. In Zukunft werden sie noch mehr an Bedeutung gewinnen, da die Erwartungen der Bevölkerung an diese Kommunikation stetig zunehmen. Die Feuerwehren müssen sich diesen Erwartungen stellen und strukturell und personell darauf vorbereiten". Das betonte auch Karl-Heinz Dumbeck, Stadtbrandmeister von Bad Saulgau, der in seinem Vortrag auf eigene Erfahrungen mit sozialen Medien im Feuerwehreinsatz einging.

Kommunikationsexperte David Peter von der Mainzer PR-Agentur Ewald & Rössing und Rechtsanwalt Dr. Ruben Engel informierten über zentrale Grundlagen zum Medien- und Urheberrecht und machten deutlich, dass bei der Bewältigung von Krisen und Katastrophen das Internet und soziale Medien sowohl Chancen als auch Risiken bieten. "Klar ist: der Umgang mit diesen 'neuen' Medien muss heute zum Standard-Repertoire eines jeden Kommunikators gehören. Auch deshalb sollte der Einsatz regelmäßig geübt werden, zum Beispiel im Rahmen einer Krisensimulation", so die beiden Experten.

Dies bekräftigte auch Michael Willms, Leiter des Referats Krisenmanagement im Ministerium für Inneres, Digi-



(v.l.n.r.): Dr. Ruben Engel, Rechtsanwalt Kanzlei Höcker, Jan Ole Unger, Pressesprecher Feuerwehr Hamburg, Stefan Keilbach, Pressesprecher Polizeipräsidium Stuttgart, Michael Willms, Leiter Referat Krisenmanagement IM, Lennard Remesch, Polizeipräsidium Stuttgart, Karl-Heinz Dumbeck, Stadtbrandmeister Bad Saulgau und David Peter, Berater Ewald & Rössing GmbH & Co. KG. Bild: LFS

talisierung und Migration Baden-Württemberg, der in seinem Vortrag auf die Bedeutung der Krisenkommunikation als Teil des Krisenmanagements einging.

Einen spannenden Einblick in die Nutzungsmöglichkeiten von sozialen Medien für die Polizeiarbeit gaben Stefan Keilbach und Lennard Remesch vom Polizeipräsidium Stuttgart. Beide betonten, dass soziale Medien und Netzwerke, wie etwa Facebook, für viele die einzigen Quellen des Austauschs und der Information darstellen und es angesichts der Flut täglicher Meldungen immer schwieriger wird, in kürzes-

ter Zeit relevante Beiträge zu erkennen. Um sich Gehör zu verschaffen, ist es daher unerlässlich, die klassische Pressestelle mit der Social-Media-Arbeit zu verzahnen", unterstrichen die beiden Vertreter der Stuttgarter Polizei.

Umfassende Informationen zu kommenden Veranstaltungen, Seminaren und Ansprechpartnern der Landesfeuerwehrschule und der Akademie für Gefahrenabwehr finden Sie im Internet unter:

https://www.lfs-bw.de/akademie/fortbildungen/Seiten/default.aspx.







Menschliches Verhalten bei Tunneleinsätzen untersucht Bundesanstalt für Straßenwesen veröffentlicht Forschungsbericht

(ID) Das Verhalten von Menschen bei einer aktivierten Brandbekämpfungsanlage (BBA) in einem Straßentunnel war Anlass dreier Forschungsvorhaben. Mit psychologischen Untersuchungen und Probandenversuchen sollte das menschliche Verhalten erforscht werden. Der Forschungsbericht wurde jetzt veröffentlicht.

Die Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST) hat in ihrem elektronischen Archiv den Forschungsbericht Analyse des menschlichen Verhaltens bei Aktivierung von stationären Brandbekämpfungsanlagen (BBA) in Straßentunneln eingestellt und hierzu unter anderem ausgeführt: Im Rahmen dreier Forschungsvorhaben sind Fragestellungen über den Einfluss einer aktivierten Löschanlage auf das menschliche Verhalten untersucht worden. Im Vorhaben FE 15.0563/2012/ERB "Wirksamkeit automatischer BBA in Straßentunneln" beantworten psychologische Untersuchungen des menschlichen Verhaltens und Probandenversuche in virtueller Realität offene Fragen über das Verhalten des Nutzers bei einer aktivierten Anlage. Zur Einbeziehung auch haptischer Effekte wur-

den Realversuche in verschiedenen Tunnelumgebungen durchgeführt. Probandenversuche mit real aktivierten BBA sind Gegenstand zweier weiterer interessanter Forschungsvorhaben: FE 89.0299/2014 "Einfluss einer aktivierten BBA (DLS) auf das Reaktionsund Fluchtverhalten der Verkehrsteilnehmer" und FE 15.0607/2014/ERB "Analyse des Reaktions- und Fluchtverhaltens von Tunnelnutzern bei einer aktivierten BBA anhand von Realversuchen". Gegenstand der Vorhaben ist die Untersuchung des Verhaltens der Tunnelnutzer bei einer aktivierten BBA vom Typ Druckluftschaum (DLS) und Wassernebel (WN). Im vorliegenden Bericht sind die Ergebnisse aus den drei Forschungsvorhaben zusammengefasst und vergleichend gegenübergestellt. [...] Sowohl die Analyse des

Verhaltens als auch die Befragungen liefern erste Anhaltspunkte dafür, dass die Aktivierung einer BBA in einem Straßentunnel das Verhalten der Tunnelnutzer eher nicht negativ beeinflusst, solange Teile der Infrastruktur des Tunnels auf die Aktivierung einer BBA abgestimmt werden. Dabei ist vor allem eine gut verständliche Durchsage wichtig, damit auch Personen im direkten Einflussbereich der BBA ihr Fahrzeug verlassen. Der Bericht soll eine Hilfestellung bei der Einschätzung des Einflusses dieser Anlagen auf das menschliche Verhalten in Tunneln unter besonderer Berücksichtigung des Schutzziels Selbstrettung bieten.

Der Bericht kann im Internet unter folgender Adresse heruntergeladen werden: http://kurzelinks.de/mk3g.

Sommerzeit ist Reisezeit – Millionen Autos nutzen die Tunnels

Hinweise für das richtige Verhalten in Straßentunneln in einem Flyer der Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST)

(ID) Auch in Baden-Württemberg beginnen jetzt die Sommerferien. Auf der Fahrt zum Ferienziel passieren Sie bestimmt den einen oder anderen Straßentunnel. Das richtige Verhalten trägt zur eigenen Sicherheit bei.

Viele Reisende nutzen auf ihrem Weg in den Süden die zahlreichen, die Reise erleichternden Tunnel. Zahlreiche Sicherheitsmaßnahmen kompensieren dort die per se bestehenden Risiken in unterirdischen Verkehrsanlagen. Wer diese kennt und sich des richtigen Verhaltens in dem selten auftretenden Schadenfall bewusst ist, trägt zur eigenen Sicherheit bei. Die Bundesanstalt für Straßenwesen (BAST) hat einen aussagekräftigen Flyer erstellt, aus dem Sie die wichtigsten Hinweise erfahren können.

Und wer sein Wissen testen will, der findet ein kurzweiliges Quiz zum richtigen Verhalten unter

http://www.verhaltenimtunnel.de/ quiz. Darin lernen auch Einsatzkräfte noch einiges.

Informieren Sie doch auch in Ihren örtlichen Mitteilungsblättern die Bevölkerung jetzt hierüber. Den Flyer der BAST können Sie im Internet unter folgender Adresse herunterladen:

http://kurzelinks.de/42jc.



Bild: BAST

LÜKEX 2018 – Gasmangellage

Tagungsband zur Bedeutung einer längerfristigen Unterbrechung der Gasversorgung für den Bevölkerungsschutz

Das Szenario der achten länder- und ressortübergreifenden Krisenmanagementübung (LÜKEX), die im November 2018 durchgeführt wird, befasst sich mit dem Thema "Gasmangellage in Süddeutschland".

Der zweite Tagungsband zur LÜKEX nimmt die Bedeutung einer längerfristigen Unterbrechung der Gasversorgung für den Bevölkerungsschutz in den Blick.

Ergänzend wird auch die Tagungsband LÜKEX 2018 Abhängigkeit der Industrie von der Gasversorgung anhand eines Praxisbeispiels betrachtet. Der Tagungsband

steht auf der Inter-Bild: BBK netseite des BBK

zum Download bereit unter:

http://kurzelinks.de/4ve0.



Wie wäre es wieder einmal mit einem Fahrtraining?

(ID) Für alle Einsatzfahrer, die mit Einsatzfahrzeugen unterwegs sind, wollen wir die Ausbildungsanleitung der Unfallkasse Baden-Württemberg in Erinnerung rufen, die auch allen anderen Bevölkerungsschutzorganisationen empfohlen wird.

Fahrten mit Einsatzfahrzeugen sind immer mit einem besonderen Risiko verbunden; gleich ob im Einsatz oder bei sonstigen Fahrten. Während jeder seinen Pkw aus dem Effeff kennt, sind für die meisten von uns die Einsatzfahrzeuge aufgrund ihrer Größe, Abmessungen und Motorleistungen "ungewohnte" Fahrzeuge. Auch stellt die Einsatzfahrt aufgrund der Stressbelastung per se schon eine besondere Belastung dar, die sich noch dadurch verstärkt, dass sich andere Verkehrsteilnehmer bei Annäherung

des Einsatzfahrzeuges infolge deren eigener Stresssituation oft ungewohnt und unvorhersehbar verhalten.

Daher ist es für unsere Einsatzfahrer wichtig, in der Ausbildung ein möglichst gutes Gefühl für das Einsatzfahrzeug zu bekommen. Die Unfallkasse Baden-Württemberg hatte hierzu schon 2010 eine Ausbildungsanleitung "Sicherheit auf Einsatzfahrten" für die Feuerwehren erstellt. Diese Ausbildungsanleitung sei in Erinnerung gerufen und auch allen anderen Bevölkerungsschutzorganisationen zur Anwendung empfohlen.

Sie finden die Ausbildungsanleitung der Unfallkasse Baden-Württemberg unter:

http://kurzelinks.de/3kar.



Personalwechsel bei Feuerwehr und Rettungsdienst in der Abteilung 6 des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration

(ID) Berlin kann sich freuen! Die Abteilung 6 vermeldet mit dem Wechsel der Referatsleiterin "Rettungsdienst" sowie des Landesbranddirektors und Referatsleiters "Feuerwehr und Brandschutz" zwei hochkarätige Personalabgänge, die in Berlin eine neue Wirkungsstätte haben.

Zum 25. Juni ist die Leiterin des Referates "Rettungsdienst" und zuvor langjährige Referentin für Rettungsdienst, Ministerialrätin Kathleen Adler, ins



Kathleen Adler

Bundeskanzleramt nach
Berlin gewechselt und nimmt
dort verantwortungsvolle Aufgaben bei der
Beauftragten
der Bundesregierung für
Migration,
Flüchtlinge

und Integration, Staatsrätin Widmann-Mauz, wahr.

Mit Ablauf des Monats Juli zieht es auch Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen in die Bundeshauptstadt. Dr. Homrighausen, der zwei Jahre lang als Landesbranddirektor das Referat 62 "Feuerwehr und Brandschutz" geleitet hat. Dort übernimmt er als Landesbranddirektor die Leitung der Berliner Feuerwehr. Er führt damit die größte Feuerwehr



Innenminister Thomas Strobl und der Präsident des LFV, Dr. Frank Knödler danken dem scheidenden Landesbranddirektor Dr. Karsten Homrighausen.

Deutschlands an.

"Mit dem Weggang von Frau Adler und Herrn Dr. Homrighausen verlieren wir zwei fachkundige und anerkannte Führungskräfte. In ihren jeweiligen Aufgabengebieten haben sie äußerst kompetent und sachkundig wertvolle Arbeit geleistet. Wir freuen uns mit Frau Adler und Herrn Dr. Homrighausen über deren weiteren Schritt auf der Karriereleiter. Wir danken beiden für Ihre engagierte Arbeit und wünschen ihnen in ihren neuen Funktionen viel Erfolg", sagte der Leiter der Abteilung Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Hermann Schröder.





Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Digitalfunk BOS) Teil eins und zwei der Schriftenreihe "Regelungen zum Betriebshandbuch" veröffentlicht

(ID) Mit der Vorlage der Schriftenreihe "Regelungen zum Betriebshandbuch" des Digitalfunks BOS erläutert das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration allgemeine Grundlagen und Zusammenhänge des Digitalfunks und regelt verbindlich die Umsetzung und Nutzung bei Feuerwehren, im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz.

Bei der immer weiter voranschreitenden Ertüchtigung der Leitstellen zur Nutzung des Digitalfunks BOS und der direkten Anbindung an das Digitalfunknetz sind von den Feuerwehren, dem Rettungsdienst und den im Katastrophenschutz des Landes mitwirkenden Organisationen zahlreiche Vorgaben zu beachten. Das "Nutzungsund Betriebshandbuch" (NBHB) der Bundesanstalt für den Digitalfunk BOS (BDBOS) definiert grundlegende Vorgaben zu Betrieb und Nutzung des Digitalfunks BOS, während das "Betriebshandbuch Digitalfunk BOS Baden-Württemberg" (BHB BW) der Koordinierenden Stelle für den Digitalfunk BOS in Baden-Württemberg (KSDBW) diese auf die Strukturen in Baden-Württemberg überträgt. Dieses gliedert sich in einen allgemeinen und in einen spezifischen Teil für die berechtigten Nutzer.

Die allgemeinen Grundlagen und Zusammenhänge des Digitalfunksystems werden mit der Veröffentlichung der



Schriftenreihe "Regelungen zum Betriebshandbuch" des Digitalfunks BOS durch das Innenministerium erläutert. Außerdem werden die Vorgaben für die Umsetzung und die Nutzung bei den Feuerwehren, im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz bekanntgegeben. Die Regelungen werden in den nutzerspezifischen Teil des BHB BW aufgenommen und sind bei der Teilnahme am Digitalfunk BOS verbindlich zu beachten.

Der erste Teil der Schriftenreihe

"Zusammenfassende Grundlagen zur Einführung des Digitalfunks BOS" stellt in kompakter Form wesentliche Strukturen, Vorgaben und wichtige Begriffe zum Digitalfunk BOS dar. Teil zwei der Reihe beschreibt die "Beantragung von BOS-Sicherheitskarten bei Feuerwehr und Katastrophenschutz". Beide Beiträge sind in elektronischer Form erschienen und mittlerweile an Feuerwehren, Rettungsdienst und die im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen versandt worden. Außerdem können die Regelungen zum Betriebshandbuch auf der Internetseite der Landesfeuerwehrschule unter folgendem Link heruntergeladen werden:

https://www.lfs-bw.de/ Fachthemen/Digitalfunk-Funk/ Seiten/Digitalfunk.aspx.

Weitere Beiträge sind in Vorbereitung und werden die Schriftenreihe kontinuierlich ergänzen.

Handlungshilfe für Evakuierungsplanungen Forschungsprojekt (ECHD) wurde jetzt erfolgreich abgeschlossen

(ID) Vor drei Jahren hat das BBK das Forschungsvorhaben "Grenzüberschreitende, großräumige Evakuierungsplanung am Beispiel Schweiz/Deutschland (ECHD)" an die Technische Hochschule Köln – Institut für Rettungsingenieurswesen und Gefahrenabwehr in Auftrag gegeben. Informationen zu dem erfolgreich abgeschlossenen Forschungsvorhaben finden Sie im Internet auf den Seiten des BBK unter: http://kurzelinks.de/z904.



Scheinbarer BBK-Twitter-Account gesperrt

(ID) Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat den Betreiber eines Twitterkanals, der den Eindruck vermittelt hat, offizielle Plattform des BBK zu sein, aufgefordert, den Kanal einzustellen. Der Twitter-Account ist mittlerweile gesperrt.

Im Juni hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) über einen Twitter-Account informiert, der durch die Verwendung des NINA-Logos als Profilbild, einem Verweis auf die Internetseite "warnung.bund.de" sowie andere Gestaltungselemente den Eindruck erweckt hat, ein offizieller Kanal des BBK mit der Darstellung von Warnmeldungen aus dem modularen Warnsystem (MoWaS) zu sein. Zeitweise folgten nahezu 500 Nutzer dem Account.

Das BBK hat hierzu klargestellt, dass es nicht Betreiber dieses TwitterAccounts ist. Der damalige Betreiber sei auch kein Berechtigter einer Multiplikatorenvereinbarung. Nach der Aufforderung durch das BBK, den Kanal einzustellen, wurde der Account gesperrt. Das BBK beabsichtigt aus rechtlichen und organisatorischen Gründen weder derzeit noch in Zukunft, alle Warnmeldungen des Modularen Warnsystems in einem Twitter-Kanal zu veröffentlichen. Als Warnmedium kommt unter anderem die nach wie vor sehr erfolgreiche Warn-App NINA zum Einsatz. NINA ist Notfall-Informations- und Nachrichten-App des BBK. NINA warnt deutschlandweit vor Gefahren, wie z. B. Hochwasser und anderen sogenannten Großschadenlagen und kann



im Internet unter der Adresse https://www.bbk.bund.de/DE/NINA/Warn-App_NINA_node.html auf der Internetseite des BBK heruntergeladen werden. Außerdem werden auf der Website https://warnung.bund.de/ alle Warnungen aus MoWaS, die Warnungen des Deutschen Wetterdienstes DWD sowie die Informationen der Hochwasserzentralen der Länder eingestellt.



Dritte Leitstellentagung im Innenministerium

Direkter Austausch mit den Verantwortlichen vor Ort wird verstetigt

(ID) Am 10. Juli 2018 fand zum dritten Mal die Leitstellentagung im Innenministerium statt. Mit diesem im Jahr 2017 neu geschaffenen "Format" wird der Austausch zwischen Innenministerium und den Verantwortlichen der Leitstellen verstetigt. Die sehr positive Resonanz der Teilnehmer zeigt, wie wichtig der direkte "Draht" ist.

Schwerpunkt der dritten Leitstellentagung waren die Themen Datenschutzgrundverordnung und aktuelle Entwicklungen beim Thema Notruf. Dazu hatte das Innenministerium namhafte Referenten eingeladen.

Am Vormittag stellte die Leiterin der Stabsstelle Europa beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg (LfDI BW), Dr. Julia Victoria Pörschke, die Auswirkungen der Datenschutzgrundverordnung auf die Arbeit in den Leitstellen dar. In einem kurzweiligen Vortrag machte sie deutlich, dass es das Ziel der Datenschutzgrundverordnung sei, ein gemeinsames Mindestniveau für den Datenschutz in Europa zu definieren. Deswegen sei die Datenschutzgrundverordnung in allen Mitgliedsstaaten verbindlich und habe unmittelbar Geltung. Vor allem die Anforderungen an die Datenverarbeitung hätten sich durch die Verordnung geändert. Diese hätten bei der Verarbeitung personenbezogener Daten unter anderem den in der Grundverordnung festgelegten Kriterien der Zweckbindung und Transparenz zu entsprechen. So müsse die Verarbeitung personenbezogener Daten in für die betroffene Person nachvollziehbarer Art und Weise erfolgen. Das erfordere erweiterte Dokumentations- und Nachweis- sowie neue Informationspflichten für die Verantwortlichen. Als erster Schritt dazu sei von den Behörden eine Bestandsaufnah-



Abteilungsleiter Hermann Schröder (li.) und Referatsleiter Michael Willms begrüßten Dr. Julia Victoria Pörschke bei der Leitstellentagung.

me über die Verarbeitungstätigkeiten durchzuführen, auf deren Basis sei dann in einem weiteren Schritt das Verzeichnis der Verarbeitungstätigkeiten zu erstellen. Hierauf aufbauend können dann beispielsweise Erwägungen zur Datenschutzfolgeabschätzung erfolgen und beispielsweise den Informationspflichten entsprochen werden.

Neu sei auch, dass die Verantwortlichen die Einhaltung der Datenschutzgrundsätze im Zweifelsfall nachweisen müssten und die Bestellung eines behördlichen Datenschutzbeauftragten für öffentliche Stellen seit 25. Mai 2018 nunmehr verpflichtend sei. Zur Sicherstellung der Betroffenenrechte sei ein umfangreicher Rechtekatalog in der Datenschutzgrundverordnung verankert, beispielsweise das Recht auf Auskunft, Berichtigung, Löschung und Einschränkung der Verarbeitung personenbezogener Daten. Das bedeute auch für den öffentlichen Bereich, dass eine Behörde jederzeit darauf vorbereitet sein müsse, alle relevanten Daten eines Betroffenen auf dessen Wunsch hin zu übermitteln. Zum Abschluss ihrer Ausführungen wies Frau Dr. Pörschke darauf hin, dass die Datenschutzgrundverordnung ein umfassendes Datenschutzmanagement mithilfe entsprechender Organisation erfordere und verwies zur weiteren Information auf die zahlreichen Handreichungen, Musterformulare und Materialien des LfDI Baden-Württemberg, welche über dessen Homepage abrufbar seien.

Die Vortragsreihe zu den aktuellen Entwicklungen zum Thema Notruf wurde durch Gerhard Kramarz-von Kohout und Thomas Paul von der Deutschen Telekom eröffnet. Die Referenten führten aus, dass die Telekom derzeit alle Telefonanschlüsse auf IP-Technologie umstelle. Die Umstellung



Gerhard Kramarz-von Kohout (li.) und Thomas Paul von der Deutschen Telekom

der privaten Telefonanschlüsse auf IP sei bald abgeschlossen. Auch die Notrufanschlüsse der Leitstellen, die derzeit alle noch in ISDN-Technik betrieben werden, stünden vor der Umstellung auf IP. Den Leitstellenverantwortlichen wurden die Rahmenbedingungen erläutert und aufgezeigt, welche

Impressum

Herausgeber

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 — Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.



Maßnahmen zur Vorbereitung erforderlich sind, damit die Umstellung reibungslos erfolgen kann.



Dr. Christine Köhler und Marcel Reissmann von der Firma Bosch erläuterten den TPS-eCall-Service.

Für alle seit April dieses Jahres neu zugelassenen Fahrzeugtypen ist ein automatisches Notrufsystem vorgeschrieben (eCall). Für Fahrzeugkäufer besteht die Wahlmöglichkeit, dass eCall-Notrufe direkt an die 112 geleitet werden oder alternativ an eine Zentrale eines Drittanbieters, zum Beispiel des Pkw-Herstellers (Third-PartyeCall oder TPS-eCall). Dr. Christine Köhler und Marcel Reissmann von der Firma Bosch als TPS-eCall-Anbieter stellten dar, wie der Service umgesetzt wird. Da Bosch den Dienst in mehreren Ländern anbiete, stehe dem Fahrer fast immer ein Ansprechpartner zur Verfügung, der dieselbe Sprache spreche. Dies erleichtere die Kommunikation. Werde ein Notfall gemeldet, der den Einsatz von Feuerwehr und Rettungsdienst erforderlich macht, werde dieser umgehend mit allen bekannten Informationen an die zuständige Leitstelle weitergeleitet.



Dominik Röske vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie

Die Thematik aktuelle Entwicklungen für Menschen mit Beeinträchtigungen wurde von Dominik Röske vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) eingeleitet. Sabine Broweleit von Tess - Sign & Script - Relay-Dienste hat die Dolmetscherdienste für hörgeschädigte Menschen vorgestellt. Seit 1. Juli 2018 stünden nunmehr Dolmetscher für Gebärdensprache und Schriftsprache, die kostenfrei Notrufe übersetzen und der zuständigen Leitstelle übermitteln, rund um die Uhr zur Verfügung. Dadurch sei eine Kommunikation zwi-



Sabine Broweleit von Tess - Sign & Script - Relay-Dienste stellte Dolmetscherdienste für hörgeschädigte Menschen vor.

schen dem Notrufenden und der Leitstelle möglich.

Den Abschluss machte Pablo Beyen von der Firma Bevuta IT, die im Auftrag des BMWi in einem Pilotversuch eine Notruf-App entwickelt hat. Die Entwicklung fand in engem Austausch mit der Expertengruppe Notruf statt, in der Baden-Württemberg vertreten ist.

Die Notruf-App mit dem Arbeitstitel Salus führe den Nutzer über einen einfachen Fragebaum. Dadurch werden Notrufe an die Polizei oder Integrierte Leitstelle weitergeleitet. Die Notruf-App übermittelt den genauen Standort des Notrufenden sowie weitere vorher freiwillig eingegebene Daten wie die Telefonnummer für Rückrufe



Pablo Beyen von der Firma Bevuta IT berichtete über die Entwicklung einer Notruf-App.

oder Krankheiten. Die Kommunikation mit dem Disponenten erfolgt mittels Chat oder durch einen Rückruf.

Derzeit werde auf Bundesebene abgestimmt, ob und wie die Notruf-App eingeführt werden kann.



Großes Interesse an der dritten Leitstellentagung im Innenministerium





Nummer 9 Jahrgang 2018 3. September 2018

40 Jahre nach dem Erdbeben in Albstadt – Behalten wir die Möglichkeit von **Erdbeben im Blick!**

(ID) Auch in Baden-Württemberg müssen wir mit Erdbeben rechnen. Die derzeit vorliegenden wissenschaftliche Erkenntnisse kommen zum Ergebnis, dass statistisch gesehen alle 50 Jahre mit einem Erdbeben der Stärke 6 (Magnitude) nach Richterskala gerechnet werden muss.

Das jüngste stärkere Beben erreichte vor 40 Jahren Baden-Württemberg. Am 3. September 1978 erschütterte ein Beben mit der Magnitude von 5,7 die Gegend um Albstadt; 25 Menschen wurden verletzt und es entstanden Sachschäden von 275 Millionen Mark. damals ein ungeheuer hoher Betrag. Das Beben mit Epizentrum in Albstadt-Tailfingen war in einem Umkreis von 300 Kilometern zu spüren. Mehrere hundert Gebäude im Umkreis von 50 Kilometern wurden in Mitleidenschaft gezogen. In unmittelbarer Nähe des Epizentrums mussten einzelne Gebäude abgerissen werden.

Das Deutsche Geoforschungszentrum hat nun aktuell eine Karte zur Erdbebengefährdung im Auftrag des Deutschen Instituts für Bautechnik veröffentlicht. Sie ersehen daraus, dass der Schwarzwald bis in weite Teile der

Impressum

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 — Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.

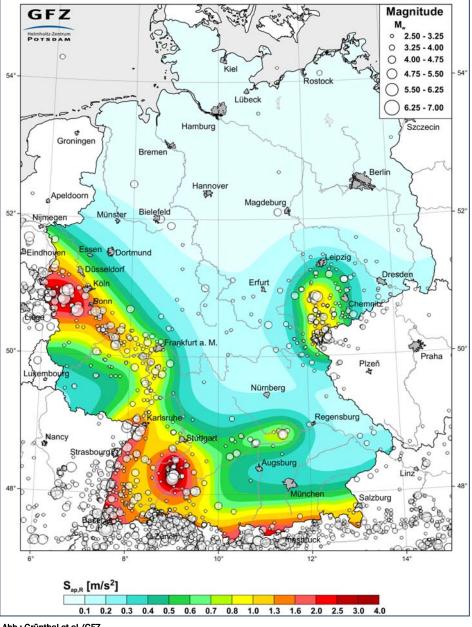


Abb.: Grünthal et al./GFZ

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2





Schwäbischen Alb hinein und entlang des Rheins zu den besonders gefährdeten Gebieten zählt.

Wenngleich das Erdbebenrisiko in Deutschland nicht besonders hoch ist, dürfen wir es nicht vernachlässigen. Üben Sie in der Ausbildung immer wieder erdbebentypische Szenarien und Ausbildungsinhalte. Üben Sie regelmäßig das Abstützen von Gebäuden, den Transport Verletzter auf Krankentragen aus zerstörten Gebäuden und über Trümmerstrecken, die Versorgung Verletzter mit typischen Verletzungsmustern nach Einstürzen oder

das Orten und Befreien Verschütteter.

Hinweise zum Verhalten bei Erdbeben und zur Prävention erhalten Sie im Merkblatt "Erdbeben" des Deutschen Geoforschungszentrums unter:

http://media.gfz-potsdam.de/gfz/wv/doc/infothek/leaflets/Erdbeben dt.pdf.

Darin finden Sie auch die Einteilung der Erdbeben nach Intensität gemäß der Europäischen Makroseismischen Skala (EMS). Das Erdbeben in Albstadt-Tailfingen mit der Magnitude 5,7 wird der EMS-Intensität VII-VIII zugeordnet. Informationen zum Vergleich der Richterskala und der EMS-Skala bekommen Sie unter:

http://media.gfz-potsdam.de/gfz/ wv/05 Medien_Kommunikation/05 Spe ziell_fuer_Schulen/ PDF_Texte/03 Geophysik/ Magnitude.pdf.

Einige Hinweise für den Einsatz nach einem Erdbeben:

- Beachten Sie, dass es Nachbeben geben kann.
- Beachten Sie auf der Anfahrt, dass in der Nähe eingestürzter Gebäude bewusstlos liegende Verletzte durch Staub schwer erkennbar sein können.
- Achten Sie auf herabgefallene Freileitungen und andere spannungsführende Teile; schalten Sie Elektroleitungen stromlos.
- Erkunden Sie abgerissene Gas- und Wasserleitungen und lassen Sie diese abstellen.
- Stellen Sie Einsatzfahrzeuge nie unter oder in die Nähe labiler und teilzerstörter Gebäude und Bauteile oder unter Freileitungen ab.

THW und Baden-Württemberg arbeiten beim Bevölkerungsschutz Hand in Hand Baden-Württemberg schließt mit dem Technischen Hilfswerk Vereinbarung zum Betrieb von Notfallstationen

(ID) Baden-Württemberg hat eine Vereinbarung mit der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) über die Unterstützung zum Betrieb von Notfallstationen für Baden-Württemberg geschlossen. Staatssekretär Wilfried Klenk hat das Übereinkommen in Backnang unterzeichnet.

Innenstaatssekretär Wilfried Klenk MdL unterzeichnete Ende Juli mit der Bundesanstalt THW eine Vereinbarung zum Betrieb von Notfallstationen. "Baden-Württemberg ist das erste Land, das mit dem Technischen Hilfswerk eine Vereinbarung zum Betrieb von Notfallstationen abschließt. Das zeigt: Beim Schutz der Bevölkerung insbesondere vor den Folgen kerntechnischer Unfälle - arbeitet Baden-Württemberg mit allen beteiligten Organisationen und Einrichtungen eng zusammen", sagte Staatssekretär Wilfried Klenk MdL bei der Unterzeichnung in Backnang.

Mit der Beschaffung von elf Notfallstationen, die bei einem kerntechnischen Unfall mit dem Austritt radioaktiver Strahlung zum Einsatz kommen, setzt das Land Baden-Württemberg die Empfehlungen der Strahlenschutzkommission um. Einer der elf Notfallcontainer steht bei der Freiwilligen Feuerwehr Backnang. Er wird von den Landkreisen Rems-Murr, Heidenheim und Ostalb gemeinsam betrieben. Der Dank des Staatssekretärs gilt an dieser Stelle auch den Stadt- und Landkreisen, die die Notfallstationen betreiben.

Notfallstationen werden zum Beispiel bei einem kerntechnischen Unfall in Turnhallen oder Schulen eingerichtet, um die betroffene Bevölkerung im Bedarfsfall zu dekontaminieren. In einer Notfallstation können Betroffene auf radioaktive Kontamination untersucht werden. Sie werden strahlenme-



(v.l.n.r.): Kommandant Markus Reichenecker, (FF Backnang), Stv. THW-Landessprecher Steffen Hoffmann, Michael Hagmann, (RP Stuttgart), Staatssekretär Wilfried Klenk MdL, Jens Olaf Sandmann, (LV THW), Kreisbrandmeister Rene Wauro (LRA Rems-Murr-Kreis), Bezirksbrandmeister Frieder Lieb, (RP Stuttgart), Erster Bürgermeister Siegfried Janocha, (Stadt Backnang), Erster Landesbeamter Michael Kretzschmar, (LRA Rems-Murr-Kreis), THW Landessprecher Michael Hambsch

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 3





dizinisch beraten und gegebenenfalls durch Duschen und Waschen dekontaminiert

Mit der Vereinbarung erklärt sich der Landesverband Baden-Württemberg des Technischen Hilfswerks dazu bereit, mit bis zu fünf Fachgruppen "Führung und Kommunikation", die an den Standorten der Notfallstationen als Führungs- und Kommunikationszentrale dienen können, im Einsatz zu unterstützen.

"Die Einrichtung und der Betrieb einer Notfallstation stellen eine große logistische Herausforderung dar. Es lag deshalb für uns nahe, mit dem Technischen Hilfswerk im technischen Bereich, also in dessen Kernkompetenz, zu kooperieren und die bereits sehr gute Zusammenarbeit weiter auszubauen", so Staatssekretär Wilfried Klenk.

Jens-Olaf Sandmann, stellvertretender Landesbeauftragter des Technischen Hilfswerks, ging auf die bereits bestehende jahrelange gute Zusammenarbeit des Technischen Hilfswerks mit dem Land und über die Ortsverbände auch mit den Kreisen und Gemeinden ein. Die nun geschlossene Vereinbarung zeige zudem die tiefe Verwurzelung der Helferinnen und Helfer mit ihrem Heimatland, diese würden die neue Herausforderung mit Engagement, Hilfsbereitschaft und Teamgeist angehen.



on erforderlich sein.

Auf einem Abrollbehälter befindet sich Messtechnik, um eine mögliche radioaktive Belastung der betroffenen Bevölkerung feststellen zu können. Darüber hinaus ist der Abrollbehälter mit Schutzausrüstung für die Einsatzkräfte bestückt. Doch nicht nur nach einem Unfall in einem Kernkraftwerk, sondern auch bei anderen Unglücksfällen im Zusammenhang mit radioaktiven Stoffen kann die Einrichtung einer Notfallstati-

Die elf Abrollbehälter Notfallstationen sind stationiert bei den Feuerwehren in Backnang, Blaustein, Crailsheim, Esslingen, Hüfingen, Kornwestheim, Lahr, Mosbach, Überlingen und bei der Werkfeuerwehr des Karlsruher Instituts für

Lahr, Mosbach, Überlingen und bei der Werkfeuerwehr des Karlsruher Instituts für Technologie (KIT) sowie der Landesfeuerwehrschule zu Ausbildungszwecken und als Reserve.



Neue Version 3.0 der Handlungsempfehlungen für NotSan

(ID) Das Innenministerium hat die Handlungsempfehlungen für Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter aktualisiert und das Sozialministerium hat dafür die Freigabe erteilt. Sie beschreiben den verbindlichen Inhalt für die Ausbildung als auch für berufliche Fort- und Weiterbildung.

Die vom Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration geleitete Arbeitsgruppe Heilkunde hat eine aktualisierte Version 3.0 der Handlungsempfehlungen für Notfallsanitäterinnen und Notfallsanitäter (NotSan) erarbeitet. Die Handlungsempfehlungen sind den aktuellen medizinischen Leitlinien angepasst. Zudem wurden sie zur näheren Erläuterung mit Kommentierungen versehen. Das Sozialministerium hat die Freigabe erteilt.

Die Handlungsempfehlungen beschreiben den landesweit verbindlichen Inhalt sowohl für die Ausbildung zur Notfallsanitäterin und zum Notfallsanitäter als auch für die berufliche Fort- und Weiterbildung. Sie sind nicht für die standardisierte Berufsausübung als NotSan freigegeben. Für die Berufsausübung wird das Innenministerium eine weitere Arbeitsgruppe zur Entwicklung eines Handlungskonzepts für NotSan einrichten.

Die neuen Handlungsempfehlungen für NotSan (3.0) sind auf der Internetseite des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration unter http://kurzelinks.de/r6q4 als Download abrufbar.



Bild: Fotolia





A

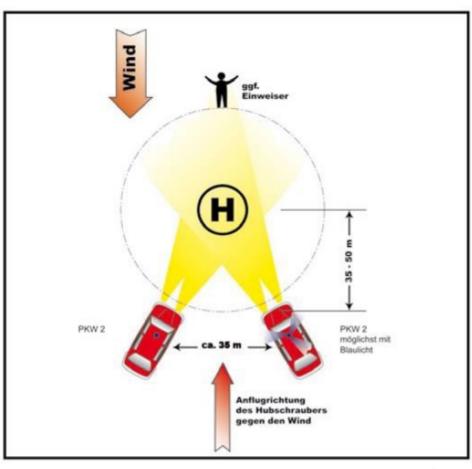
Ausleuchtung von Landeplätzen für Rettungshubschrauber Das Innenministerium informiert über Grundsätzliches und Verfahrensweise

(ID) Mit einem Schreiben über die Regierungspräsidien hat das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration über die Anforderungen für die Ausleuchtung von Landeplätzen informiert, wenn die Landung auf einem Landeplätz erfolgen soll, der nicht nach den Vorgaben des Luftfahrt-Bundesamtes (LBA) ausgeleuchtet ist.

In seinem Schreiben geht das Innenministerium sowohl auf die grundsätzlichen Bedingungen eines Nachteinsatzes eines Rettungshubschraubers als auch auf Verfahrensweise und Vorgaben zur Beleuchtung des Landeplatzes ein.

Das LBA hat für den Nachteinsatz für Rettungshubschrauber einen genau definierten "Operation-Prozess" definiert, der unter anderem zwei Piloten sowie eine gesicherte Ausleuchtung bei der Landung vorsieht. Durch die notwendigen Vorbereitungen des Nachtflugeinsatzes verlängern sich Ausrück- und Eintreffzeiten des Luftrettungsmittels. Außerdem ist aufgrund der eingeschränkten Sicht zur Nachtzeit die Geeignetheit des Landesplatzes besonders zu prüfen.

Steht im Fall eines zur Nachtzeit anfliegenden Rettungshubschraubers kein Landeplatz zur Verfügung, der nach den Vorschriften des LBA ausgeleuchtet ist, wird die einsatzführende Leitstelle in aller Regel die örtlich zuständige Feuerwehr zur Ausleuchtung eines Landesplatzes alarmieren. Neben Hinweisen rund um den Einsatz für die Ausleuchtung eines Landeplatzes gibt das Schreiben des Innenministeriums Auskunft zur Beleuchtung des Landepunktes, welche Landeplätze beispielsweise geeignet erscheinen und wie die Beleuchtung ausgerichtet sein soll. Außerdem informiert das



Mit freundlicher Genehmigung der Staatlichen Feuerwehrschule Würzburg

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration über die Ausleuchtung von Landeplätzen an Krankenhäusern. Einzelheiten zur Kostenerstattung finden Sie in der Infobox. Die Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg wird die Informationen zur Ausleuchtung

von Landeplätzen in die Gruppen- und Zugführerausbildung aufnehmen. Die Regierungspräsidien übernehmen die Verteilung des genannten Schreibens an die Gemeinden bzw. an die Feuerwehren.



Kostenersatz nach dem Feuerwehrgesetz

Das Ausleuchten einer Einsatzstelle zur Landung eines RTH/ITH in der Nacht ist eine **technische Hilfe-leistung** zur Rettung von Menschen aus lebensbedrohlichen Lagen und damit eine Aufgabe im Sinne von § 2 Absatz 1 des Feuerwehrgesetzes (FwG). Diese sogenannten Pflichteinsätze sind nach § 34 Absatz 1 Satz 1 FwG grundsätzlich kostenfrei.

Etwas anderes gilt, wenn der Einsatz durch den Betrieb von Kraftfahrzeugen, Anhängefahrzeugen, Schienen-, Luft- oder Wasserkraftfahrzeugen verursacht wurde. Ist der Feuerwehreinsatz also wegen eines Auto-, Bahn-, Flugzeug- oder Boots- unfalls notwendig geworden, ist gemäß § 34 Absatz 1 Satz 2 Nummer 2 FwG der Fahrzeughalter kostenersatzpflichtig.

Das Ausleuchten eines nicht beleuchteten Landeplatzes an einem Krankenhaus stellt keine Pflichtaufgabe im Sinne des Feuerwehrgesetzes dar. Das Krankenhaus muss in diesen Fällen grundsätzlich Sorge tragen, dass zeitnah eine entsprechende Ausleuchtung vorhanden ist. Soweit die Feuerwehr übergangsweise das Ausleuchten übernimmt, sind diese Einsätze als "Kann-Aufgabe" gemäß § 2 Absatz 2 in Verbindung mit § 34 Absatz 2 FwG kostenpflichtig. Zum Kostenersatz herangezogen werden kann in diesen Fällen das Krankenhaus, in dessen Interesse die Leistung erbracht wurde (§ 34 Absatz 2 Satz 2 Nummer 3 FwG).





stellt, in denen Statements zur fiktiven

Gasmangellage zu sehen sind, die die

an der Übung Beteiligten in eine realis-

LÜKEX 2018: Vorbereitungen laufen planmäßig – Aufzeichnung für fiktive Nachrichtensendung LÜKEX-TV

(ID) Die Vorbereitungen für die Ende November geplante LÜKEX-Übung sind im Zeitplan. Für die Produktion von LÜKEX-TV wurden Statements aufgezeichnet, die während der Übung als Nachrichtensendung im Stil der Tagesschau deutschlandweit "gesendet" werden, um die an der Übung Beteiligten so realistisch wie möglich in die Situation der Gasmangellage zu versetzen.

Die Drehbucharbeiten für die LÜKEX 2018 sind so gut wie abgeschlossen. Das Übungsszenario steht nunmehr weitestgehend fest. Das Vorbereitungsteam hat die einzelnen Übungs-

inhalte und Einlagen in die Steuerungssoftware AURIGA*) übertragen. Daneben wurden von Mitarbeitern des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe Videoclips er-

tische Gesamtsituation versetzen sollen. So wurde dieser Tage Staatssekretär Wilfried Klenk MdL und Abteilungsleiter Prof. Hermann Schröder zur aktuellen Gasmangellage befragt. Die Clips werden im Rahmen der LÜKEX-TV-Sendungen eingespielt. Da bei der Übung mit Zeitsprüngen gearbeitet wird, sollen die Clips die jeweilige aktuelle Situation wiedergeben.

*) AURIGA (lat. Sternbild des Fuhrmanns. Es symbolisiert hier die Steuerung der komplexen Bund-Länder-übergreifenden Krisenmanagementübung) ist eine vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe zur Verfügung gestellte Web-Anwendung für strategische Krisenmanagementübungen. AURIGA unterstützt die Akteure einer strategischen Krisenmanagementübung bei der Vorbereitung des Szenarios, der Durchführung der Übung sowie der Auswertung der Übung.



Staatssekretär Wilfried Klenk MdL bei der Aufzeichnung eines Statements für LÜKEX-TV im Lageraum des Innenministeriums.

Partnerschaft auf Augenhöhe – Verleihung der Ehrenmedaille des Kreisverbandes **Stuttgart**

(ID) Hans Springer vom Referat Katastrophenschutz erhielt neben verdienten Mitgliedern des DRK-Kreisverbandes Stuttgart die Ehrenmedaille des Kreisverbandes Stuttgart für seine Verdienste um jahrelange partnerschaftliche Zusammenarbeit verliehen.

Anlässlich der Kreisversammlung am 16.07.2018 im Bürgerhaus Möhringen erhielt neben verdienten Mitgliedern des DRK-Kreisverbandes Stuttgart auch unser Kollege Hans Springer vom Referat Katastrophenschutz eine besondere Ehrung. Als Dank für die jahrelange, partnerschaftliche Zusammenarbeit in den Belangen des Bevölkerungsschutzes, die bereits kurz nach "Nine Eleven" begann, bekam er die Ehrenmedaille des Kreisverbandes Stuttgart verliehen. In vorherigen Funktionen bei der Landespolizei hat er sich vorrangig mit der Alarm- und Einsatzplanung bei größeren Schadensund Einsatzlagen, organisationsübergreifenden Themen des Bevölkerungsschutzes sowie der Zusammenarbeit mit den anderen Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) beschäftigt.

Kreisgeschäftsführer Frieder Frischling ging in seiner Laudatio beispielhaft auf



v.l. Walter Sopp, Präsident des Kreisverbandes Stuttgart, EKHK Hans Springer, Dr. Lorenz Menz, Präsident des DRK Landesverbandes

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 6



Initiativen und Projekte von Hans Springer ein, die das Zusammenwirken der nicht-polizeilichen und polizeilichen Gefahrenabwehr gestärkt und damit zu einer Partnerschaft auf Augenhöhe geführt hätten. Als Verbindungsperson zu den anderen BOS habe er den "Runden Tisch" ins Leben gerufen, in dem gemeinsame - interdisziplinäre – Alarm- und Einsatzpläne für die Gefahrenabwehr konzipiert wurden, was auch überregional Beachtung gefunden habe. Gemeinsam auf den Weg gebrachte Übungen und Einsatzplanungen sowie ein ständiger organisationsübergreifender Austausch hätten das Miteinander sowie

das gegenseitige Verständnis für und das Vertrauen in die jeweils andere Organisation gefördert. Herausragende Aufgaben seien zudem die gemeinsam angegangenen Planungen für die FIFA WM 2006 und den Nato-Gipfel 2009 gewesen, die teilweise im Auftrag des Innenministeriums erfolgten. Die Mitwirkung am Konzept der Überörtlichen Kreisauskunftsbüros (ÜKAB) sowie die Etablierung ständiger Arbeitsplätze für Feuerwehr und Rettungsdienst im Führungsstab des Polizeipräsidiums Stuttgart, mit direkter Einbindung in das Einsatzunterstützungssystem, würden auch bundesweit Vorbildcharakter besitzen. Sein 2012 erfolgter Wechsel ins Innenministerium sei somit folgerichtig gewesen, da er dort im Bereich "Bevölkerungsschutz" auch weiter die Funktion eines Partners der nichtpolizeilichen BOS wahrnehmen könne. Bis heute stehe er als wertvoller Berater und Hinweisgeber zur Verfügung.

Für diese Kontinuität und das Vertrauen in das Deutsche Rote Kreuz sowie die Fortentwicklung des gemeinsamen Ziels, größtmöglichen Schutz für die Bevölkerung zu gewährleisten, dankte der Präsident des Kreisverbands Stuttgart, Walter Sopp, mit der Verleihung der Ehrenmedaille des Kreisverbandes Stuttgart.

Ein Sommermenü – Feldkochwettbewerb 2018 in Mössingen

(ID) Die sprichwörtliche "Salve aus der Gulaschkanone" war einmal. Heute werden Einsatzkräfte von den Feldköchen mit kompletten Menüs verwöhnt. Beim diesjährigen Feldkochwettbewerb in Mössingen mussten die Kochteams ein sommerliches Menü zubereiten. Wir haben für Sie einmal die Nase in den neuen Feldkochherd TFK 250 gesteckt und waren über das Ergebnis mehr als zufrieden.

Auf Einladung des DRK-Landesverbandes Baden-Württemberg hatten Gerhard Niebling vom Referat Technik und Haushalt sowie Hans Springer vom Referat Katastrophenschutz die Gelegenheit, den Kochteams beim diesjährigen Feldkochwettbewerb in Mössingen über die Schulter zu schauen. Präsident Dr. Lorenz Menz und die Landesdirektorin der Bereitschaften, Renate Kottke, freuten sich über das hohe Interesse und die zahlreichen Fachbesucher der Partnerorganisationen im Bevölkerungsschutz und einer armenischen Delegation. Eingebettet in die Jubiläumsfeierlichkeiten der Freiwilligen Feuerwehr Mössingen, anlässlich ihres 150-jährigen Bestehens, zeigten die Teilnehmer aus Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Armenien an unterschiedlichen Feldkochherdmodellen ihre Kochkunst. Dabei widerlegten sie eindrucksvoll den Begriff der "Gulaschkanone", denn für den Wettbewerb waren die Kochteams aufgefordert, ein sommerliches Drei-Komponenten-Gericht zuzubereiten.

Bei hochsommerlichen Temperaturen

machten sich die Teams bereits morgens ans Werk, und aus den Küchenzelten und Feldküchen drangen Geräusche geschäftigen Treibens und gute Gerüche zu den Besuchern herüber, die von Eberhard Bazlen, DRK-Ortsverein Mössingen, fachkundig be-



Der neu beschaffte Feldkochherd TFK 250 hat bei seinem Einsatz beim Feldkochwettbewerb überzeugt.

treut wurden. Am Rande des Wettbewerbs konnten unsere Kollegen Erfahrungen zum Einsatzwert der Feldküchen und zur Ausstattung sammeln sowie Vorschläge zur Einbindung in das zukünftige Betreuungskonzept erörtern. Besonders haben sie sich darüber gefreut, dass bereits einer der vom Land neu beschafften Feldkoch-

herde (TFK 250) am Wettbewerb teilnahm und sich im Betrieb beweisen konnte. Erste Rückmeldungen des nutzenden Teams der Verpflegungsgruppe des DRK-Ortsvereins Wangen im Allgäu, unter Leitung von Thomas Hirschle, zeigten eine hohe Zufriedenheit mit der zur Verfügung gestellten Ausstattung. Gegen Mittag wurde es schließlich

ernst, alle Feldköche mussten sich



Präsidentin des DRK-Kreisverbandes Tübingen Dr. Lisa Federle (Dritte v.r.), Bezirksbrandmeister Siegfried Hollstein (Zweiter v.l.) mit Renate Kottke (Dritte v.l.) und Markus Lutz, Kreisbereitschaftsleiter des Kreisverbandes Tübingen, (Zweiter v.r.) mit Fachbesuchern Bild: DRK-Landesverband Baden-Württemberg e.V.

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 7



und ihre Gerichte nun einer Fachjury und den vielen Besuchern des Feuerwehrjubiläums aus der Region, die ebenfalls ihre Voten abgeben konnten, stellen. An den Gesichtern der versammelten Juroren konnte man erkennen, dass dies kein einfacher Weg war, da die Qualität der "Sommermenüs" durchweg gut und schmackhaft war.

Schließlich konnte sich das Team aus Ringingen, Kreisverband Zollernalb, mit dem Gericht "Zarte Rinderhüfte an goldenen Kartoffeldrillingen und sommerlichem Joghurt-Dip" als Sieger des Wettstreits durchsetzen.

Wir vom Innenministerium gratulieren herzlich, freuen uns aber auch über den zweiten Platz, der vom Team aus Wangen im Allgäu belegt werden konnte, und dies, obwohl die neue "Bevölkerungsschutzküche" erst vor knapp zwei Wochen an die Verpflegungsgruppe übergeben wurde.

Mannschaftstransportwagen (MTW) für den Katastrophenschutz und Feldkochanhänger neu beschafft

(ID) Bereits im Jahr 2017 hat das Land für altersbedingt auszusondernde Fahrzeuge insgesamt 26 neue MTW in Auftrag gegeben. Jetzt wurden die beiden letzten Fahrzeuge ausgeliefert. Außerdem wurden acht generalüberholte Feldkochherde des Typs TFK 250 beschafft. Die TFK 250 wurden zwischenzeitlich an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen ausgeliefert.

Als Ersatz für altersbedingt auszusondernde Fahrzeuge wurden im Jahr 2017 insgesamt 26 neue Mannschaftstransportwagen (MTW) in Auftrag gegeben.



Es handelt sich hierbei um Fahrzeuge des Typs VW Crafter mit einem zulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t. Ende des Jahres 2017 wurden bereits 24 dieser Fahrzeuge an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen ausgeliefert. Dieser Tage wurden auch die beiden noch ausstehenden Fahrzeuge, bei denen es sich bereits um VW Crafter der neuen Generation handelt, geliefert.

Das Land verfügt derzeit neben vier Modulküchen noch über 33 Geräteanhänger Feldkochherd. Mehr als zwei Drittel dieser Feldkochherde sind mittlerweile älter als 30 Jahre. Bei einzel-

nen Feldkochherden wird die Ersatzteilversorgung zunehmend schwieriger, so dass ein wirtschaftlicher Weiterbetrieb mittelfristig nicht mehr gewährleistet werden kann.

Für die Versorgung der Bevölkerung wie etwa bei großflächigen Schadenslagen oder Naturkatastrophen hält das IM die Vorhaltung von Feldkochherden im Katastrophenschutz auch zukünftig für erforderlich. Das Land hat daher

acht generalüberholte Feldkochherde des Typs TFK 250 beschafft. Sie sind zwischenzeitlich an die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen ausgeliefert worden.

Wie Sie im Bericht auf der vorhergehenden Seite gelesen haben, kam der TFK 250 des DRK-Ortsvereins Wangen im Allgäu beim Feldkochwettbewerb in Mössingen bereits erfolgreich zum Einsatz.



Hinweise für den Einsatz mit ABC-Kampfmitteln

(ID) In den letzten Wochen ist vermehrt das Thema "Einsatz unter Einwirkung von ABC-Kampfmitteln" ins Interesse der Öffentlichkeit geraten. Wir dürfen diesbezüglich darauf hinweisen, dass entsprechende Einsatzkarten mit Erstinformationen auf der Homepage der Landesfeuerwehrschule zur Verfügung stehen:

https://www.lfs-bw.de/Fachthemen/ Einsatztaktik-fuehrung/Documents/ Hinweise ABC Kampfstoffe.pdf.



Jahresstatistik 2017 für die Feuerwehren

(ID) Am 15. Juli 2018 hat Innenminister Thomas Strobl mit einer Pressemitteilung die Jahresstatistik für die Feuerwehren 2017 bekanntgegeben.

Die Pressemitteilung finden Sie auf der Internetseite des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration unter: http://kurzelinks.de/n2e8.

An deren Ende finden Sie den Link zur Feuerwehrstatistik.



Nummer 10 Jahrgang 2018 24. September 2018

Volker Velten zum neuen Landesbranddirektor ernannt Staatssekretär Wilfried Klenk MdL: "Seine Fähigkeiten und Kompetenzen sind optimale Voraussetzungen für diese Funktion."

(ID) Die Stelle des Landesbranddirektors ist mit der Ernennung von Volker Velten zum Landesbranddirektor zeitnah wieder besetzt.

Innenstaatssekretär Wilfried Klenk MdL hat Ministerialrat Volker Velten am 20. September 2018 die Ernennungsurkunde zum Landesbranddirektor überreicht und ihm damit offiziell die Amtsgeschäfte übertragen. Diese wichtige Position in der Sicherheitsarchitektur des Landes ist somit nach dem Wechsel des Vorgängers zeitnah besetzt.

"Mit Volker Velten berufen wir einen erfahrenen und hochqualifizierten Feuerwehrmann zum Landesbranddirektor", sagte Staatssekretär Wilfried Klenk MdL bei der Überreichung der Ernennungsurkunde. "Landesbranddirektor Velten arbeitet mit großer Erfahrung und höchster Expertise zum Wohle unseres Landes. Als langjähriger Leiter einer Berufsfeuerwehr und als langjähriger Referent im Innenministerium vereint er immense Einsatzerfahrung, ein hohes Kommunalverständnis und die erforderlichen Verwaltungskenntnisse. Diese Fähig-



Staatssekretär Wilfried Klenk MdL übergibt Landesbranddirektor Volker Velten die Ernennungsurkunde.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 — Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.

keiten und Kompetenzen sind optimale Voraussetzungen für diese Funktion", so der Staatssekretär.

Der neue Landesbranddirektor leitet gleichzeitig das Referat 62 – Feuerwehr und Brandschutz – innerhalb der Abteilung Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz des Innenministeriums.

Seit Oktober 2013 arbeitet Volker Velten als Referent und stellvertretender Referatsleiter im Feuerwehrreferat. Nach dem Eintritt im Jahr 1972 in die Freiwillige Feuerwehr seiner damaligen Heimatgemeinde Puderbach und einem Studium des Bauingenieurwesens machte er sein Ehrenamt zum Beruf und absolvierte bei der Berufsfeuerwehr Karlsruhe von 1979 bis 1981 seine Ausbildung zum gehobenen feuerwehrtechnischen Dienst. In der Folgezeit sammelte er als Einsatzleiter, in der Abteilung vorbeugender

Brandschutz und als stellvertretender Wachvorsteher umfangreiches Fachwissen.

Zum Stadtbrandmeister und Leiter der Feuer- und Rettungswache wurde der damals erst 29-Jährige von der Stadt Lüdenscheid bereits im Jahre 1985 bestellt. In diesem Amt trug er insbesondere für die rettungsdienstliche Versorgung der Stadt und eines Teils des märkischen Kreises und für die Integrierte Leitstelle die Verantwortung. Gleichzeitig übte er auch das Ehrenamt des stellvertretenden Verbandsvorsitzenden des märkischen Kreisfeuerwehrverbandes aus. Nach seiner Ausbildung für den höheren feuerwehrtechnischen Dienst führte ihn sein Berufsweg 1996 nach Baden-Württemberg zurück. Als Feuerwehrkommandant und Amtsleiter stand er rund 18 Jahre an der Spitze der 700

Bitte lesen Sie weiter auf Seite 2



Mitglieder umfassenden Wehr der Stadt Pforzheim. Parallel zu seinem Hauptamt leitete er mehr als zehn Jahre die Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Baden-Württemberg.

Volker Velten hat eine klare Vorstellung von den Aufgaben, die das Amt des Landesbranddirektors mit sich bringen: "Die Feuerwehren haben eine verantwortungsvolle und schwierige Aufgabe. Deshalb werde ich weiter hart daran arbeiten, den Feuerwehrfrauen und -männern eine optimale Ausrüstung und eine bestmögliche Ausbildung zukommen zu lassen. Klare Regelungen für den Einsatz, eine Konzentration auf das Kerngeschäft und eine verwaltungsmäßige Unterstützung der Freiwilligen Feuerwehren bilden die Grundlage für unsere Auftragserfüllung. Gerade die derzeitigen gesellschaftspolitischen Herausforderungen führen auch bei unseren Feuerwehren zu Veränderungen im inneren Gefüge. Ich begreife diese Herausforderung als Chance und will gerne zusammen mit meinem Referat mithelfen, in diesem Veränderungsprozess die Einsatzfähigkeit unserer Feuerweh-



v.l.n.r.: Abteilungsleiter Prof. Hermann Schröder, Landesbranddirektor Volker Velten, Staatssekretär Wilfried Klenk MdL und der Präsident des LFV Baden-Württemberg, Dr. Frank Knödler.

ren nachhaltig zu sichern."

Glückwünsche überbrachte auch der Präsident des Landesfeuerwehrverbandes, Stadtdirektor Dr. Frank Knödler. "Ich freue mich, mit Volker Velten einen langjährigen Weggefährten und guten Kollegen in dieser Funktion zu wissen. Volker Velten wird dieses Amt hervorragend ausüben und stets das Wohl der Feuerwehren im Mittelpunkt seines Handelns sehen. Ich beglückwünsche ihn im Namen der großen Feuerwehrfamilie zur Ernennung zum Landesbranddirektor."

Empfang der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz und ihrer Familienangehörigen

(ID) Mit einem jährlich stattfindenden Empfang für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer bedankt sich das Land bei den Menschen, die mit ihrem Engagement einen entscheidenden Beitrag dafür leisten, dass Baden-Württemberg in Sachen Sicherheit Spitzenreiter ist.

Am 8. September begrüßte der Stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl, an der Landesfeuerwehrschule in Bruchsal 400 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer mit ihren Familien. Dies hatte seinen Grund, denn neben dem Dank an die Helferinnen und Helfer sprach der Innenminister den Familien sein großes Dankeschön aus: "Das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfer verlangt auch ihren Familien einiges ab. Das ist nicht nur die Zeit, in der sie für die Sicherheit der Menschen im Land unterwegs sind. Einsätze im Bevölkerungsschutz sind weder planbar noch vorhersehbar. Wenn etwas passiert, wenn Menschen in Not sind, muss alles andere zurückstehen. Diese Flexibilität mitzutragen ist alles andere als eine Selbstverständlichkeit. Hinzu kommt, dass Einsätze oft schwierig sind: Die Helfer sind dabei selber Gefahren ausgesetzt und ihre Familienangehörigen bangen zuhause

mit – umso mehr gilt, dass dieser Einsatz für die Menschen im Land alles andere als selbstverständlich ist", unterstrich Minister Strobl.

Ihrer Einsatzbereitschaft sei es zu verdanken, dass das Land gut aufgestellt sei, etwa bei schweren Bränden, Unglücken oder Naturkatastrophen. Und weiter ergänzte der Innenminister: "Gemeinschaft heißt Mitmachen: Nur auf der Zuschauertribüne sitzen und zusehen reicht nicht! Die Gemeinschaft lebt davon, dass sich Menschen einbringen. Die rund 300.000 Menschen, die sich in Baden-Württemberg ehrenamtlich im Bevölkerungsschutz engagieren, tun genau das: Sie helfen, wo Hilfe benötigt wird. Sie hören zu, wo ein offenes Ohr gebraucht wird. Sie packen an, wo Hand angelegt werden muss."

Ein buntes Rahmenprogramm, organisiert von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesfeuerwehr-



Innenminister Thomas Strobl bei der Ansprache

schule sowie teilnehmenden Hilfsorganisationen, sorgte für eine gelungene Veranstaltung. Die Gäste aus den Reihen der im Bevölkerungsschutz tätigen Hilfsorganisationen, der Feuerwehren und des Technischen Hilfswerks erhielten damit einen wertvollen Einblick in die Arbeit der Landesfeuerwehrschule.

Quelle für die Bilder des Helferempfangs: Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration /Safranek



Der Helferempfang 2018 in Bildern









41 ehrenamtsfreundliche Arbeitgeber im Bevölkerungsschutz ausgezeichnet Innenminister Thomas Strobl: "Ich danke den Arbeitgebern, die das ehrenamtliche Engagement ihrer Mitarbeiter für den Bevölkerungsschutz voll und ganz unterstützen."

(ID) Als Zeichen der Wertschätzung und als Ausdruck der Anerkennung für die vielfältige Unterstützung des Bevölkerungsschutzes durch Arbeitgeber vergibt das Land Baden-Württemberg die Auszeichnung "Ehrenamtsfreundlicher Arbeitgeber im Bevölkerungsschutz".

Die Veranstaltung zur Auszeichnung der Arbeitgeber findet in diesem Jahr zum ersten Mal zweigeteilt statt. Anfang September erhielten 41 Arbeitgeber ihre Auszeichnung im Innenministerium in Stuttgart. Weitere Arbeitgeber aus den südbadischen und südwürttembergischen Landesteilen werden am 26. September im Landratsamt in Villingen-Schwenningen bei der zweiten Veranstaltung ausgezeichnet.

tätigen Ehrenamtlichen sind die tragende Säule des Bevölkerungsschutzes in Baden-Württemberg. Ohne die Unterstützung durch die Arbeitgeber wäre die Bewältigung von verheerenden Naturkatastrophen, Bränden, Verkehrsunfällen und großen Unglücksfällen unmöglich. Die Arbeitgeber gewährleisten, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Notfall ihre Arbeitsstelle verlassen und dann un-



Innenminister Thomas Strobl zeichnete 41 ehrenamtsfreundliche Arbeitgeber aus.

Der Stellvertretende Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl, zeichnet Arbeitgeber aus Baden-Württemberg aus, die ihre Mitarbeiter bei deren ehrenamtlicher Tätigkeit in besonderer Weise unterstützen. Dabei lobte der Innenminister das Engagement der Arbeitgeber ausdrücklich: "Ohne Ehrenamt ist kein Staat zu machen. Wir brauchen ehrenamtliches Engagement, genauso Arbeitgeber, die das Ehrenamt voll und ganz unterstützen. Damit wird ein tragfähiges Fundament unseres Landes gelegt. Außerdem gewährleisten die Arbeitgeber, dass im Notfall schnell Hilfe kommt."

Die bei der Feuerwehr, im Sanitätsdienst und im Katastrophenschutz verzüglich in den Einsatz gehen können. "Mit der Auszeichnung wollen wir diesen Arbeitgebern als Land unsere Anerkennung und Wertschätzung entgegenbringen", unterstrich Innenminister Thomas Strobl.

Ihren Dank und ihre Anerkennung brachten auch Dipl.-Ing. Kai Schweppe, Geschäftsführer Arbeitspolitik des Arbeitgeberverbands Südwestmetall, und Thomas Hanisch, Vorstand der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. Landesverband Baden-Württemberg, in ihren Grußworten zum Ausdruck.

Die Pressemitteilung zur Veranstaltung finden Sie im Internet unter: http://kurzelinks.de/vn3q.

Folgende Unternehmen wurden ausgezeichnet:

- ANDREAS MAIER GmbH & Co. KG, Fellbach
- Autohaus Betz, Oberstenfeld
- Bausch+Ströbel Maschinenfabrik Ilshofen GmbH+Co. KG, Ilshofen
- Bechstein Holzbau GmbH, Stuttgart
- Bihl+Wiedemann GmbH, Mannheim
- Boehringer Ingelheim Pharma GmbH & Co. KG, Biberach
- Carl Zeiss SMT GmbH, Oberkochen
- d&b audiotechnik GmbH, Backnang
- Daimler AG Mercedes-Benz Werk, Rastatt
- Dr. Ing. h.c. F. Porsche AG, Stuttgart
- Elektro-Raichle GmbH, Dettingen unter Teck
- Elektrotechnik Gaißer, Tübingen
- elumatec AG, Mühlacker
- Ensinger GmbH, Nufringen
- Erwin Halder KG, Achstetten
- EST Elektronische Schraub- und Steuerungstechnologie GmbH & Co. KG, Aalen
- Eugen Regele, Bopfingen
- GREINER GmbH, Pleidelsheim
- Hans-Peter Roos Speditionsdienstleistungen, Sinsheim
- HUBER Packaging Group GmbH, Öhringen
- iteratec GmbH, Stuttgart
- Katzmaier Nutzfahrzeug Service GmbH, Engstingen
- Knapp GmbH, Mühlacker
- Magirus GmbH, Ulm
- MAHLE Behr GmbH & Co. KG, Stuttgart
- MAHLER METALLBAU STAHL-, METALL-UND MASCHINENBAU, Kirchheim am Ries
- Märkte Stuttgart GmbH, Stuttgart
- Maschinenfabrik Gustav Eirich GmbH & Co. KG, Hardheim
- Mattson Thermal Products GmbH, Dornstadt
- NOLLER Motor- und Gartengeräte, Oberstenfeld
- Otto Beckert Feinmechanik und Vorrichtungsbau GmbH & Co. KG, Kirchentellinsfurt
- Schilpp Landtechnik, Oberstenfeld
- Schlosserei Meinrad Köhler, Hambrücken
- Schneider Form GmbH, Dettingen unter Teck
- Schubert Fertigungstechnik GmbH, Bartholomä
- Stadtwerke Mühlacker GmbH, Mühlacker
- Vollert Anlagenbau GmbH, Weinsberg
- WEBER-HYDRAULIK GMBH, Güglingen
- Wiedenmann GmbH, Rammingen
- Wilhelm Barth GmbH & Co. KG Feuerwehrtechnik, Fellbach
- Wöhr Tours GmbH, Weissach





Jugendfeuerwehr diskutiert Demokratie

Delegiertenversammlung der Jugendfeuerwehr Baden-Württemberg in Bad Mergentheim

(ID) Zur Delegiertenversammlung der Jugendfeuerwehr Baden-Württemberg trafen sich am 22. September Jugendwarte, Gruppenleiter und Jugendsprecher sowie Gäste aus der Kommunal - und Landespolitik in Bad Mergentheim. Mit von der Partie war auch der neu bestellte Landesbranddirektor für Baden-Württemberg, Ministerialrat Volker Velten, dessen Kommen große Beachtung fand.

Über 200 Jugendwarte, Gruppenleiter und Jugendsprecher waren der Einladung der Landesjugendleitung im Landesfeuerwehrverband e.V. (LFV) mit Thomas Häfele an der Spitze gefolgt, um im Kursaal in Bad Mergentheim ihre Jahresversammlung durchzuführen. Rund 50 Gäste aus der Kommunal- und Landespolitik sowie Kreisund Stadtfeuerwehrverbandsvorsitzende und Kreisbrandmeister verfolgten unter anderem eine hoch interessante Talkrunde zum Thema "Jugendbeteiligung bei Wahlen und in kommunalen Entscheidungsgremien".

Mit dabei war auch Ministerialrat Volker Velten, der neu bestellte Landesbranddirektor und Leiter des Referates Feuerwehr und Brandschutz im Innenministerium. Seine erste Dienstreise führte ihn zur Nachwuchsorganisation der Feuerwehren, was die Delegierten und Gäste bei der Begrüßung mit viel Applaus honorierten.

Einmal mehr konnte die Jugendfeuerwehr mit ihrer Außendarstellung überzeugen und ihren Stellenwert und ihr Ansehen in der Gesellschaft untermauern. Auf die Frage, was denn der neue Landesbranddirektor den Jugendlichen für die nahe Zukunft mitgeben kann, antwortete Volker Velten: "Mut und Hingabe, sich einzubringen, frei und ungezwungen aufzutreten, um so

zum Mitmachen zu animieren. Das bleibt der Grundstein für den Erhalt unseres ehrenamtlichen Feuerwehrdienstes".

Im nächsten Jahr findet der Landesjugendfeuerwehrtag in Herbolzheim statt. Es liegt an uns Erwachsenen mit unserem Besuch den Kindern und Jugendlichen in unseren Jugendfeuerwehren zu zeigen, dass wir sie und ihre Aktivitäten achten und schätzen und ihnen helfen, in unserer Gesellschaft mit ihren demokratischen Regeln und Werten anzukommen.

Also gleich den Termin notieren: 19. / 20. Juli 2019.



Teilnehmer der Talkrunde v. l. n. r.: Willi Donath, DJF – Fachgruppenleiter Politische Bildung; Landrat Reinhard Frank, Landkreis Main-Tauber; Bundesjugendsprecher Rudy Bernard Cruz; Moderator Benedikt Schinzel; Fachgebietsleiter Kommunikation JF-BW, Landesjugendsprecher Jannik Hohl; Vizepräsident LFV Stefan Herrmann; am Mikrofon LBD Volker Velten.

(im Hintergrund: die Landesjugendleitung mit Landesjugendleiter Thomas Häfele, zweiter von links)

Foto: Petra Velten



Seminar "Bewältigung von Terror- und Amoklagen – Strategien der Zusammenarbeit für Einsatzkräfte" an der Akademie für Gefahrenabwehr

(LFS) Die Terroranschläge in Paris und Berlin vor wenigen Jahren haben eines deutlich gezeigt: Der Terrorismus ist auch in Europa zur Realität geworden und eine besondere Auseinandersetzung mit der Thematik "lebensbedrohliche Einsatzlagen" im Bevölkerungsschutz notwendiger denn je.

Die Akademie für Gefahrenabwehr hat daher das Thema in einem Seminar aufgegriffen und die Kreisbrandmeister sowie Führungskräfte der Hilfsorganisationen und des THWs an die Landesfeuerwehrschule eingeladen.

Die 65 Teilnehmerinnen und Teilnehmer informierten sich über Strategien und Handlungsempfehlungen in lebensbedrohlichen Einsatzlagen und erhielten Einblicke in die Taktische Notfallmedizin.

Frank Hoedt von der Berliner Feuerwehr, der beim Terroranschlag am Breitscheidplatz in Berlin vor Ort war, berichtete von seinen Erfahrungen. "Kein Einsatzleiter kann die persönlichen Empfindungen und Reaktionen der Kollegen bei einem solchen Szenario im Vorfeld genau einschätzen und einplanen", so Hoedt.

Ein Vertreter des Spezialeinsatzkommandos (SEK) der Polizei des Landes Baden-Württemberg gab einen Einblick in die Arbeit des Fachbereichs Einsatzmedizin des SEK. Er betonte, dass das SEK in der Lage sei, die Erstversorgung der zu erwartenden, typischen Verletzungen vor Ort im Gefahrenbereich zu gewährleisten. Denn es müsse damit gerechnet werden, dass Opfern aufgrund der anhaltenden Gefahrenlage über einen längeren Zeitraum keine Hilfe der zivilen Rettungsdienste ermöglicht werden könne.

Wie wichtig daher eine koordinierte Zusammenarbeit der Einsatzkräfte vor Ort ist, betonten Christoph Slaby, Leiter des Fachbereichs Einsatztaktik und Bauwesen an der Landesfeuerwehrschule, und Jürgen Renz von der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg. Beide machten deutlich, dass sich die verschiedenen Kräfte der nichtpolizeilichen und polizeilichen Gefahrenabwehr in lebensbedrohlichen Einsatzlagen kontinuierlich untereinander abstimmen sollten. Kennnisse über die

Struktur und Arbeitsweise nicht nur der eigenen, sondern auch der anderen Organisationen seien für einen gelingenden Einsatz unabdingbar.

Dr. Jörg Schmidt, Leiter des Arbeitskreises Rettungsdienst der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Deutschland (AGBF Bund), stellte in seinem Vortrag Empfehlungen für Einsatzkräfte bei Bedrohungsund großen Polizeilagen vor.

Auf Grund der Nachfrage plant die Akademie für Gefahrenabwehr die Veranstaltung erneut anzubieten. Der Termin wird auf der Homepage der Landesfeuerwehrschule bekanntgegeben.

Umfassende Informationen zu kommenden Veranstaltungen, Seminaren und Ansprechpartnern der Landesfeuerwehrschule und der Akademie für Gefahrenabwehr finden Sie unter: http://kurzelinks.de/fubz.



(v.l.n.r.): Thomas Fink, Leiter der Akademie für Gefahrenabwehr, Christoph Slaby, Leiter des Fachbereichs Einsatztaktik und Bauwesen an der LFS, Jürgen Renz, Hochschule für Polizei Baden-Württemberg, Dr. Jörg Schmidt, Leiter des Arbeitskreises Rettungsdienst der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in Deutschland (AGBF Bund),
Frank Hoedt, Stab Rettungsdienst, Berliner Feuerwehr. Bild: LFS





Fortsetzung der Schriftenreihe Regelungen zum Betriebshandbuch Drei weitere Beiträge veröffentlicht

(ID) Mit der Veröffentlichung von drei weiteren Beiträgen zur Ausstattung der Feuerwehren, des Katastrophenschutzes und der Ausstattung mit ortsfesten Funkanlagen setzen wir die Schriftenreihe "Regelungen zum Betriebshandbuch" des Digitalfunks BOS, wie im INFODIENST 8/2018 angekündigt, fort.

Im Teil "Ausstattung der Feuerwehren" wird die mögliche Anzahl und Art von Digitalfunk-Endgeräten, die für Einsatzmittel und ortsfeste Führungseinrichtungen der Feuerwehren im Zuge der Umstellung vorgesehen sind, beschrieben

Im Beitrag "Ausstattung Katastrophenschutz" sind die möglichen Digitalfunk-Ausstattungen für den Katastrophenschutz dargestellt und zusammengefasst

Für die Ausstattung mit ortsfesten Funkanlagen gelten im Digitalfunk BOS besondere Vorgaben zum Verfahrensablauf. Diese sind im Beitrag "Ortsfeste Funkanlagen – Technische Hinweise und Anmeldeverfahren" beschrieben.

Diese aktuellen Beiträge werden ebenso wie die bereits veröffentlichten Schriften in den nutzerspezifischen Teil des Betriebshandbuchs Digitalfunk Baden-Württemberg aufgenommen und sind bei der Teilnahme am Digitalfunk BOS verbindlich zu beachten.

Wie die beiden vorangegangenen Beiträge "Zusammenfassende Grundla-

gen zur Einführung des Digitalfunks BOS" und "Beantragung von BOS-Sicherheitskarten bei Feuerwehr und Katastrophenschutz" können die drei neuen Beiträge unter folgendem Link auf den Seiten der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg heruntergeladen werden:

https://www.lfs-bw.de/ Fachthemen/Digitalfunk-Funk/ Seiten/Digitalfunk.aspx.



NINA kann Leben retten. Werben Sie dafür, damit NINA noch bekannter wird. Nähere Informationen unter: https://im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/warnung-der-bevoelkerung/



Acht neue Gerätewagen-Transport für den Katastrophenschutz (GW-T KatS)

(ID) Um die Einsatzeinheiten des Fachdienstes Sanität und Betreuung weiter zu stärken, hat das Land Baden-Württemberg neue Gerätewagen-Transport vor allem für den Betreuungsdienst in Auftrag gegeben.

Mitte September 2018 wurden acht dieser Fahrzeuge ausgeliefert. Die neuen GW-T KatS sollen sukzessive die bisherigen Betreuungs-Lastkraftwagen ersetzen. Im Gegensatz zu den bisherigen Fahrzeugen haben die neuen GW-T KatS eine deutlich höhere Nutzlast und verfügen über einen festen Kofferaufbau mit Ladebordwand sowie über ein automatisiertes Schaltgetriebe.



v.l.: Herr Roth (Referat 64, Innenministerium), Frau Spinner (Referat 16, RP Freiburg) bei der Übergabe durch Herrn Junghanns.





Nummer 11 Jahrgang 2018 30. Oktober 2018

VOSTbw offiziell gestartet Digitale Einsatztruppe für den Bevölkerungsschutz

(ID) Thomas Strobl, Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, hat den Mitgliedern des Virtual Operations Support Teams Baden-Württemberg am 28. September die Benennungsschreiben überreicht. Damit ist das VOSTbw offiziell an den Start gegangen.

VOSTbw umfasst 40 Mitglieder aus Feuerwehren und den im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Organisationen. Bei bevölkerungsschutzrelevanten Lagen beobachten sie die Sozialen Medien, werten entsprechende Informationen aus und stellen sie dem jeweiligen Stab zur Verfügung. Am 28. September fiel der offizielle Startschuss: Bei einer Veranstaltung im Innenministerium in Stuttgart überreichte Innenminister Thomas Strobl den Mitgliedern des VOSTbw ihre Benennungsschreiben.

Minister Strobl betonte, wie wichtig die Sozialen Medien für den Bevölkerungsschutz sind. Sie ermöglichten einerseits den schnellen Austausch von Informationen, andererseits könne die Daten- und Informationsflut eine Organisation auch schnell überfordern.

"Um dieser Informationsflut Herr zu werden und sie sinnvoll zu nutzen, müssen wir unsere Arbeitsprozesse anpassen. Zentrale Bedeutung hat dabei unsere digitale Einsatztruppe, das VOSTbw", sagte Strobl. Gerade in Zeiten von Fake News sei diese Arbeit besonders verantwortungsvoll und wichtig, denn für eine erfolgreiche Lagebewältigung seien die Stäbe darauf angewiesen, nicht nur schnell, sondern auch zuverlässig auf Informationen zurückgreifen und umgekehrt falsche Informationen in den Medien sofort korrigieren zu können. "Und genau weil das im digitalen Zeitalter so wichtig ist, haben wir als erstes Bundesland ein eigenes VOST für Baden-Württemberg aufgebaut", so der Innenminister.

Das VOSTbw wird sich an der diesjährigen länderübergreifenden Krisenmanagement-Übung LÜKEX 2018 beteiligen.



Innenminister Thomas Strobl präsentiert das VOSTbw-Logo



Das VOSTbw beobachtet bei landesweit relevanten und großflächigen Einsatzgeschehen die Sozialen Medien und betreibt Internet-Recherchen. Das Team wertet die entsprechenden Informationen

aus, bereitet sie auf und stellt sie zum Beispiel als georeferenzierte Informationen zur Verfügung. Das VOSTbw trägt so zur Erstellung eines umfassenden Lagebildes bei. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf

- dem Gewinnen klassischer lagerelevanter Informationen,
- dem Sammeln von Erkenntnissen über die Stimmung in der Bevölkerung und zur Resonanz auf getroffene Entscheidungen sowie
 - dem Erkennen möglicher Falschinformationen (Fake News).

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 — Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.



Innenminister Thomas Strobl mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung.



Minister Thomas Strobl zeichnet ehrenamtsfreundliche Arbeitgeber im Bevölkerungsschutz aus

(ID) Innenminister Thomas Strobl hat 23 ehrenamtsfreundliche Arbeitgeber in Villingen-Schwenningen ausgezeichnet. Er dankte in seiner Rede allen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, die ihren Mitarbeitern den ehrenamtlichen Einsatz während der Arbeitszeit möglich machen.

Der Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration, Thomas Strobl, hat weitere 23 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber ausgezeichnet, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern den ehrenamtlichen Einsatz während der Arbeitszeit ermöglichen. Die zweite Feierstunde - für die Preisträger aus Südbaden und Südwürttemberg - fand Ende September in Villingen-Schwenningen statt.

Bereits Anfang September hatten 41 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber die Auszeichnung in Stuttgart erhalten (s. hierzu Infodienst Ausgabe 10/2018).

"Das Ehrenamt braucht Unterstützung. Wer seine Freizeit für andere Menschen opfert, wer sogar bereit ist, sich für andere in Gefahr zu begeben, braucht ein Umfeld, das ein solches Engagement unterstützt. Wichtig ist dabei die Unterstützung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Sie ermöglichen es Menschen, die sich freiwillig im Bevölkerungsschutz engagieren, dieses wichtige und unbezahlbare Ehrenamt ausüben zu können", sagte der Minister in Villingen-Schwenningen. Mit der Auszeichnung wolle man diesen Arbeitgebern als Land die Anerkennung und Wertschätzung entgegenbringen, denn ohne diese Unterstützung durch die Arbeitgeber sei die Bewältigung von verheerenden Naturkatastrophen, Bränden, Verkehrsunfällen und großen Unglücksfällen unmöglich. "Ein Unfall hält sich nicht an Schichtpläne und Brände brechen nicht nur nach Feierabend aus. Das heißt für Arbeitgeber: Sie müssen improvisieren, wenn ein Mitarbeiter während der Arbeitszeit alarmiert wird, um Menschen in Not zu helfen. Deshalb danke ich allen Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, die ihren Mitarbeitern den ehrenamtlichen Einsatz während der Arbeitszeit möglich machen. Das ist eine sehr wichtige Form der Unterstützung!", sagte der Innenminister.

Sven Hinterseh, Landrat des Schwarzwald-Baar-Kreises, und der Geschäftsführer der Bezirksgruppe Schwarzwald-Hegau des Verbandes der Metall- und Elektroindustrie Baden-Württemberg e. V. (Südwestmetall), Ralph Wurster, stellten das Engagement der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie die hohe soziale Kompetenz der ehrenamtsfreundlichen Arbeitgeber in den Mittelpunkt ihrer Grußworte. Dieses Engagement könne nicht genug gewürdigt werden.

Folgende Unternehmen wurden ausgezeichnet:

- Aesculap AG, 78532 Tuttlingen
- ALW A GmbH & Co. KG, 78652 Deißlingen
- B+K Bregler & Klöckler GmbH Baumaschinen, 88339 Bad W aldsee
- BERNHARDT HOLZBAU GmbH, 88250
 Weingarten
- Ernst Pfeffer GmbH, 72184 Eutingen im Gäu
- F.E.R. fischer Edelstahlrohre GmbH, 77855 Achern
- Fischer GmbH & Co. KG, 74889 Sinsheim
- Herbert Waldmann GmbH & Co. KG, 78056 Villingen-Schwenningen
- Homag Group AG, 72296 Schopfloch
- ifm electronic gmbh, 88069 Tettnang
- KARL STORZ SE & Co. KG, 78532 Tuttlingen
- Kieferle Präzisionsteile Biegetechnik e.K., 72184 Eutingen im Gäu
- Marquart Blechnerei und Sanitärinstallationen, 79295 Sulzburg
- Metzgergenossenschaft Ravensburg eG, 88212 Ravensburg
- MPS-Medizinische Planungssysteme GmbH, 79098 Freiburg i. Br.
- PRINOTH GmbH, 88634 Herdwangen-Schönach
- RAUCH Verbindungselemente GmbH, 72355 Schömberg
- Real GmbH, 88339 Bad W aldsee
- SCHMIDT Hoch- und Tiefbau GmbH, 79872 Bernau
- Technische Werke Schussental GmbH & Co. KG, 88212 Ravensburg
- Vinzentiushaus Offenburg GmbH, 77652 Offenburg
- wurm sicher gut bauen, 88214 Ravensburg
- ZG Raiffeisen eG ZG Raiffeisen Agrar-Niederlassung Pfullendorf, 76137 Pfullendorf



Innenminister Thomas Strobl (Bildmitte) mit den Preisträgern und Gästen der Veranstaltung.



Einsatz von Sichtschutzsystemen auf Autobahnen in Baden-Württemberg

(ID) Gaffer stören und behindern Rettungskräfte und werden nicht selten zum Sicherheitsrisiko an der Einsatzstelle. In Baden-Württemberg sollen nun Sichtschutzwände die Schaulustigen abhalten.

Statt all ihre Kraft auf die Rettung der Opfer konzentrieren zu können, müssen sich Rettungskräfte an Einsatzstellen immer wieder mit Schaulustigen auseinandersetzen, die das Geschehen filmen und die Arbeit behindern. Nicht selten kommt es bei Unfallereignissen oder Schadenlagen zu Staus und Behinderungen, weil die Schaulustigen fotografieren oder filmen. Häufig werden Rettungskräfte beleidigt, wenn diese die Gaffer von der Einsatzstelle wegschicken.

Als ein effektives Gegenmittel haben sich in den vergangenen Jahren mobile Schutzwände erwiesen, deren Beschaffung jetzt das Ministerium für Verkehr veranlasst hat. Entsprechende Systeme werden bei den Autobahnmeistereien Herrenberg, Karlsruhe, Kirchheim, Ludwigsburg, Mannheim, Öhringen, Ulm/Dornstadt und Walldorf sowie am Standort der VIA6 West Service GmbH & Co. KG bereitgehalten. Die Autobahnmeistereien sind mit je 100 m Sichtschutzsystemen ausgestattet worden. Der Transport der Sichtschutzsysteme erfolgt durch die Autobahnmeisterei an die Einsatzstel-

In der Regel entscheidet die Polizei vor Ort, ob an der Unfallstelle Sichtschutzwände benötigt werden. Ob sich der Aufbau lohnt, muss im Einzelfall abgewogen werden. Eine mögliche Anforderung wird zeitnah durch die polizeilichen Erstkräfte vor Ort geprüft. Die Systeme sollen dann zum Einsatz kommen, wenn die Einsatzdauer im vernünftigen Verhältnis zur Transport, Auf- und Abbauzeit steht (z. B. > zwei

Std.)

Die Sichtschutzwände werden zudem von den Einsatzkräften vor Ort als Sicherheitsgewinn wahrgenommen, da durch die Abschirmung von Ablenkungen und Belästigungen ruhiger und zügiger gearbeitet werden könne.

Einführungsschreiben und Handlungshilfe sind unter folgendem Link in der Rubrik Straßenverkehr auf der Homepage der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg eingestellt:

https://www.lfs-bw.de/Fachthemen/ RechtOrganisation/Seiten/ richtlinienhinweise.aspx.



Bilder und Grafik mit freundlicher Genehmigung der Herstellerfirma Wagner/ Obernzenn.









"Gaffen ist kein Kavaliersdelikt!"

Die Vorschrift zur Stärkung des Schutzes von Vollstreckungsbeamten und Rettungskräften ist am 30.5.2017 in Kraft getreten.

Im Abschnitt "Gemeingefährliche Straftaten" des Strafgesetzbuches lautet die einschlägige Rechtsvorschrift wie folgt:

§ 323c

Unterlassene Hilfeleistung; Behinderung von hilfeleistenden Personen

- (1) Wer bei Unglücksfällen oder gemeiner Gefahr oder Not nicht Hilfe leistet, obwohl dies erforderlich und ihm den Umständen nach zuzumuten, insbesondere ohne erhebliche eigene Gefahr und ohne Verletzung anderer wichtiger Pflichten möglich ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Ebenso wird bestraft, wer in diesen Situationen eine Person behindert, die einem Dritten Hilfe leistet oder leisten will.





Akademie für Gefahrenabwehr veranstaltet Seminar zum Thema "Sicherheit auf Einsatzfahrten"

(LFS) Bei Bränden, Verkehrsunfällen oder anderen Schadenereignissen zählt oft jede Minute und die Feuerwehr muss nach Alarmierung so schnell wie möglich am Ort des Geschehens sein. Solche Einsatzfahrten sind riskant. Was kann man tun, um das Unfallrisiko zu verringern? Welche präventiven Maßnahmen und Strategien für Einsatzkräfte gibt es und welche Möglichkeiten bieten Fahrtrainings? Mit diesen und weiteren Fragen hat sich die Akademie für Gefahrenabwehr in einem Seminar zum Thema "Sicherheit auf Einsatzfahrten" beschäftigt

Bei den unterschiedlichsten Einsätzen müssen die Helfer nicht nur schnell zum Ziel kommen, sondern sich mit "Sonderrechten" den Weg durch den oftmals dichten Verkehr bahnen. Dabei kann es passieren, dass Einsatzfahrzeuge selbst in Verkehrsunfälle verwickelt werden, mit Sach- oder gar Personenschäden als Folge. Stress, Unachtsamkeit oder Überschätzung der eigenen Fähigkeiten, aber auch Fehlverhalten von anderen Verkehrsteilnehmern sind nur einige Faktoren, die dazu beitragen können, dass solche Unfälle auf Einsatzfahrten passieren. Rund 70 Führungskräfte aus den baden-württembergischen Feuerwehren informierten sich bei dem Seminar über Möglichkeiten der Unfallprävention und Sicherheitsaspekte in der Ausbildung und Fahrzeugbeschaffung.

"Wenn's kracht, ist es zu spät – Einsatzfahrten beinhalten ein großes Risiko. Der Fahrer oder die Fahrerin trägt eine immense Verantwortung für die Sicherheit bei der Einsatzfahrt. Ihn zu sensibilisieren, regelmäßig aus- und fortzubilden sind die zentralen Heraus-

forderungen, um die sich die Feuerwehr bzw. die Gemeinden kümmern müssen", betonte Frank Obergöker von der Unfallkasse Baden-Württemberg (UKBW).

Worauf es bei sicheren Einsatzfahrten ankommt, erläuterte Roland Neininger, stellvertretender Stadtbrandmeister der Feuerwehr Freiburg und im Hauptberuf Polizeikommissar. Er machte deutlich, dass dabei auch die Gewährleistung der eigenen Sicherheit besonders wichtig sei. "Es gilt: Sicherheit vor Schnelligkeit, ankommen nicht umkommen", so Neininger.

"Die beste Sicherheitseinrichtung nutzt nichts, wenn sie nicht verwendet wird. Das gilt besonders für Sicherheitsgurte, die nach wie vor in Feuerwehrfahrzeugen viel zu oft nicht angelegt werden", betonte LFS-Ausbilder Daniel Ruopp.

Fahrschulinhaber Jörg Hartmann erläuterte in seinem Vortrag die Möglichkeiten von Fahrschulen für die Fahrsicherheit. "Eine hundertprozentige Sicherheit gibt es nicht, aber man kann viel dafür tun. Übung und regelmäßi-



Ein Seminarteilnehmer im Fahrsimulator.

ges Training sind dabei wichtige Bausteine", so Hartmann.

Nach Ende des Seminars erhielten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit auf dem Gelände Landesfeuerwehrschule ein Simulationstraining mit einem LKW-Fahrsimulator der zu absolvieren.

Im Infodienst haben wir bereits in Ausgabe 13/2017 und in den Ausgaben 1/2018 und 8/2018 zu den Themen Unfälle bei Einsatzfahrten sowie Fahrerschulung und -training berichtet. Die Ausgaben finden Sie auf der Internetseite des Innenministeriums unter: https://im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/krisenmanagement-und-kommunikation/infodienst/.

Niedrigwasser und gesunkene Grundwasserspiegel beschäftigen auch die Abteilung "Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement"

(ID) Die langanhaltende Trockenheit führt aufgrund des Niedrigwassers im Rhein in den letzten Tagen zu Lieferengpässen auf dem Wasserweg. Dies wirkt sich aktuell auf die Verfügbarkeit bei Mineralölprodukten aus und könnte sich in den nächsten Tagen auch bei Kohlelieferungen auswirken. Aufgrund des gesunken Grundwasserspiegels muss in Einzelfällen auch mit Trinkwasserknappheit gerechnet werden. Mit einer Entspannung ist aufgrund gering prognostizierter Niederschläge in den nächsten Tagen nicht zu rechnen.

Die Abteilung 6 "Krisenmanagement und Bevölkerungsschutz" beobachtet die Entwicklung und steht in engem Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen in dem für die Energiefragen zuständigen Umweltministerium. Auch das neu eingerichtete VOSTbw beobachtet auf Anforderung durch die Abteilung 6 mit einigen seiner Mitglieder die Social-Media-Welt auf entsprechende Hinweise beziehungsweise auf auftretende Auswirkungen.

Aufgrund der schwierigen Versorgungslage bei Treibstoffen in Teilen des Bundesgebietes hat das Bundeswirtschaftsministerium durch Verordnung vom 24.10.2018 (Veröffentlichung im Bundesanzeiger und Inkrafttreten der VO am 25.10.2018) eine Teilfreigabe der nach dem Erdölbevorratungsgesetz eingelagerten Mi-

neralölprodukte verfügt. Freigegeben werden 84.000 Tonnen Benzin, 180.000 Tonnen Diesel und 67.000 Tonnen Flugbenzin. Damit kann davon ausgegangen werden, dass die Treibstoffversorgung zunächst gesichert ist.

Die aktuelle Lage zeigt wieder einmal, dass es selbstverständlich sein muss, bei allen Einheiten des Bevölkerungsschutzes die Treibstoffbehälter von Fahrzeugen, Aggregaten, Reservebehälter usw. stets gefüllt zu haben.

Die "Vierte Verordnung über die Freigabe von Vorräten des Erdölbevorratungsverbandes" finden Sie im Internet über die Suche auf der Website des Bundesanzeigers unter: www.bundesanzeiger.de/, (als Suchbereich bitte "Amtlicher Teil" auswählen).



Zweite Trinationale Konferenz zur Zivilmilitärischen Zusammenarbeit

(ID) Ganz im Zeichen des Schutzes Kritischer Infrastrukturen stand die Zweite Trinationale Konferenz zur Zivilmilitärischen Zusammenarbeit, die in diesem Jahr vom 8. bis 10. Oktober 2018 von der Schweiz in St. Gallen und Zürich ausgerichtet wurde.

Nach der Begrüßung durch den Kommandeur der Territorialdivision 4 der Schweizer Armee. Divisionär Willy Brülisauer, boten mehrere Workshops unter anderem zu Aspekten der Wasserversorgung, Cyberangriffen und dem Schutz logistischer Netzwerke Gelegenheit zu einem intensiven Austausch militärischer und ziviler Expertinnen und Experten aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein. Es bestand Einigkeit, das durch die Konferenzen in Hamburg (vgl. ID 21/2017) und St. Gallen entstandene Netzwerk weiter auszubauen und zu festigen, um insbesondere die grenzüberschreitende Zivilmilitärische Zusammenarbeit als subsidiäre Unterstützungsmöglichkeit im Katastrophenfall in die jeweiligen nationalen Überlegungen und Planungen mit einzubeziehen.

Abgerundet wurde die Konferenz durch eine eindrückliche Präsentation der Fähigkeiten des Schweizer Zivilschutzes am Truppenübungsplatz Bernhardzell mit anschließendem Ausklang im benachbarten Ostschweizer Feuerwehr-Ausbildungszentrum sowie

am Abschlusstag mit einer Besichtigung der Sicherheitseinrichtungen des Flughafens Zürich unter dem Blickwinkel des Schutzes Kritischer Infrastrukturen.

Baden-Württemberg war durch das Landeskommando, den Landesverband des Technischen Hilfswerks und die im Bevölkerungsschutz mitwirkenden Organisationen sehr gut vertreten.



(V.I.n.r.) Oberst Dieter Bonnert, stv. Kommandeur des Landeskommandos, Vizeprasident Heinz-Jurgen Inone von der DLRG Baden, Katastrophenschutzreferent Christoph Klausmann vom Malteser Hilfsdienst, Jens-Olaf Sandmann und Carmen Egle vom THW-Landesverband, Leiter der Abteilung Rotkreuzdienste beim DRK-Landesverband Baden-Württemberg Michael Uibel, Oberstleutnant Frank Peter Thomas vom Landeskommando, Mathias Kern vom Regierungspräsidium Freiburg und Referatsleiter Stefan Gläser aus dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration.

Keine Nutzung von Fahrzeugen des Rettungsdienstes für Hausnotrufdienstleistungen

(ID) Das Innenministerium hat darauf hingewiesen, dass Einsatzfahrzeuge des Rettungsdienstes nicht im Rahmen von Hausnotrufdienstleistungen eingesetzt werden dürfen.

Im Rahmen einer Erhebung zu den Strukturen im Hausnotruf wurde festgestellt, dass durch die Integrierten Leitstellen (ILS) teilweise Fahrzeuge des Rettungsdienstes für Hausnotrufdienstleistungen eingesetzt werden.

Hierzu hat das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Folgendes klargestellt und alle Leistungsträger im Rettungsdienst informiert:

Die Fahrzeuge des Rettungsdienstes, also der Notfallrettung und des Krankentransports, sind Einsatzfahrzeuge zur Sicherstellung der Aufgaben des Rettungsdienstes nach dem Rettungsdienstgesetz. Diese sind hierfür besonders eingerichtet und nach dem Fahrzeugschein als Krankenkraftwagen anerkannt. Namentlich sind dies Rettungswagen (RTW), Notarztwagen

(NAW), Notarzteinsatzfahrzeug (NEF), Intensivtransportwagen (ITW) sowie Krankentransportwagen (KTW). Einsatzfahrzeuge des Rettungsdienstes dürfen auch nicht zu Unterstützungleistungen wie Aufrichtungs- und Tragehilfe, Abklärungen und Schlüsselzuführungen im Rahmen von Hausnotrufdienstleistungen hinzugezogen werden.



Bild: Pixabay



Als Zeichen des Dankes und der Anerkennung des Dienstes am Nächsten hat das Land Baden-Württemberg das Feuerwehr-Ehrenzeichen gestiftet. Neben der Beschreibung des Abzeichens und dessen Trageweise finden Sie Hinweise zu den Stufen des Ehrenzeichens, zum Vorschlagsrecht und im Weiteren die Verwaltungsvorschrift zur Verleihung auf der Internetseite des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration unter folgendem Link: http://kurzelinks.de/3fvw.

Die Ausführungsbestimmungen und die Beschreibung des Bevölkerungsschutz-Ehrenzeichens finden Sie ebenfalls im Internetauftritt des Innenministeriums unter folgender Adresse: http://kurzelinks.de/8rde.



MoWaS-Nutzertagung beim Innenministerium

(ID) Die Warnung der Bevölkerung in Gefahrenlagen ist ein wichtiges Element der Gefahrenabwehr. Gerade in Zeiten von Social Media kommt einer zeitnahen und zielgerichteten Warnung und Information der Bevölkerung eine besondere Bedeutung zu. Wir brauchen ein System, auf das sich die Menschen verlassen können und dem sie vertrauen. Dies gelingt nur, wenn im täglichen Handeln auf korrekte und wahrhafte Meldungen geachtet wird. Unter diesem Blickwinkel muss bei jeder Meldung größte Sorgfalt an den Tag gelegt werden. Dies gilt auch und gerade für MoWaS-Meldungen.

Seit über zwei Jahren wird in Baden-Württemberg MoWaS zur Warnung der Bevölkerung genutzt. In dieser Zeit wurden insgesamt 115 Meldungen mit jährlich steigender Tendenz über Mo-WaS abgesetzt (siehe Abbildung, Stand 25. Oktober 2018).

Die intensive und zunehmende Nutzung unterstreicht den Bedarf vor Ort, die Bevölkerung in Gefahrensituationen schnell und sachkundig zu warnen. Die MoWaS-Nutzer haben sich am 10. Oktober 2018 auf Einladung des Krisenmanagementreferats im Innenministerium getroffen, um ihre Erfahrungen auszutauschen und zu identifizieren, wie das System und die Abläufe noch weiter optimiert werden können.

Alexander Feldmann von der Firma Mecom, dem technischen Dienstleister für MoWaS, berichtete über die im Jahr 2019 anstehenden Entwicklungen.

Wesentliche Neuerungen der Version 2.0 werden sein:

Benutzerfreundliche und intuitive Ausgestaltung der Benutzeroberfläche der Vollstationen analog zu den webbasierten Eingabestationen MoWaS vS/E,



Die Teilnehmer an der MoWaS-Nutzertagung.

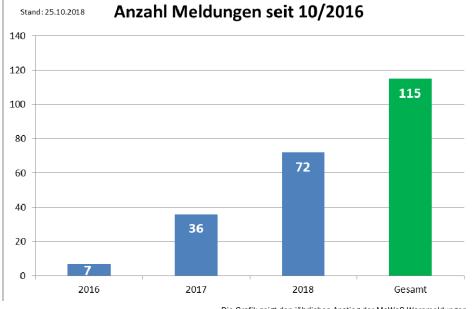
- Implementierung einer modernen Benutzerverwaltung mit Rollen- und Rechtekonzept,
- Variable Kartennutzung mit Overlays, Einbindung von Fremdkarten und Multipolygonen und
- Verbesserte Schulungs- und Übungsmöglichkeiten.
- Nathalie Schopp vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe erläuterte, wie die Menschen auf Warnungen reagieren. Daraus wurden Hinweise abgeleitet, die zur Erstellung von Warnmeldungen vor Ort genutzt werden können.

Im Anschluss an die Vorträge haben die Teilnehmer in Workshops wertvolle Anregungen aus der Praxis für die Weiterentwicklung des Systems gegeben. Themengebiete der Workshops waren:

- Technische Herausforderungen,
- Erstellen von Warnmeldungen,
- Auswahl von Warnstufe / Empfänger und Aktualisierung / Entwarnung und
- Meldewege und Anbindung nachgeordneter Stellen.

Unter anderem wurden folgende Optimierungspotenziale identifiziert:

- Schaffung eines Funktionszugangs für jede Leitstelle mit nur Leserechten.
- Herstellung eines besseren Bezugs zur ursprünglichen Warnung bei Aktualisierungen und Entwarnungen,



Die Grafik zeigt den jährlichen Anstieg der MoWaS-Warnmeldungen .



- Einheitliche Vorgehensweise bei Gefahrenbereichen, die den eigenen Zuständigkeitsbereich (zum Beispiel den Landkreis) überschreiten.
- Bessere Abstimmung mit den Nachbarstaaten bei grenzüberschreitenden Ereignissen,
- Steigerung der Bekanntheit von MoWaS durch zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit,
- Erarbeitung eines Handlungsleitfadens für die Erstellung der Warnmeldungen und
- Bereitstellung von Textbausteinen und Formulierungshilfen für die häufigsten Warnanlässe.

Die Ergebnisse werden nun durch das Innenministerium aufbereitet und fließen in die weitere Arbeit und die Weiterentwicklung des Systems ein.



Nathalie Schopp (BBK) und Michael Willms (IM, Referatsleiter Krisenmanagement) diskutieren in einem Workshop mit den Teilnehmern.

Astrid Rumler leitet das Referat Rettungsdienst

(ID) Die Stelle der Leiterin des Referates Rettungsdienst im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration ist seit August wieder besetzt. Ministerialrätin Astrid Rumler hat die Nachfolge von Kathleen Adler, die nach Berlin wechselte, angetreten.

Mit dem Wechsel von Ministerialrätin Kathleen Adler im Juni nach Berlin, (s. Infodienst Ausgabe 8/2018) war die Stelle der Referatsleitung des Retungsdienstreferates beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration neu zu besetzen. Ein praktisch nahtloser Übergang gelang. Staatssekretär Julian Würtenberger hat im August die bisherige Stellvertreterin, Ministerialrätin Astrid Rumler, zur Leiterin des Referates Rettungsdienst in der Abteilung Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement im Innenministerium bestellt.

Astrid Rumler trat 1998 in den höheren Polizeivollzugsdienst des Landes Berlin ein. Bis 2008 leitete sie unter anderem einen Polizeiabschnitt und war später als stellvertretende Leiterin des Stabsbereiches Recht beim Polizeipräsidenten von Berlin. Danach wechselte sie nach Baden-Württemberg und war bis Ende 2016 als Referentin im Bereich Polizeirecht im Innenministerium tätig. Im Dezember 2016 übernahm Astrid Rumler die Stellvertretung der Referatsleitung des Rettungsdienstreferates.

Auf die Frage, worauf sie denn in ihrer neuen Funktion besonderen Wert lege, antwortete Astrid Rumler: "Es ist meinem Team und mir wirklich ein Anliegen, sowohl für die hilfebedürftigen Notfallpatienten als auch für die im Rettungsdienst Tätigen, einen gut funktionierenden Rettungsdienst im Land mit zu gestalten."

Die Stellvertretung der Referatsleitung hat indes Regierungsdirektorin Anja Dobler übernommen.

Auch Abteilungsleiter Prof. Hermann

Schröder zeigte sich erfreut ob der schnellen Stellenbesetzung: "Mit Astrid Rumler und Anja Dobler haben wir zwei fachkundige und anerkannte Führungskräfte für das Rettungsdienstreferat gewonnen. Beide haben in ihrem bisherigen Aufgabengebiet bereits äußerst kompetent und sachkundig wertvolle Arbeit geleistet. In ihren neuen Funktionen wünschen wir beiden viel Erfolg."



Astrid Rumler (Bildmitte) mit ihrem Team des Rettungsdienstreferates.(v.l.n.r.): Anja Dobler, Lena Schumacher, Dr. Thomas Schell, Jens Göhler und Christina Stumpp.



Image- und Werbekampagne der Feuerwehr Standardisierte Vorlagen für Flyer und editierbare Plakate, Fahnen oder Banner stehen zum Download bereit

(ID) Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Baden-Württemberg hat für die Feuerwehren attraktiv gestaltete Vorlagen für eine Image- bzw. Werbekampagne erarbeitet. Die Ergebnisse hierzu stehen nun den Feuerwehren auf den Internetseiten unseres Landesfeuerwehrverbandes und unserer Landesfeuerwehrschule zum Download bereit.

Staatssekretär Wilfried Klenk MdL hat die Flyer und Plakate bei der Verbandsund Vereinsversammlung 2018 des Landesfeuerwehrverbandes Baden-Württemberg am 20. Oktober in Tuttlingen offiziell vorgestellt. Er hat damit den Wunsch verbunden, dass die Werbelinie überall im Land ihre Verbreitung finden wird. Mit ihr werde nicht nur um neue Feuerwehrwehrangehörige geworben, sondern sie diene auch dazu, die Bedeutung und den Wert unserer Feuerwehren jedem Bürger eindrucksvoll vor Augen zu führen.

Die standardisierten Vorlagen für Flyer und editierbare Plakate, Fahnen oder Banner kann jede Feuerwehr individuell beschriften und somit für unterschiedlichste Zwecke nutzen. So können beispielsweise die Flyer künftig mit dem Gemeindewappen sowie dem Grußwort mit Portrait des Bürgermeisters versehen werden und in den Rathäusern bereit liegen.

Auch die Überreichung der Flyer an Neubürger ist nicht nur Werbung für unsere Feuerwehren, sondern symbolisiert auch als herzliche Geste, dass die neu Zugezogenen sich an ihrem künftigen Wohnort wohlfühlen dürfen. Die Liste der Möglichkeiten ist vielfältig.

Besonders erwähnenswert und sympathisch sind die Models auf den Flyern und den Plakaten. Professionell und ausdrucksstark blicken sie in die Kamera. Und das Schönste daran: alle sind Angehörige baden-württembergischer Feuerwehren.

Einige der Leserinnen und Leser werden sich noch an den letztjährigen Tag der offenen Tür an der Landesfeuerwehrschule erinnern. Dort bot unsere LFS die Möglichkeit, an einem Foto-Casting teilzunehmen, das auf großes Interesse gestoßen war. Die ausdrucksvollsten "Gesichter" dieses Castings haben wir dann im Frühjahr zu einem eintägigen Foto-Shooting nach Bruchsal eingeladen. Dabei sind die tollen Fotos entstanden, die nun unsere Werbelinie zieren. Und lassen Sie sich in Zukunft überraschen: Zahlreiches Fotomaterial wartet noch auf seine Veröffentlichung.

Unser herzlicher Dank gilt nochmals

allen, die sich als Feuerwehrmodel bereitgestellt haben. So werben aktive Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner professionell um neue Kameradinnen und Kameraden.

Das umfangreiche Material, die Druckvorlagen und detaillierte Handlungsanweisungen finden Sie auf den Internetseiten der Landesfeuerwehrschule und des Feuerwehrverbandes Baden-Württemberg unter folgenden Links:

https://www.lfs-bw.de/Fachthemen/ medienpresse/Seiten/Kampagne.aspx und

http://www.fwvbw.de/feuerwehrwerbekampagne,63.html.



Staatssekretär Wilfried Klenk MdL bei seiner Ansprache auf der Verbandstagung.



Feuerwehrfrauen und -männer haben sich für die Imagekampagne und Werbeaktion zur Verfügung gestellt.





Nummer 12 Jahrgang 2018 7. November 2018

"In einer Krisensituation muss die Landesregierung handlungsfähig sein!" Im Interview für das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) äußert sich Innenminister Thomas Strobl zu den Zielen, zur Vorbereitung und zu den Erfahrungen der LÜKEX-Übungen

(ID) Die LÜKEX-Übung 2018 rückt näher. In einem Interview für das BBK hat Innenminister Thomas Strobl auf Fragen der Online-Redaktion des Bundesamtes zur LÜKEX 2018 geantwortet. Er unterstrich dabei die Notwendigkeit von Katastrophenschutzübungen, um in Krisensituationen im Land bestmöglich vorbereitet zu sein.

Was hat das Land Baden-Württemberg dazu bewogen, als intensiv übendes Land an der LÜKEX 2018 teilzunehmen?

Mir ist es wichtig, die Krisenmanagementstrukturen des Landes Baden-Württemberg weiter zu optimieren, damit wir auf Krisensituationen im Land bestmöglich vorbereitet sind. Übungen sind hierfür ein wesentlicher Bestandteil. Die LÜKEX 2018 bietet durch den übergreifenden Übungsansatz einen überaus geeigneten Rahmen, um das Zusammenwirken der Landesverwaltung mit dem Bund und den benachbarten Ländern zu optimieren. Gleichzeitig sensibilisiert die LÜK-EX 2018 die zuständigen Behörden und Stellen für das Thema Gasmangellage und ermöglicht so eine zielgerichtete Vorplanung für dieses komplexe Szenario. Gründe zur Teilnahme an

der LÜKEX gibt es also zu Hauf.

Baden-Württemberg ist nicht zum ersten Mal an der LÜKEX beteiligt. Welche Erfahrungen hat Ihr Land damit gemacht?

LÜKEX-Übungen haben sich im Zusammenwirken von Bund und Ländern zur Vorbereitung auf Krisensituationen bewährt. Seit 2004 werden sie von Bund und Ländern gemeinsam durchgeführt. Baden-Württemberg war bereits an der ersten Übung 2004 beteiligt und ist damit von Anfang an dabei.

Welche Aufgabe hat Ihr Haus bei der Vorbereitung für die LÜKEX 18 übernommen?

Das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration ist für den Bevölkerungsschutz verantwortlich und damit bei dem Szenario einer Gasmangellage an entscheidender Stelle auch bei dieser Übung. Im Referat Krisenmanagement meines Hauses laufen auch alle Fäden der Übungsvorbereitung, der Übungssteuerung und -durchführung sowie der Übungsnachbereitung und -auswertung im Land zusammen. Eine Kernaufgabe des Krisenmanagements in Baden-Württemberg ist, die Beteiligung der Landesministerien an der LÜKEX zu koordinieren und die landesseitigen Vorbereitungen mit dem Bund und den anderen beteiligten Ländern abzustimmen. Das ist im Grunde wie in einem

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 — Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.



Innenminister Thomas Strobl setzt auf bewährte Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der LÜKEX-Übung. Bild: Chaperon



echten Ernstfall.

Welche weiteren Übungsbeteiligten gibt es in Baden-Württemberg?

Im Krisenmanagement verfolgen wir als Landesregierung Baden-Württemberg einen übergreifenden und ganzheitlichen Ansatz. Nur wenn wir ein abgestimmtes und koordiniertes Krisenmanagement haben, können wir als Landesregierung schwierige Situationen gemeinsam bewältigen. Deswegen bin ich sehr froh, dass sich in Baden-Württemberg nahezu alle betroffenen Ministerien und drei Regierungspräsidien mit unterschiedlichen fachlichen Übungsschwerpunkten an der LÜKEX 2018 beteiligen.

Hat Baden-Württemberg einen besonderen Übungsschwerpunkt, den es bei der LÜKEX 18 in den Blick nehmen will?

In einer Krisensituation muss die Landesregierung handlungsfähig sein. Ganz entscheidend dafür: sind wir in der Lage, jederzeit die Menschen zu erreichen und sie bei der Bewältigung der Krise zu unterstützen? Daher wird ein wichtiger Übungsschwerpunkt das übergreifende Thema "Krisenkommunikation" sein. Wir werden in der LÜKEX 2018 sowohl die Krisenkommunikation zwischen den involvierten Stellen der Landesverwaltung und den weiteren Übungsbeteiligten als auch die Kommunikation mit der Bevölkerung und der Wirtschaft üben. Heutzutage gibt es eine Vielzahl von Möglichkeiten, Informationen weiterzuleiten; leider auch Möglichkeiten, beispielsweise mit falschen oder irreführenden Meldungen in den Sozialen Medien, um unser Krisenmanagement negativ zu beeinflussen. Daher liegt ein besonderer Fokus in Baden-Württemberg auf der Einbeziehung der Sozialen Medien in das Übungsszenario. Das BBK bietet uns im Rahmen der LÜKEX 2018 die Möglichkeit, in einer der Realität nachempfundenen Medienwelt zu üben, für uns die Chance mit einem VOSTbw-Team (Virtual Operations Support Team) teilzunehmen.

Wie viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Ihres Hauses sind an den beiden Hauptübungstagen als Übende beteiligt?

An den Hauptübungstagen wird sich das Innenministerium mit seinem Verwaltungsstab und dem Führungsstab der Polizei beteiligen. Das Personaltableau für den Verwaltungsstab umfasst insgesamt über 50 zu besetzende Funktionen. Der Polizeiführungsstab wird mit rund 10 bis 15 Funktionen besetzt sein. Die Funktionen sind in der Regel zwei- bis dreifach besetzt. Wie viele Mitarbeitende konkret in die Übung miteinbezogen werden, hängt u. a. vom Verlauf der Übung, den Entscheidungen in den Stäben und anderen Faktoren wie eventuellen Anfragen vom Bund und anderen Ländern ab und lässt sich vorab nicht exakt bestimmen. Wir üben unter realen Bedingungen.

Und wer sorgt dafür, dass die Übenden auch was zu üben haben? Wer steuert in Baden-Württemberg die Übung und sorgt dafür, dass alle vor-

gesehenen Aspekte auch im Übungsgeschehen berücksichtigt werden?

Es ist klar: Ohne Übungssteuerung keine Übung! Insofern leisten diejenigen, die sich schon seit Monaten intensiv mit der Drehbucharbeit befassen und an den beiden Hauptübungstagen das Übungsgeschehen steuern. einen wichtigen Teil der Arbeit. Die Übungssteuerung führt sozusagen "Regie" in der Übung. Sie lenkt und steuert das Übungsszenario und spielt in enger Abstimmung mit der Zentralen Übungssteuerung (ZÜST) des BBK die vorbereiteten Drehbuchbausteine so ein, dass bestimmte Übungsinhalte zum Tragen kommen. Dazu gehört viel Fingerspitzengefühl, weil in der frei verlaufenden Übung berücksichtigt werden muss, wie die Übenden auf bestimmte Szenarien reagieren. Es ist Aufgabe der Übungsbeobachtung, die Reaktionen der Übenden der Übungssteuerung wieder zurückspiegeln. Wie Sie sehen, ein durchaus komplexes interaktives Verfahren.

Wir alle sind auf die Übung gespannt und freuen uns auf diese Tage!

Wenn Sie sich weiter über LÜKEX und insbesondere über die LÜKEX 2018 informieren wollen, empfehlen wir Ihnen die Internetseiten des BBK. Unter nachfolgendem Link finden Sie viele informative und erläuternde Beiträge:

https://www.bbk.bund.de/DE/AufgabenundAusstattung/Krisenmanagement/Luekex/Luekex node.html.

3. LÜKEX-Tagungsband "Risiko- und Krisenkommunikation" erschienen

(ID) Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat den dritten Tagungsband auf seiner Homepage online gestellt. Interessenten können das aktuelle Heft zur LÜKEX von der Internetpräsenz des BBK herunterladen.

Der dritte LÜKEX-Tagungsband vermittelt Informationen über Grundlagen der Risikokommunikation und gibt Einblicke in verschiedene Teilgebiete der Krisenkommunikation. Im aktuellen Heft werden Themen für Pressestellen und Social-Media-Teams behandelt, beispielsweise wie ein Medienmonitoring in die Stabsarbeit integriert werden kann.

Die Tagungsbände des BBK basieren auf den im Vorfeld der LÜKEX-Übung

2018 stattfindenden Thementagen, auf denen sich Expertinnen und Experten sowie Übungsbeteiligte zu den unterschiedlichen Themen austauschen. In den Tagungsbänden werden die Ergebnisse und Präsentationen aufbereitet und veröffentlicht.

Der aktuelle Tagungsband zur Risikound Krisenkommunikation kann unter folgendem Link heruntergeladen werden:

http://kurzelinks.de/102x.



Quelle: BBK / Stockbyte



LÜKEX-Thementag BW "Krisenkommunikation"

Krisenkommunikation ist zentraler Bestandteil eines erfolgreichen Krisenmanagements

(ID) Zur Vorbereitung auf die LÜKEX 2018 hat das Referat 65 - Krisenmanagement am 22. Oktober 2018 im Innenministerium einen Thementag zum Thema Krisenkommunikation veranstaltet. Der Schwerpunkt lag auf den Herausforderungen durch die Sozialen Medien.

Zentraler Bestandteil eines erfolgreichen Krisenmanagements ist eine funktionierende Krisenkommunikation. Dieser Grundsatz gilt nach wie vor. In Zeiten von Sozialen Medien haben sich die Herausforderungen für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit jedoch deutlich verändert. Einerseits stehen mehr Kommunikationsinstrumente als je zuvor zur Verfügung. Andererseits hat sich die Reaktionszeit, die den Behörden und insbesondere deren Presse- und Medienverantwortlichen von Seiten der Öffentlichkeit zugebilligt wird, aufgrund von Twitter und anderer Social Media-Kanälen entscheidend verkürzt. Auch die traditionellen Medien folgen diesem Trend mit immer kürzer werdenden Nachrichtenzyklen. Grund genug, das Thema Krisenkommunikation bei einem Baden-Württemberg-internen LÜKEX-Thementag zu vertiefen.

spiele von Falschnachrichten in den Sozialen Medien sowie Möglichkeiten und Werkzeuge, um diese zu entlarven. Sie berichtete zum Beispiel, dass es bei Falschmeldungen zu Ereignissen oftmals Wiederholungen von Bekanntem gebe. Beispielsweise tauchen immer wieder scheinbar durch Hurricans an Land beförderte Haie, immer die gleichen falschen Terrorverdächtigen, scheinbar vermisste Personen oder vermeintliche "Krisen-Schauspieler" auf. Besonders wichtig sei es daher, alle Informationen permanent zu hinterfragen und sauber zu recherchieren. Manchmal helfe aber auch schon der Blick in das Impressum einer Internetseite, um falsche Informationen zu identifizieren. Wenn Falschmeldungen erkannt seien, müsste ihnen schnell und eindeutig widersprochen werden. Hierzu sei es hilfreich, in den Sozialen Medien einen möglichst großen Abonnenten-/



Renato Gigliotti, Prof. Dr. Stefan Jarolimek, Dr. Kristin Becker und Michael Willms (v.l.n.r.)

Die freie Journalistin und ARD-Faktenfinderin Dr. Kristin Becker, Prof. Dr. Stefan Jarolimek von der Deutschen Hochschule der Polizei in Münster sowie Renato Gigliotti von der Pressestelle des Innenministeriums stellten in ihren Vorträgen wichtige Aspekte der Krisenkommunikation dar.

Dr. Becker zeigte anschauliche Bei-

Follower-Kreis aufzubauen, damit die eigenen Accounts auch in der Krise als vertrauenswürdige Informationsquelle wahrgenommen werden und die eigenen Inhalte eine möglichst große Verbreitung finden.

Prof. Dr. Jarolimek näherte sich dem Thema von der wissenschaftlichen Seite und stellte unter anderem den Drei-Stufen-Ansatz der Krisenkommunikation - Pre-Krise, Krise und Post-Krise - dar. In der Pre-Krise sei es beispielweise wichtig, sich auf mögliche Krisen vorzubereiten sowie ein positives Ansehen aufzubauen und so eine Vertrauensbasis zu schaffen. In der Krise spiele der Faktor Zeit eine wesentliche Rolle. Entscheidend sei beispielsweise die Zeit zwischen dem Auftreten eines Ereignisses und der Wahrnehmung beziehungsweise Reaktion der Bevölkerung. Diese Zeitspanne sei durch die Sozialen Medien extrem kurz geworden. So war bereits 52 Sekunden nach den Bombenanschlägen auf den Boston Marathon das erste Video online. Einer schnellen Reaktion käme daher besondere Bedeutung zu, auch wenn zu Beginn noch nicht alle Informationen vollständig vorlägen. Wichtig sei die transparente und ehrliche Darstellung der Sachverhalte. Als entscheidender Faktor gelte auch, mit einer Stimme zu sprechen und damit eine zwischen den Akteuren abgestimmte Krisenkommunikation zu betreiben. In der Post-Krisen-Stufe, die gerne vergessen werde, gelte es, die getroffenen Maßnahmen zu evaluieren sowie Optimierungspotentiale zu identifizieren und umzusetzen.

Renato Gigliotti betonte den hohen Stellenwert Sozialer Medien aus Behördensicht. Auch er ging auf den Faktor Zeit ein und betonte, dass durch die Sozialen Medien quasi alles live passiere. Er erläuterte in seinem Vortrag vor allem die Möglichkeiten, die sich für Behörden bieten, insbesondere die direkte Information von Medien und Bürgern. Anhand vieler Beispiele wies er auf die Stolperfallen sowie die Grenzen und Risiken bei der Arbeit mit den Sozialen Medien hin und riet dazu, beim Posten den Humor nicht zu vergessen, wenn es angebracht ist. Abschließend unterstrich er die Notwendigkeit, genügend und vor allem geeignetes Personal für die Bedienung Sozialer Medien einzuplanen.

Einig waren sich alle Referenten darin, dass eine effektive Krisenkommunikation eine gute Vorbereitung benötigt. Strategien und Maßnahmen müssen frühzeitig geplant werden und An-





sprechpartner bekannt sein. Übungen wie die LÜKEX 18 sind daher ein ganz wesentlicher Baustein der Vorbereitung, um eine Krise auch kommunikativ erfolgreich bewältigen zu können.

In der Krise gilt es, unbedingt zeitnah, wahrhaft und transparent zu kommunizieren, um das notwendige Vertrauen bei der Bevölkerung zu erhalten oder wieder aufzubauen.



Dr. Kristin Becker bei ihrem Vortrag "Too much information? Vom Arbeitsalltag zwischen "Fake News", Faktenchecks und Fallibilismus".

Startschuss für die aktive Übungsphase der LÜKEX 2018 Planbesprechung am 29. Oktober im Innenministerium

(ID) Der Startschuss für die aktive Übungsphase der LÜKEX 2018 ist gefallen. Bei einer Planbesprechung im Innenministerium wurden über 100 Übungsteilnehmer mit der Übungslage vertraut gemacht.

Nun wird es langsam spannend: Nach einer zweijährigen Vorbereitungszeit beginnt jetzt die aktive Übungsphase der LÜKEX 2018 und die beiden Hauptübungstage (28. und 29. November) rücken immer näher.

In der sogenannten Planbesprechung wurden als erster Schritt in der aktiven Übungsphase sowohl die Vertreter der Ministerien im Interministeriellen Verwaltungsstab und die Leitungen der Verwaltungsstäbe sowie Verwaltungsstabsbereiche als auch die Kolleginnen und Kollegen in der Übungssteuerung und der Übungsbeobachtung auf die Übung vorbereitet und mit dem Szenario vertraut gemacht.

Staatssekretär Wilfried Klenk MdL ließ es sich nicht nehmen, die über 100 Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer persönlich zu begrüßen und auf die Bedeutung der LÜKEX-Übungsreihe hinzuweisen. Er dankte



Ulrich Cronenberg bei seinem Vortrag.



Staatssekretär Wilfried Klenk MdL begrüßt die Tagungsteilnehmerinnen und -teilnehmer.

den Anwesenden für ihr Engagement und würdigte die großartige Arbeit der Vorbereitungsgruppe.

Ulrich Cronenberg vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), das für die zentrale Vorbereitung, Koordinierung und Durchführung der LÜKEX verantwortlich zeichnet, stellte dazu zunächst die generellen Ziele der LÜKEX-Übungsreihe, wie die Optimierung des Krisenmanagements, die Vernetzung der staatlichen und privaten Akteure oder die Identifizierung von Schwachstellen vor und ging dann auf die Besonderheiten der LÜKEX 2018 ein. Werner Hochadel vom Umweltministe-



Werner Hochadel vom Umweltministerium



rium gab anschließend einen Überblick über die Struktur und rechtlichen Rahmenbedingungen der Gasversorgung in der Bundesrepublik und stellte die wesentlichen Abhängigkeiten von Wirtschaft und Gesellschaft vor. Er verdeutlichte, dass zunächst die privatwirtschaftliche Gasbranche gefordert sei, einer Gasmangelsituation entgegenzusteuern.

Michael Willms, Leiter des Referats Krisenmanagement, stellte als eines der Hauptübunsgziele Baden-Württembergs die weitere Stärkung der Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der Landesverwaltung in Krisensituationen mit dem Schwerpunkt koordinierte und zielgerichtete Krisenkommunikation dar. Entscheidend in der Vorbereitung seien unter anderem die Identifikation der eigenen Betroffen-



Prof. Hermann Schröder erläuterte die Aufgaben der einzelnen Verwaltungsstabsbereiche.

heiten durch das Szenario.

Christian Kohl vom Referat Krisenmanagement beschrieb im Anschluss den Übungsrahmen sowie den Übungsablauf.

Mit der Einspielung des LÜKEX-TV zur



Über 100 Besprechungsteilnehmerinnen und -teilnehmer folgten gespannt den Ausführungen der Referenten.

Ausganglage fiel dann der offizielle Startschuss der aktiven Übungsphase. Das Übungsszenario wurde im LÜKEX-TV-Spot in einer nachgestellten Nachrichtensendung anschaulich verdeutlicht: Nach einer mehrmonatigen Kälteperiode mit Temperaturen unter dem Gefrierpunkt sinken die Temperaturen durch eine polare Kaltfront auf bis zu - 25 °C. Die damit verbundene Nachfragesteigerung nach Gas sowie angenommene Lieferausfälle und geringe Füllstände der Gasspeicher und die dadurch erzeugte Angebotsverknappung führen zu einem Gasengpass. Das Bundeswirtschaftsministerium ruft entsprechend dem Notfallplan Gas die Frühwarnstufe aus, weil sich an verschiedenen Grenzübergangspunkten Liefereinschränkungen abzeichnen.

Professor Hermann Schröder, Leiter

der Abteilung 6, rief daraufhin fiktiv den Interministeriellen Verwaltungsstab auf und erklärte den Anwesenden die Aufgaben der jeweiligen Verwaltungsstabsbereiche.

Mit der Präsentation der Ausgangslage durch Michael Willms endete die Planbesprechung. Abschließend stellte er fest: "Der Impuls zur Motivation ist bei den Übungsbeteiligten angekommen und wir sind davon überzeugt, dass sich alle mit vollem Einsatz und Engagement einbringen werden. Wir freuen uns auf die zwei Hauptübungstage und sind der Auffassung, dass sowohl die bereits hinter uns liegende Vorbereitungsphase als auch das Übungsgeschehen zu einer weiteren Optimierung des Krisenmanagements der Landesregierung beitragen werden und wir wertvolle Erkenntnisse aus dem Übungsverlauf ableiten können."

Interviewreihe des BBK: "Hinter den Kulissen der LÜKEX 2018" Interview mit Stabsleiter Matthias Leitold

(ID) Matthias Leitold, Leitender Regierungsdirektor, leitet den Verwaltungsstab im Regierungspräsidium Karlsruhe und ist damit auf Ebene einer Landesmittelbehörde zuständig und in die LÜKEX 2018 eingebunden.

Was die Teilnahme an der LÜKEX 2018 für ihn und für das Regierungspräsidium bedeutet, erklärt er in der Interviewreihe des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK).

Das Interview finden Sie hier:

http://kurzelinks.de/ts4n.



Gespräch am Rande der LÜKEX-Planbesprechung: (v.l.) Prof. Hermann Schröder, Sabine Fohler, Michael Willms, alle vom Innenministerium, mit Matthias Leitold und Jürgen Link, beide Regierungspräsidium Karlsruhe.



Austonoskim

Austausch im Fachprojekt "Lageorientiertes Führen"

Studierende der Hochschule für Öffentliche Verwaltung Kehl bekamen praxisorientierten Einblick in den Bevölkerungsschutz und das Krisenmanagement

(ID) Seit zwei Jahren bietet die Hochschule für Öffentliche Verwaltung ein Fachprojekt zum "lageorientierten Führen" an. Jeweils im Wintersemester bieten die Initiatoren, der ehemalige Amtschef im Innenministerium, Dr. Herbert O. Zinell, und der ehemalige Generalsekretär der Führungsakademie, Thomas E. Berg, den Studierenden interessante Inhalte. Hierzu gehört auch ein Austausch mit der Abteilung "Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement". Dieses Jahr hatten die Studierenden dabei die Möglichkeit an der Planbesprechung zur LÜKEX 2018 teilzunehmen. Gerne drucken wir den Bericht des Projektteams in der Sonderausgabe des ID ab.

LÜKEX - Wie ist mit einem Gasmangel in Süddeutschland umzugehen? Eine länderübergreifende Krisenmanagementübung

Eine Kältewelle erreicht Deutschland, gleichzeitig kommt es zu Lieferausfällen bei der Gaszufuhr der Versorgerländer. Eine sprunghafte Nachfragesteigerung steht somit einem knappen Angebot an fossilen Brennstoffen gegenüber. Das ist das Szenario der LÜKEX 2018.

Am 29. Oktober durfte das Fachprojekt "Lageorientiertes Führen in Krisensituationen" unter der Leitung von Thomas Berg und Dr. Herbert O. Zinell die Planbesprechung begleiten. Hierbei hat uns Prof. Hermann Schröder (Ministerialdirigent der Abteilung Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement im Innenministerium) einen realistischen Einblick in die Themen Krisenmanagement, Katastrophenfälle und Risikoeinschätzung gegeben.

Welche Akteure sind beteiligt? Wer kontaktiert wen? Wie ist die Rechtsgrundlage anzuwenden und welche hoheitlichen Maßnahmen sind letztendlich zu treffen?

Wichtige Fragen, die in der Krisenübung bundesweit und ministerialübergreifend geklärt werden sollen, um im Ernstfall darauf vorbereitet zu sein. Ziel ist es, unter anderem die Entscheidungsfähigkeit zu stärken und die Krisenkommunikation zu verbessern.

Seit 2004 werden bei der LÜKEX verschiedene Situationen simuliert, wie zum Beispiel Stromausfälle, Terroranschläge und nun 2018 eine Gasmangellage in Süd-



Gruppenbild der Studierenden mit Dr. Zinell und Prof. Schröder (Zweiter und Dritter von links) sowie Th. E. Berg (Bildmitte). Bilder: Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung



Ein Highlight des Besuchs war die Besichtigung der Lageräume

deutschland.

Bevor wir bei der Planbesprechung dabei sein durften, gestattete uns Prof. Schröder einen Einblick in das Lagezentrum des Innenministeriums. Von dort aus werden sämtliche Nachrichtenkanäle, Verkehrsüberwachungskameras oder auch Social Media Inhalte, die Baden-Württemberg betreffen könnten, überwacht. Somit können interne aber auch externe Akteure, wie zum Beispiel das THW, Fachberater oder die Feuerwehr schnellstens informiert werden.

"Wichtig ist, dass jeder heute Erfahrungen für die Praxis mitgenommen hat, die man auf verschiedenste Situationen übertragen kann, denn auch eine kleine Kommune kann im Ernstfall Opfer einer Krise werden", so Ministerialdirigent Schröder.

Thomas Berg und Dr. Herbert O. Zinell sehen diese Exkursion als praktisches Beispiel unseres Fachprojektes in einem hoch professionellen Ausmaß. Auch aus den Reihen der Fachprojekt Teilnehmern wurde der Tag nicht nur als äußerst informativ empfunden, sondern auch das Vorgehen und die LÜKEX Übung an sich wurden greifbarer. "Zwischen durch habe ich mich gefühlt, als wäre ich Mitarbeiterin im Innenministerium. Die Krisenlage wurde beschrieben als wäre sie real und nur mit etwas Vorstellungsvermögen wirkt das Ganze so echt, da möchte man einfach gleich zur Tat schreiten", so Luisa Laura Koch. (Autorin: Luisa Laura Koch, Studierende im Fachprojekt "Lageorientiertes Führen")



Nummer 13 Jahrgang 2018 3. Dezember 2018

EU-Kommissar Christos Stylianides und Innenminister Thomas Strobl zu Besuch in Kehl

Innenminister Thomas Strobl: "Dank des ehrenamtlichen Engagements hat Baden-Württemberg einen starken Bevölkerungsschutz."

(ID) EU-Kommissar Christos Stylianides und Innenminister Thomas Strobl überzeugten sich bei ihrem Besuch am 12. November in Kehl von der Leistungsfähigkeit des Bevölkerungsschutzes. Außerdem stand eine Fahrt auf dem deutsch-französischen Feuerlöschboot Europa 1 auf dem Programm.

Auf Einladung von Innenminister Thomas Strobl war der für "Humanitäre Hilfe und Krisenmanagement" zuständige EU-Kommissar Christos Stylianides, zusammen mit dem Innenminister, am 12. November nach Kehl gekommen, um sich vor Ort von der Leistungsfähigkeit des auf ehrenamtlichen Engagements beruhenden Bevölkerungsschutzes zu überzeugen.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Bestrebungen der EU-Kommission, die Katastrophenabwehrkapazitäten der EU zu stärken und die Kompetenzen der EU im Katastrophenschutz auszudehnen, plädierte Thomas Strobl dafür, dass Katastrophenschutz auch zukünftig Ländersache bleiben müsse: "In Situationen, in denen nationale Ansätze nicht mehr ausreichen und



Innenminister Thomas Strobl und EU-Kommissar Christos Stylianides

Bild: Lichtgut/Leif Piechowski

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 — Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.

europäische Solidarität und europäisches Handeln gefragt sind, können sich unsere europäischen Freunde unserer Unterstützung sicher sein. Dies ist bereits jetzt gelebte Realität, vor allem in den Grenzregionen", so Strobl.

Das richtige und wichtige Anliegen der EU-Kommission, das vorhandene Katastrophenschutzsystem weiter zu stärken, werde von der Landesregierung unterstützt. Dabei hätten die bestehenden nationalen Strukturen zweifellos Vorteile. Allein in Baden-Württemberg würden sich eine große Zahl von Haupt- und Ehrenamtlichen

rund um die Uhr für die Gesellschaft engagieren.

"Für uns Baden-Württemberger ist es selbstverständlich, dass wir uns ehrenamtlich engagieren. Bei uns bringen sich die Menschen aktiv ein und packen dort, wo es etwas zu tun gibt, beherzt an. Das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz ist ein ganz besonderes – Menschen, die Verschüttete orten und befreien, die Verletzte versorgen, die Menschen aus Autowracks schneiden, die Brände löschen, die sich bewusst für andere in Gefahr, ja sogar in Lebensgefahr, bringen: solche Frauen und Männer



sind unsere "Helden des Alltags" und deren Engagement ist alles andere als selbstverständlich." Und an die Hauptund Ehrenamtlichen gerichtet sagte der Innenminister: "Die Menschen können sich bei uns darauf verlassen, dass ihnen in Not schnell, professionell und mit guter Ausrüstung geholfen wird. Deshalb nutze ich jede Gelegenheit, solchen Menschen ein aufrichtiges Dankeschön zu sagen."

Die Feuerwehren aus Straßburg und Kehl informierten bei der Fahrt mit dem Feuerlöschboot Europa 1 unter anderem über die Mobile Übungsanlage zur Gefahrenabwehr auf Binnenwasserstraßen. Philippe Voiry nahm als Vertreter der Préfecture de région Grand Est ebenfalls an der Fahrt teil. Anschließend ließen sich die Gäste über das Ehrenamt im Bereich von Rettungsdiensten und Bevölkerungsschutz informieren.

Zum Abschluss stellte Innenminister Strobl fest: "Heute haben wir in Kehl gezeigt: Baden-Württemberg hat einen ganz, ganz starken Bevölkerungsschutz. Herzstück unseres Bevölkerungsschutzes sind seine Einsatzkräfte vor Ort. Damit ist der Südwesten Deutschlands beispielhaft für Europa. Niemand kennt die jeweiligen Risiken



Staatssekretär Wilfried Klenk MdL, Innenminister Thomas Strobl (von links) sowie EU-Kommissar Christos Stylianides (vorne rechts) im Gespräch.

Bild: Lichtgut/Leif Piechowski

und Besonderheiten vor Ort besser als die örtlichen Einsatzkräfte selbst. Deshalb muss Katastrophenschutz auch in Zukunft Ländersache bleiben!"

Wir danken insbesondere der Feuerwehr Kehl und den anderen teilnehmenden Feuerwehren, dem Landratsamt Ortenaukreis, dem Regierungspräsidium Freiburg und den beteiligten Einheiten des Deutschen Roten Kreuzes, der Malteser und der Johanniter, des ASB, der DLRG und der Bergwacht Schwarzwald, des Bundesverbandes Rettungshunde sowie dem THW und dem Team der Notfallseelsorge für die tolle Unterstützung und Präsentation der Fähigkeiten des Bevölkerungsschutzes.



Gruppenbild mit den Vertretern der Organisationen in der "Bevölkerungsschutzfamilie".

Bild: Lichtgut/Leif Piechowski





















AVAS — ein Stück mehr Sicherheit für Fußgänger beim Betrieb von "lautlosen" Hybridelektro- und Elektrofahrzeugen

(ID) Ab dem 1. Juli 2019 muss nach der Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates Nr. 540/2014 in neuen Typen von Hybridelektro- und Elektrofahrzeugen ein akustisches Warnsignal (Acoustic Vehicle Alerting Systems, kurz AVAS) installiert sein. Diese Maßnahme dient dem Schutz von Fußgängern. Besonders auch für blinde Menschen bringt dies einen Sicherheitsgewinn.

Das AVAS muss vom Anfahren bis zu einer Geschwindigkeit von 20 Stundenkilometern sowie beim Rückwärtsfahren ein dem gewohnten Motorengeräusch vergleichbares Dauer-Geräusch

abgeben. Warum nur bis 20 Stundenkilometer? Bei einer Fahrgeschwindigkeit von über 20 Stundenkilometern entfällt diese Forderung, weil das Abrollgeräusch der Reifen bei Pkw das Motorgeräusch übertönt.

Die Verordnung finden Sie unter:

https://eur-lex.europa.eu/legal-content/ DE/TXT/?uri=CELEX%3A32014R0540 — relevant sind Artikel 8 und Anhang VIII.



ANHANG VIII

VORSCHRIFTEN FÜR DAS AKUSTISCHE FAHRZEUG-WARNSYSTEM (ACOUSTIC VEHICLE ALERTING SYSTEM — AVAS)

Dieser Anhang legt Vorschriften fest, die das akustische Fahrzeug-Warnsystem (AVAS) für Hybridelektro- und reine Elektrofahrzeuge betreffen.

AVAS

1. Systemleistung

Wenn ein Fahrzeug mit einem AVAS ausgestattet ist, muss es die nachstehenden Anforderungen erfüllen.

2. Betriebsbedingungen

a) Schallerzeugungsverfahren

Das AVAS muss mindestens im Geschwindigkeitsbereich zwischen dem Anfahren und einer Geschwindigkeit von etwa 20 km/h sowie beim Rückwärtsfahren automatisch ein Schallzeichen erzeugen. Wenn das Fahrzeug mit einem Verbrennungsmotor ausgestattet ist, der innerhalb des vorstehend definierten Geschwindigkeitsbereichs in Betrieb ist, darf das AVAS kein Schallzeichen erzeugen.

Bei Fahrzeugen, die über eine eigenständige akustische Warneinrichtung für das Rückwärtsfahren verfügen, ist es nicht erforderlich, dass das AVAS beim Rückwärtsfahren ein Schallzeichen erzeugt.

b) Schalter

Das AVAS muss mit einem für den Fahrer leicht erreichbaren Schalter ausgestattet sein, der die Aktivierung bzw. Deaktivierung ermöglicht. Beim Neustart des Fahrzeugs muss das AVAS automatisch die Stellung "EIN" einnehmen.

c) Dämpfung

Der Geräuschpegel des AVAS darf während des Fahrzeugbetriebs verringert werden.

3. Art und Lautstärke des Schallzeichens

- a) Das AVAS muss ein Dauerschallzeichen erzeugen, das Fußgänger und andere Verkehrsteilnehmer vor einem in Betrieb befindlichen Fahrzeug warnt. Das Schallzeichen sollte eindeutig auf das Fahrzeugverhalten hinweisen und mit dem Geräusch eines mit Verbrennungsmotor ausgestatteten Fahrzeugs der gleichen Klasse vergleichbar sein.
- b) Das vom AVAS zu erzeugende Schallzeichen muss eindeutig auf das Fahrzeugverhalten hinweisen, z.B. durch eine automatische Veränderung des Geräuschpegels oder von Merkmalen in Abhängigkeit von der Geschwindigkeit des Fahrzeugs.
- c) Der vom AVAS erzeugte Geräuschpegel **darf** den ungefähren Geräuschpegel eines ähnlichen Fahrzeugs der Klasse M_1 , das mit einem Verbrennungsmotor ausgestattet ist und unter den gleichen Bedingungen betrieben wird, nicht überschreiten.



Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr und deren steuerliche Behandlung

(ID) Der Gemeindetag Baden-Württemberg hat das Muster für eine Feuerwehr-Entschädigungssatzung überarbeitet. Neu herausgegeben wurde auch ein Leitfaden der Oberfinanzdirektion Karlsruhe zur steuerlichen Behandlung der Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr.

Das Muster des Gemeindetags für eine Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlich tätigen Angehörigen der Gemeindefeuerwehr nach § 16 des Feuerwehrgesetzes mit Erläuterungen wurde überarbeitet und im Gt-info Nr. 15/2018 vom 05.09.2018 veröffentlicht. Überarbeitet wurden insbesondere die Erläuterungen zur steuerlichen Behandlung der Entschädigungen. Gleichzeitig wurde das Satzungsmuster an den aktuellen Stand des Feuerwehrgesetzes angepasst.

Die zwischen Gemeindetag, Städtetag und dem Landesfeuerwehrverband abgestimmten Orientierungs-

werte zur Aufwandsentschädigung für ehrenamtliche Feuerwehrangehörige sind nicht Bestandteil des Satzungsmusters. Sie können Orientierung zur Höhe der Entschädigungen bieten, geben aber keine Mindestsätze vor, sondern bilden einen Entschädigungskorridor ab. Grundsätzlich können die Entschädigungssätze individuell nach örtlichen beziehungsweise regionalen Verhältnissen ausgestaltet werden.

Neu herausgegeben wurde auch der Leitfaden der Oberfinanzdirektion Karlsruhe "Steuerliche Behandlung der Angehörigen der freiwilligen Feuerwehr" (Stand 24.08.2018). Die Erläuterungen zu den steuerrechtlichen Aspekten im Satzungsmuster des Gemeindetags wurden unter Beteiligung des Finanzministeriums und der Oberfinanzdirektion Karlsruhe erarbeitet und sind mit den Hinweisen in dem Leitfaden abgestimmt.

Beide Dokumente können auf der Homepage der Landesfeuerwehrschule unter <u>Fachthemen/Recht</u>, <u>Organisation</u> <u>und Hinweise/Richtlinien und Hinweise/</u> <u>Sonstiges</u> abgerufen werden:

Muster Feuerwehr-Entschädigungssatzung

<u>Leitfaden Steuerliche Behandlung von</u> Angehörigen der FFW.

Bevölkerungsschutz-Ehrenzeichen in Stuttgart verliehen Innenminister Thomas Strobl: "Das sind unsere 'Helden des Alltags' die wir auszeichnen."

(ID) Mit der Verleihung des Bevölkerungsschutz-Ehrenzeichens würdigt das Land Baden-Württemberg die Leistung von Menschen, die sich in ganz besonderer Weise für den Bevölkerungsschutz verdient gemacht haben. Innenminister Thomas Strobl hat am 17. November 2018 ehrenamtliche und hauptamtliche Helferinnen und Helfer im Innenministerium ausgezeichnet.

Zum zweiten Mal hat Innenminister Thomas Strobl das Bevölkerungsschutz-Ehrenzeichen für außerordentliches Engagement an haupt- und ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aus Baden-Württemberg verliehen. Bei dem Empfang im Innenministerium würdigte der Innenminister die Leistung der Menschen, die sich im Bevölkerungsschutz engagieren: "Wir ehren heute Menschen, denen Ehre gebührt. Menschen, die zum Beispiel Verschüttete orten und befreien, die Verletzte versorgen, die Menschen aus Autowracks schneiden, die Brände löschen oder die sich bewusst für andere in Gefahr bringen. Das sind unsere ,Helden des Alltags', die wir heute auszeichnen", sagte Thomas Strobl.

An ganz verschiedenen Stellen und mit ganz verschiedenen Aufgaben hätten sich die Preisträgerinnen und Preisträger in besonderer Weise um den Bevölkerungsschutz in Baden-Württemberg verdient gemacht. Für diese Frauen und Männer sei es selbstverständlich, sich für andere



Innenminister Thomas Strobl fand lobende Worte für "die Helden des Alltags"

Menschen einzusetzen, nicht wegsondern hinzuschauen und mit gutem Beispiel voranzugehen. "Baden-Württemberg hat einen ganz starken Bevölkerungsschutz – mit hoch engagierten ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helferinnen und Helfern. Sie leisten einen herausragenden Beitrag nicht nur für die Sicherheit, sondern auch für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Und das nicht erst seit gestern, sondern schon über viele Jahre und in besonders nachhaltiger Art und Weise", so der Innenminister.

In seiner Ansprache würdigte der Innenminister das hohe und unbezahlbare Engagement der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Es sei die ganz große Stärke und ein sehr hohes Gut,





Für die musikalische Umrahmung des Empfang und den guten Ton sorgte "brandheiß", die Big Band der Feuerwehr Pforzheim.

das Baden-Württemberg so lebenswert mache. Die ehrenamtlich Engagierten seien ganz und gar unverzichtbar für das Land. Doch ohne hauptamtliches Personal gehe es im Bevölkerungsschutz auch nicht. Das gelte für die Hilfsorganisationen, das gelte aber auch für die staatlichen Stellen, wie zum Beispiel die Katastrophenschutzbehörden in den Stadt- und Landkreisen und in den Regierungspräsidien. "Wir sind froh und dankbar, dass wir an diesen Schaltstellen hochmotivierte Kolleginnen und Kollegen haben, die wissen wofür sie morgens aufstehen und zur Arbeit gehen: für nichts Geringeres als die Sicherheit der Menschen in unserem Land", erklärte Innenminister Thomas Strobl.

Mit dem Bevölkerungsschutz-Ehrenzeichen 2018 wurden ausgezeichnet:

Edmund Baur, Winnenden, Malteser Hilfsdienst e.V.,

Sebastian Berghaus, Tuttlingen, Notfallseelsorge, Johanniter-Unfall-Hilfe e.V.,

Peter Fuhrmann, Karlsruhe, Ministerialdirigent a.D., Land Baden-Württemberg,

Peter Göttert, Schlierbach, Bundesverband Rettungshunde e.V.,

Joachim Hägele, Kreßberg, Landratsamt Schwäbisch Hall,

Michael Hambsch, Waghäusel, Bundesanstalt Technisches Hilfswerk,

Dr. Lothar Hassling, Mosbach, Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft Mosbach e.V und Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Mosbach e.V.,

Reinhard Hirzel, Ludwigsburg, Landeskommando Baden-Württemberg,

Frank Kühnel, Pfaffenweiler, Bergwacht Schwarzwald e.V.,

Louis Laurösch, Friedrichshafen, Feuerwehr Friedrichshafen,

Michael Norgauer, Konstanz, Malteser Hilfsdienst e.V.,

Manfred Rotzinger, Albbruck, Kreisfeuerwehrverband Waldshut,

Roland Schmitt, Bad Rappenau, Arbeiter-Samariter-Bund Baden-Württemberg e.V.,

Katharina Toth, Kirchheim unter Teck, Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Baden-Württemberg e.V.,

Horst-Frithjof Tschampel, Weikersheim-Elpersheim, Notfallseelsorge,

Michael Uibel, Pforzheim, Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Baden-Württemberg e.V.,

Kai Ullwer, Heitersheim, Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Müllheim e.V. und Feuerwehr Heitersheim,

Ron Wüst, Leinfelden-Echterdingen, Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Esslingen e.V..

Hinzu kommt die Ehrung von Anita und Ernst Tscheulin aus Owen (Deutsches Rotes Kreuz Landesverband Baden-Württemberg e.V.), die zu einem späteren Zeitpunkt separat erfolgen wird.

Informationen zum Bevölkerungsschutz-Ehrenzeichen, die Ausführungsbestimmungen sowie die Bekanntmachung über die Stiftung des Ehrenzeichens finden Sie auf der Internetseite des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration unter: https://im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/katastrophenschutz/ehrenzeichen-bevoelkerungsschutz/.



Innenminister Thomas Strobl (Bildmitte) und die Preisträgerinnen und Preisträger beim Gruppenbild.



"Notfallstation auf Tour" Erster Zyklus der Notfallstationsseminare erfolgreich abgeschlossen

(ID) Die von der Landesfeuerwehrschule entwickelte Ausbildungskonzeption für Notfallstationen umfasst drei zielgruppenorientierte Seminare. Neben dem Seminar "Multiplikatoren für die Technik Notfallstation", das sich schwerpunktmäßig an die technischen und logistischen Betreuer der Abrollbehälter und der darauf befindlichen Messtechnik richtet, bot sich auch Führungskräften der Standorte die Gelegenheit, beim Seminar "Multiplikatoren für den Betrieb Notfallstation" das Grundlagenwissen zu Planung und Betrieb der Notfallstation zu erweitern. Beide Seminare fanden an der Landesfeuerwehrschule statt.

Mit einem dritten Seminarbaustein brachte das Lehrpersonal die Informationen zu den Einsatzkräften vor Ort. "Notfallstation auf Tour", so kann man den erfolgreichen Abschluss des ersten Seminarzyklus für den Betrieb Notfallstationen bezeichnen. Die Tour führte nach Blaubeuren, Freiburg sowie Karlsruhe und fand ihren vorläufigen Abschluss in Backnang.

An diesem Seminartyp nahmen Vertreter aller Organisationen teil,

die den Betrieb und die Funktion der Notfallstation "interdisziplinär" sicherstellen. Die Teilnehmer erfuhren Grundlagenwissen zum Aufbau und Betrieb einer Notfallstation, zur Ausstattung, zur Dosisrekonstruktion sowie zum Strahlenschutz, dem Einsatz der Psychosozialen Notfallversorgung und den Aufgaben der Polizei.

Während des Seminars erkannten die Teilnehmer Schnitt- und Nahtstellen in der Notfallstation und den am Einsatz beteiligten Organisationen und konnten ihr Erfahrungswissen zielgerecht einbringen. Im Verlauf des Seminars wurde deutlich, dass der Betrieb einer Notfallstation nur im Team gelingen kann.

Wesentliche Ziele des Seminars sind, die "Multiplikatoren" in die Lage zu versetzen, in ihren Organisationen Grundwissen zum Einsatzkonzept Notfallstation weiterzugeben und das hohe Sicherheits- und Schutzniveau für die Einsatzkräfte kennenzulernen.



Die Reihe "Notfallstation auf Tour" fand in Backnang ihr vorläufiges Ende.

Bild: Feuerwehr Backnang

Schriftenreihe Digitalfunk BOS – Anforderungen an Integrierte Leitstellen

(ID) Im Rahmen der Schriftenreihe "Regelungen zum Digitalfunk BOS" ist der achte Beitrag veröffentlicht worden. Die aktuelle Handreichung trägt den Titel "Anforderungen an Integrierte Leitstellen für den Betrieb im Digitalfunk BOS in Baden-Württemberg".

Sie beschreibt organisatorische Anforderungen, beispielsweise zur Sicherheit der Infrastruktur einer Leitstelle, die Voraussetzung für die Nutzung des Digitalfunks in Leitstellen sind.

Außerdem werden die Prozesse zur technischen Anbindung der Leitstellen an das Digitalfunknetz beschrieben. Ein weiteres Kapitel beschreibt die erforderlichen Funktionalitäten des Digitalfunks, die in einer Leitstelle umgesetzt werden müssen. Personen, die für Leitstellen Verantwortung

tragen, aber auch Fachplaner und Interessierte erhalten damit einen Überblick über die Zusammenhänge, die Anforderungen und deren Umsetzung in Baden-Württemberg, ohne dass die Handreichung dabei bestimmte technische Lösungen vorschreibt.

Die Handreichung finden Sie unter folgendem Link auf der Internetseite der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg: http://kurzelinks.de/w23y.



Informative Seminartage an der Landesfeuerwehrschule Baden-Württemberg in Bruchsal

(ID) Beim "Buß- und Bettag-Seminar hat die Landesfeuerwehrschule in der Zeit vom 19. bis 22. November interessantes Fachwissen und aktuelle Informationen zu vier Schwerpunktthemen an insgesamt 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer vermittelt.

(ID) Das "Buß- und Bettag-Seminar" des Innenministeriums und der Landesfeuerwehrschule für die feuerwehrtechnischen Beamten. Leiter der Feuerwehren der Stadtkreise und ihre Stellvertreter bot den 90 Teilnehmern am 19. und 20. November für die Regierungsbezirke Freiburg und Tübingen sowie am 21. und 22. November für die Regierungsbezirke Karlsruhe und Stuttgart interessantes Fachwissen und aktuelle Informationen.

Nach der Begrüßung durch Landesbranddirektor Volker Velten und Schulleiter Thomas Egelhaaf wurden den Teilnehmern vier Schwerpunktthemen präsentiert.

Im ersten Themenblock stellte Brandoberrat Thomas Fink das Notfallmanagement der Deutschen Bahn aus Sicht der Feuerwehr dar und informierte über die Arbeit des Arbeitskreises Tunneleinsatz.

Dr. Natalie Schmidt von der Landesanstalt für Umwelt BW stellte den "Gemeinsamen Stoffdatenpool des Bundes und der Länder (GSBL)", heute "CHEMinfo" vor. Dr. Richard Spörri, einer der Autoren des Schnellinformationssystems zur medizinischtoxikologischen Beratung bei Großschadensfällen mit gefährlichen Stoffen und Gütern und Herr Dr. Ralph Rudolph von der Analytischen Task Force der BF Mannheim erläuterten die heutige Messtechnik bei Umwelteinsätzen und rundeten den ersten Seminartag ab.

Am zweiten Tag stellte Ltd. BD Thomas Egelhaaf das neue Anmeldeverfahren im Rahmen des Bildungsmanagements vor und informierte über die Qualifizierung von hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Gemeindefeuerwehren. Sein Vortrag endete mit einem spannenden Ausblick auf das digitale Lernen in der

Im letzten Themenblock referierten Volker Velten und Rainer Stalzer über die Arbeit im Referat 62 und die aktuellen Themenfelder. Mit dem Dank an alle teilnehmenden Führungskräfte für ihren unermüdlichen Einsatz zum Wohle der Allgemeinheit und des baden-württembergischen Feuerwehrwesens endete das Herbstseminar 2018.



Bild: Andreas Rudloff

Lüftungsanlagen und CO-Warnmelder jetzt vorgeschrieben

(ID) In den letzten Jahren wurden die Einsatzkräfte des Rettungsdienstes und der Feuerwehr immer häufiger zu Einsätzen mit Kohlenstoffmonoxid (CO)-Vergiftungen in Shisha-Bars gerufen. Gerade zu Beginn der kalten Jahreszeit sind die Einsatzzahlen regelmäßig signifikant angestiegen.

Das zuständig Wirtschaftsministerium hat mit einer Pressemitteilung am 29.10.2018 mitgeteilt, dass es "als oberste Gaststättenbehörde des Landes" sämtlichen Gaststättenbehörden im Land am Freitag, dem 26. Oktober 2018 durch einen an die Regierungspräsidien übermittelten Erlass aufgegeben hat, nachträgliche Anordnungen gegenüber den Betreibern von Shisha-Bars zu treffen, mit denen Rauchgasvergiftungen von Gästen und Beschäftigten verhindert werden sollen.

Die Kommunen müssen im Zuge dessen dafür sorgen, dass in jeder Gaststätte, in denen Shishas geraucht bzw. zum Rauchen angeboten werden (also insbesondere auch in Shisha-Bars), ausreichend dimensionierte Lüftungsanlagen installiert werden, mit denen das CO in der Raumluft abgeführt wird. Sie müssen zudem dafür sorgen, dass CO-Warnmelder in ausreichender Menge in den Betriebsräumen installiert werden.

"Durch diese Maßnahmen wird das Risiko gesundheitsschädlicher CO-Vergiftungen in Shisha-Gaststätten weitgehend gebannt. Die Gaststättenbehörden sind mit dem Erlass angewiesen worden, die notwendigen Maßnahmen unverzüglich zu ergreifen", so in der der Pressemitteilung.

Sollten Sie zu Einsatzstellen in Shisha-Bars kommen, in denen die geforderten Maßnahmen nicht umgesetzt sind, weisen Sie bitte die örtlich zuständige Gaststättenbehörde hierauf hin. Ihre zuständige Gaststättenbehörde (in der Regel bei der Kommune) mit Erreichbarkeit finden Sie unter https:// www.service-bw.de/; dort unter "Suche" eingeben: Gaststättenbehörde <Gemeindename>.

Wir verweisen auch auf unseren Bericht mit Einsatzhinweisen bei CO-Lagen im Newsletter "Infodienst" Nr. 1/2018 - Seiten 4 und 5 - hin. Download:

https://im.baden-wuerttemberg.de/ fileadmin/redaktion/m-im/intern/ dateien/pdf/20180117_-<u>Infodienst_Ausg01.pdf</u>

Die gesamte Pressemitteilung des Wirtschaftsministerium finden Sie un-

https://wm.baden-wuerttemberg.de/ de/service/presse-undoeffentlichkeitsarbeit/ pressemitteilung/pid/shisha-barswirtschaftsministerium-reagiert-miterlass-auf-sich-haeufende-faelle-vonkohlenmonoxid-ve/.

NINA kann Leben retten. Werben Sie dafür, damit NINA noch bekannter wird. Nähere Informationen unter: https://im.baden-wuerttemberg.de/de/sicherheit/warnung-der-bevoelkerung/







Nummer 14 Jahrgang 2018 13. Dezember 2018

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Blick in den Kalender sagt uns, dass nur noch wenige Tage bleiben, bis das Jahr zu Ende geht. Es ist die Zeit, in der wir zurückschauen auf Momente und Aufgaben, die uns in den zurückliegenden Monaten gefordert haben.

Sie, die für Ihre Mitmenschen Hilfe leisten, sich einsetzen, wo andere wegschauen und die Hand reichen, um Trost zu spenden, sind unsere Helden des Alltags. Ihnen danke ich von ganzem Herzen für Ihr großartiges Engagement.

In Zeiten, in denen Sie, liebe Helferinnen und Helfer, egal ob im Ehrenamt oder im Hauptberuf, bei ihrer Arbeit bedrängt und



sogar körperlich angegriffen werden und Sie dennoch Ihre Aufgabe engagiert erfüllen, kann dieses großartige Engagement nicht hoch genug geschätzt werden. Sie sind es, über alle Organisationen hinweg, die Ihre große Leidenschaft zur Hilfe an Ihren Mitmenschen im Bevölkerungsschutz leben und sich stark machen für Verletzte, Kranke und für Menschen in Not. Dafür schulden wir Ihnen Dank und Anerkennung.

Seit April verantworte ich im Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration unter anderem das Feuerwehrwesen, den Rettungsdienst, den Bevölkerungsschutz und das Krisenmanagement. Vielfältige Aufgaben haben wir gemeinsam in dieser Zeit bewältigt. Dafür danke ich Ihnen auch im Namen unseres Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Ministers für Inneres, Digitalisierung und Migration, Herrn Thomas Strobl.

Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien frohe und gesegnete Weihnachten. Genießen Sie einige ruhige und erholsame Tage im Kreis Ihrer Lieben. Viele von Ihnen sind auch über die Feiertage wieder im Einsatz. Dafür danke ich Ihnen herzlich. Bitte achten Sie auf sich und kommen Sie allzeit gesund von Ihren Einsätzen zurück.

Für das neue Jahr wünsche ich Ihnen viel Glück und Erfolg. Vor allem aber Gesundheit.

lhr

Wilfried Klenk MdL Staatssekretär



Nac

Nachtragshaushalt beschlossen - Erfreuliche Entwicklungen für Feuerwehr und Rettungsdienst

(ID) Mit dem am 12. Dezember 2018 beschlossenen Nachtragshaushalt hat die Landesregierung weitere Haushaltsmittel für die Verbesserung der Sicherheit im Bevölkerungsschutz zur Verfügung gestellt. Die Feuerschutzsteuer ist den Feuerwehren vollumfänglich gesichert.

Die Mittel für Investitionen im Rettungsdienst wurden um 3,325 Millionen Euro auf nunmehr 7,69 Mio. Euro für das Jahr 2019 aufgestockt und zudem wurden weitere 3,325 Mio. Euro als Verpflichtungsermächtigung für 2019 bereitgestellt.

Damit wird insbesondere der Investitionsstau für Baumaßnahmen bei den Sonderrettungsdiensten - der Wasserund Bergrettung - um insgesamt rund sechs Millionen Euro spürbar abgebaut werden können.

650.000 Euro werden eingesetzt, um die

notärztliche Versorgung der Bevölkerung flächendeckend zu verbessern. Für ein Pilotprojekt "Telenotärzte" stehen somit Mittel zur Verfügung.

Bei der Förderung des Feuerwehrwesens wurde auch im Nachtragshaushalt die eingehende Feuerschutzsteuer vollumfänglich den Feuerwehren zur Verfügung gestellt. Wenngleich die aktuelle Steuerschätzung vom Oktober 2018 für Baden-Württemberg mit 63 Mio. Euro im Jahr 2018 und mit 65 Mio. Euro im Jahr 2019 jeweils um eine Millionen geringer ausfiel als dies bei der Steuerschätzung vom

November 2017 der Fall war und damit im Nachtrag auch abgebildet werden musste, kann auch hier Positives berichtet werden. Die Oktoberprognose hat sich nämlich erfreulicherweise zwischenzeitlich nach oben entwickelt und nach derzeitiger Berechnung sind für das Jahr 2018 sogar über 64 Mio. Euro zu erwarten. Dies ist mehr als der ursprünglich veranschlagte Betrag. Entscheidend ist nicht der Haushaltsansatz, sondern das was tatsächlich in die Kasse fließt. Für die Feuerwehren und die Gemeinden weiterhin also eine äußerst erfreuliche Entwicklung.

Anstrengend aber erfolgreich - Zweitägige LÜKEX-Übung forderte alle Beteiligten

(ID) Im Rahmen der LÜKEX 2018 wurde Ende November zwei Tage lang eine Gasmangellage und deren Auswirkungen auf Baden-Württemberg beübt (wir haben in einer Sonderausgabe des Infodienstes am 7. November ausführlich berichtet). Übergeordnetes Ziel war, das Krisenmanagement der Landesverwaltung weiter zu optimieren und ihre Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit in Krisensituationen weiter zu stärken. Übungsschwerpunkte waren dabei die Kommunikation und Abstimmung mit den beteiligten Stellen auf Landes- und Bundesebene sowie eine zielgerichtete und abgestimmte Krisenkommunikation.

Ein Blick in die Gesichter der Übenden sprach Bände. Zum Ende der LÜKEX 2018 am Nachmittag des zweiten Übungstages wichen Anspannung und Konzentration zugunsten von Entspannung und Zufriedenheit. Erleichterung auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Übungssteuerung, die mit ihren vorab vorbereiteten Übungseinlagen für eine gute Auftragslage in der Übung gesorgt haben und immer den aktuellen Übungsverlauf im Blick hatten.

Die Übung zeigte, dass das Krisenmanagement des Landes gut funktioniert. So fällt auch das Fazit des Stellvertretenden Ministerpräsidenten und Innenministers Thomas Strobl positiv aus: "In Baden-Württemberg sind wir gut aufgestellt: Das Land ist auf Krisensituationen gut vorbereitet und verfügt über intakte Krisenmanagementstrukturen. Wir können aber immer noch besser werden. Die zwei Übungstage haben gezeigt: "Solche Übungen sind unersetzlich und zeigen uns auch oftmals schonungslos auf, wo wir ansetzen müssen."

So sah es auch Michael Willms, Leiter



Im Stab wurde konzentriert gearbeitet

des Referats Krisenmanagement, in dem die Fäden der akribischen und äußerst aufwändigen Übungsvorbereitung für Baden-Württemberg zusammengelaufen sind: "Die intensive und arbeitsreiche zweijährige Vorbereitungsphase hat sich gelohnt. Das Krisenmanagement der Landesverwaltung wurde durch den gesamten Prozess der Übungsplanung und -vorzess der Übungsplanung und -vor-

bereitung und schließlich der gemeinsamen zweitägigen Übungsphase am 28. und 29. November nachhaltig gestärkt."

Ein Übungsschwerpunkt lag in Baden-Württemberg auf dem Thema Krisenkommunikation. In der Übung zeigte sich, dass bei öffentlichkeitswirksamen Lagen, wie einer Gasmangellage mit einer breiten Betroffenheit in der



Bevölkerung, einer zielgerichteten und abgestimmten Krisenkommunikation der Ressorts eine besondere Bedeutung zukommt.

Im Rahmen der Übung kam auch das neu gegründete Virtual Operation Support Team (kurz: VOSTbw) zum Einsatz. Die Aufgabe des VOSTbw bestand in dem Gewinnen klassischer lagerelevanter Informationen, dem Sammeln von Erkenntnissen über die Auswirkung von Entwicklungen und Maßnahmen auf das Verhalten der Bevölkerung und zur Resonanz auf getroffene Entscheidungen. Außerdem sollten mögliche Falschinformationen (sogenannte Fake-News) erkannt werden. Diese Erkenntnisse galt es in einem Lagebild aufzubereiten und dem Verwaltungsstab als weiteren Baustein für eine umfassende Lagebeurteilung zur Verfügung zu stellen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BKK) hat hierzu in der Übung auf einer eigens programmierten Weboberfläche Meldungen über simulierte Twitter- und Facebook-Accounts abgesetzt.

Der Leiter der Abteilung 6 - Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement - Prof. Hermann Schröder, zog am Ende der Übung eine positive Bilanz: "Eine wichtige Aufgabe war es unter anderem, die Bevölkerung umfassend zu informieren und unnötige Panik zu vermeiden ohne Fakten wegzulassen.



Innenminister Thomas Strobl und Staatssekretär Wilfried Klenk MdL haben am Ende des ersten Übungstages den Stäben einen Besuch abgestattet.

Weiterhin hat sich gezeigt, dass es in Situationen wie der Gasmangellage gilt, die Solidarität und gegenseitige Hilfe der Bevölkerung einzufordern und die Menschen mit gezielten Verhaltenshinweisen bei der Steigerung ihrer Selbsthilfefähigkeit zu unterstützen." Er bedankte sich bei allen an der Übung Beteiligten sehr herzlich und kündigte an, dass man sich nun daran mache, die Übungserkenntnisse sorgfältig auszuwerten, um für kommende Krisensituationen bestmöglich vorbereitet zu sein.





Die LÜKEX 2018 wurde auch medial begleitet.

Ein Blick in den vollbesetzten Interminiseriellen Verwaltungsstab.

Impressum

Herausgeber:

Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration Abt. 6 — Bevölkerungsschutz und Krisenmanagement Willy-Brandt-Straße 41, 70173 Stuttgart Tel.: (0711) 231 - 4

E-Mail: poststelle@im.bwl.de

Redaktion:

Prof. Hermann Schröder (v.i.S.d.P.) Kim Dunklau-Fox, Rüdiger Felber

Layout / Gestaltung:

Rüdiger Felber

Quellen:

Bei Bildern ohne Quellenangabe liegt das Copyright beim Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration. Für externe Quellenangaben kann keine Verantwortung und Haftung übernommen werden.

Hinweis:

Der Nachdruck der mit (ID) gekennzeichneten Beiträge ist unter der Quellenangabe des Herausgebers erlaubt.



Die LÜKEX 2018 im Bild















Auftakt zur Strukturanalyse Luftrettung in Baden-Württemberg

(ID) Am 11. Dezember 2018 fiel in Stuttgart der Startschuss für die Strukturuntersuchung der Luftrettung in Baden-Württemberg mit Vertretern des Ministeriums für Inneres, Digitalisierung und Migration und dem beauftragten Institut für Notfallmedizin und Medizinmanagement (INM) am Klinikum München

Eines der übergeordneten Ziele des Innenministeriums ist es. die rettungsdienstliche Versorgung im Land weiter zu verbessern. Die Grundversorgung mit Leistungen der Notfallrettung wird in Baden-Württemberg durch den bodengebundenen Rettungsdienst sichergestellt. Der Luftrettung kommt bisher eine ergänzende und unterstützende Funktion zu. Die zunehmend spezialisierte Krankenhauslandschaft aber auch neuere medizinische Standards zur Patientenversorgung in der Prähospitalzeit erfordern eine Neubetrachtung des luftgebundenen Rettungsdienstes.

Ziel der Strukturuntersuchung ist es unter Berücksichtigung wirtschaftlicher und einsatztaktischer Möglichkeiten - belastbare Empfehlungen für eine Flächenabdeckung Baden-Württembergs mit Luftrettungsmitteln zur signifikanten Verbesserung der medizinisch relevanten Prähospitalzeit bei Tracerdiagnosen (Polytrauma, akuter Myokardinfarkt, akutes zentral-neurologisches Defizit, Schädel-Hirn-Trauma) zu erhalten. Stand bisher vor allem die Frage im Mittelpunkt, wie schnell ein Patient am Notfallort medizinische Hilfe erhält, ist es notwendig die Gesamtversorgungszeit in den Blick zu nehmen, beginnend von der Alarmierung über die Versorgung vor Ort bis hin zur Übergabe in die Zielklinik. Dabei ist die Versorgung des ländlichen Raums mit seinen topografischen und demografischen Herausforderungen besonders zu berücksichtigen.

Bei der Frage der Ertüchtigung weiterer Luftrettungsstandorte beziehungsweise einer Betriebszeitenausweitung bestehender Standorte bis hin zu einer 24-Stunden-Einsatzbereitschaft oder ihre Dislozierung spielt die objektive Feststellung eines Bedarfs die entscheidende Rolle. Das Land braucht daher eine umfassende Untersuchung der Luftrettungsstruktur.

Das mit der Strukturuntersuchung beauftragte INM ist spezialisiert auf gutachterliche Struktur- und Bedarfsanalysen einzelner Versorgungssektoren, gerade auch im Bereich des Rettungswesens, bis hin zur Entwicklung von Simulationsverfahren von Prozessen und sektorenübergreifenden Trendanalysen unter Berücksichtigung raumbezogener Daten mit Hilfe von Geoinformationssystemen.

Das Ergebnis der Untersuchung wird voraussichtlich Ende 2019 vorliegen.



Die Vertreter des Institutes für Notfallmedizin und Medizinmanagement und der SQR mit den Angehörigen des Rettungsdienstreferates sowie Abteilungsleiter Hermann Schröder (ganz rechts).

Sechstes Panzerbataillon kommt nach Hardheim

(ID) Rund 20 Millionen Euro investiert der Bund in die Carl-Schurz-Kaserne in Hardheim im Neckar-Odenwald-Kreis. Zukünftig sollen dort rund 500 Soldaten und 44 Kampfpanzer stationiert werden. Damit ist der Standort der Bundeswehr in Hardheim dauerhaft gesichert.

Große Freude dürfte in Hardheim geherrscht haben, als Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen am Nikolaustag auf dem Truppenübungsplatz in Munster/Niedersachsen die Stärkung der Landes- und Bündnisverteidigung der Bundeswehr mit der Aufstellung des sechsten Panzerbataillons in der Carl-Schurz-Kaserne in Hardheim mitgeteilt hat. Die aus vier Kompanien mit 500 Mann und 44 Kampfpanzern vom Typ Leopard 2 bestehende neue Einheit wird in Hardheim im Neckar-Odenwald-Kreis stationiert. Der Bund wird rund 20 Millionen Euro in die Kaserne investieren. Der Aufbau des neuen Panzerbataillons ist im vierten Quartal 2019 geplant.

Im Jahr 2011 war die Schließung der Carl-Schurz-Kaserne verkündet worden.

Um die Rückgabe der Kaserne an die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben zu verhindern und um weiterhin die Entscheidungsgewalt über den Standort zu besitzen, hatte die Bundeswehr Ende 2016 beschlossen, in Hardheim übergangsweise eine neue Einheit des Kommandos Spezialkräfte (KSK) zu stationieren. Dies hat sich jetzt als zielführend erwiesen. Durch die Neuaufstellung des sechsten Panzerbataillons ist der Standort der Bundeswehr im Neckar-Odenwald-Kreis nunmehr dauerhaft gesichert.

Darüber freute sich auch Landesinnenminister Thomas Strobl: "Es ist ein guter Tag für den Bundeswehrstandort Baden-Württemberg! Schon immer beheimatete das Land gerne die Standorte der Bundeswehr und das wird auch in Zukunft so sein. Schön, dass Hardheim diese Tradition fortführt und künftig Heimat für ein neues Panzerbataillon, für 500 Soldatinnen und Soldaten sein wird."

Im vierten Quartal 2019 soll die Aufstellung des Bataillons beginnen und im vierten Quartal 2022 abgeschlossen sein. Die 1. Stabs-, Versorgungs- und Unterstützungskompanie wird der Truppenteil sein, der zuerst in Hardheim einziehen wird. Die zweite Kompanie des neuen Bataillons wird 2021 neu aufgestellt. Zwei vorhandene Einheiten des Gebirgspanzerbataillons 8 werden außerdem nach Hardheim verlegt: es handelt sich dabei um die dritte Kompanie, die im oberpfälzischen Pfreimd stationiert ist (Verlegung nach Hardheim 2021), und um die vierte Kompanie, die noch ihren Sitz im thüringischen Bad Frankenhausen hat (2020).

